

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3.00 M. monatlich, 1.10 M.
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern-
zeile oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat April gingen bei dem Unterzeichneten folgende
Parteibeiträge ein:

Machen, v. sozialdemokratischen Verein Aachen Land 1. Quart.
1906 29.00, Augsburg, vom Wahlverein 10.—, Altona, 20 Proz.
der Beiträge vom sozialdemokratischen Verein für den 8. und
10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis 3. Quartal 1905/06 1006.80.

tholische Deutschland gehen werde“), wurden
wir kan ähnlich scharfe Worte seines Fraktionsgenossen
Roeren erinnert, welche dieser beinahe genau ein Jahr
zuvor, am 18. März 1905, im Reichstag bei der zweiten
Lesung des Etats von Togo ausgesprochen hatte.

Diese Rede des Herrn Roeren fiel uns schon damals
durch ihre für einen Abgeordneten einer Regierungspartei
seltenen Schärfe auf. Gegenüber dem vom Verfasser dieses
„Klagebriefes“ gegen die katholische Mission in Togo erhobenen
Vorwurf, „durch wiederholte falsche Anschuldigungen gegen
tadellos dastehende Beamte Unfrieden und Feindschaft in
dieser Kolonie gestiftet zu haben“, sei er, Roeren, in der Lage
und halte sich deswegen auf für verpflichtet, auf Grund eines
umfangreichen Beweismaterials zu erklären, daß diese
Anschuldigungen durchaus unwahr seien und daß er dieselben
als direkt verleumderisch zurückweisen müsse.

Schon vor einem Jahre war ich gezwungen, wegen des
erhöhten Vorgehens einiger Beamten in Togo gegen die Mission
mit den dortigen Verhältnissen eingehend zu befaßen. Ich
habe infolgedessen lange und viel mit orts- und sachkundigen
Personen aus den Kolonien mündlich und schriftlich verhandelt
und bin nun im Besitze eines reichen Materials an
Akten, an Erlässen, Verordnungen, Kor-
respondenzen in Originalabschrift usw., das un-
anfechtbar ist. Auf Grund dieses Materials kann ich
allermählig feststellen, daß gegen diejenigen Beamten, die
eine Abhandlung wegen ihres Vorgehens seitens der Kolonial-
verwaltung erfahren haben, eine solche Summe grober Ver-
gehungen vorliegt, daß die Herren froh sein können, daß der
Schauplatz ihrer Tätigkeit in Afrika und unter den Wilden
ist und nicht hier in Deutschland, wo die Strafsjustiz sich
ihrer längst bemächtigt hätte.“

Ferner:
„Ich kann deshalb der Kolonialverwaltung nur dringend empfehlen,
bei der Auswahl derjenigen Beamten, die sie in die Kolonie schickt,
mit der größten Strenge vorzugehen. Die dortigen schwierigen
Verhältnisse erfordern es, daß nur das allerbeste Beamtenmaterial
nur diejenigen Beamten dorthin geschickt werden, die sich bereits
in ihrer heimischen Stellung bewährt haben. Statt dessen sind
aber — und diesen Vorwurf kann ich der Kolonial-
verwaltung nicht ersparen — zuweilen Personen dorthin
geschickt, die eine keineswegs vorwurfsfreie Vergangenheit
hinter sich hatten, die sich nur durch die Pflichten ihres bis-
herigen Berufes und durch die gebotene Rücksichtnahme
auf heimische Sitte und heimisches Leben beengt
fühlten und sich nun zu den Kolonien gedrängt haben,
weil sie so hofften, dort frei von diesen Schranken
ein ungebundenes Leben zu führen.“

Seit einiger Zeit ist allerdings, wie mir von ortskundiger
Seite gesagt wird, hierin eine Besserung eingetreten, und zwar
wie ich den Eindruck gewonnen habe, als Folge davon, daß jetzt
die Personal- und Anstellungsverhältnisse in der Leitung der
Kolonialabteilung strenger kontrolliert werden und dies so wich-
tige Gebiet nicht mehr so ganz der selbständigen Bearbeitung
durch den einzelnen Degenerenten überlassen wird. Aber es sind
immer aus der früheren Zeit noch manche in Amt und Tätigkeit,
die längst den vollen Beweis erbracht haben, daß sie zu allem mehr
taugen, als zu Kolonialbeamten und zu Pionieren der Zivilisation,
und deren fortgesetzte Tätigkeit nichts anderes bedeutet als eine
latente Gefahr und Schädigung für die Kolonien.“

Die Veranlassung zu der energischen Insaufnahme der
katholischen Mission durch den Abg. Roeren gegen die An-
griffe in diesem „Klagebriefe aus Togo“, welchen am 7. Januar
1906 die „Deutsche Zeitung“ brachte, war für Herrn
Roeren allerdings sehr begründet. Denn in diesem
„Klagebrief“ werden Vorwürfe schwerster Art gegen Mitglieder
der katholischen Mission erhoben, und es wird zum Beweise
für die Schuld der Mission u. a. mitgeteilt, daß ein
Missionar, weil er einen Regierungs-
beamten eines schweren Verbrechens be-
zichtigt hatte, zu vierzehn Tagen Gefängnis
verurteilt worden sei, und daß drei weitere
Mitglieder der katholischen Mission wegen
Verdachts der Zeugenbeeinflussung in Unter-
suchungshaft gesetzt worden seien.

Auf den Inhalt des in mehr als einer Beziehung höchst
interessanten und das Verhältnis zwischen der Regierung und
der katholischen Mission in Togo grell beleuchtenden „Klage-
briefes“, dessen Verfasser offenbar ein Beamter
in Togo selbst ist, hier näher einzugehen, was Herr
Roeren selbst damals mit Rücksicht auf die gegen
die verschiedenen Patres schwebenden Prozesse wohl
absichtlich unterlassen hat, erübrigt sich schon um deswillen,
weil nach der eingangs erwähnten Anfechtung des Abg.
Erzberger die anscheinend recht bedenklichen Vorkommnisse

in Togo wohl demnächst im Reichstage zur Sprache gebracht
werden dürften. Daß dabei nicht eben erfreuliche und ins-
besondere für die Regierung selbst ihr zwar bekannte
aber wenig angenehme Zustände offenkundig
werden, darf man mit einiger Sicherheit annehmen. — Was
uns indessen veranlaßt, mit der durch die Anfechtung des
Herrn Erzberger ins Gedächtnis zurückgerufenen Rede seines
Fraktionskollegen Roeren jetzt uns zu beschäftigen: das sind
die außerordentlich schweren Anschuldigungen,
welche der Abg. Roeren schon vor Jahr und Tag gegen das
Regierungssystem gerade hier in der Zentrale der kolonialen
Verwaltung erhob, auf welche der damalige Kolonial-
direktor Dr. Stübel ganz auffallenderweise
gar nichts zu antworten wußte. Besonders die Stelle in der
Rede des Abg. Roeren:

„Auf Grund dieses Materials kann ich allermählig feststellen,
daß gegen diejenigen Beamten, die eine Abhandlung wegen ihres
Vorgehens seitens der Kolonialverwaltung erfahren haben, eine
solche Summe grober Vergehungen vorliegt, daß die Herren froh
sein können, daß der Schauplatz ihrer Tätigkeit in Afrika und
unter den Wilden ist, und nicht hier in Deutschland, wo die Straf-
justiz sich ihrer längst bemächtigt hätte.“

bedeutet die denkbar schwerste Anschuldigung gegen die
betreffenden Beamten in der Kolonialverwaltung und
besonders gegen Dr. Stübel als den Leiter
derselben. Denn wenn man auch von dem Abg. Roeren an-
nehmen kann, daß er, obwohl selbst richterlicher Beamter,
nicht, oder wenigstens in dem Moment, als er diese Worte
sprach, nicht wußte, daß das Strafgesetzbuch auch draußen in
Togo für die weiße Bevölkerung gilt: Der Kolonial-
direktor Dr. Stübel und der gesamte Stab
seiner Räte und sonstigen Regierungs-
vertreter, welche alle diese die betreffenden
Regierungsorgane in allerhöchster Weise
ansuldigenden Worte des Herrn Roeren
anzuhören mußten, wußten ganz genau, daß das Straf-
gesetzbuch auch in den Schutzgebieten Geltung hat. Bei dieser
Sachlage aber wäre es einmal doch Pflicht des Herrn
Kolonialdirektors Dr. Stübel gewesen, den Abg. Roeren und
mit ihm den Reichstag nicht einen Moment darüber
in Unwissenheit zu lassen, daß das Strafgesetzbuch auch
in Togo gilt; und zum andern mußte man eine
sofortige Erklärung des Herrn Dr. Stübel dahin erwarten,
daß, wo es erforderlich war, im Gegensatz zu der
nach den Worten des Abgeordneten Roeren allein möglichen
Annahme, die Strafsjustiz sich der betreffenden Beamten stets
bemächtigt habe! Dadurch, daß die Regierung auf den in
den Worten des Abgeordneten Roeren unabweislich liegenden
Vorwurf allerhöchster Pflichtverletzung kein Wort der Ver-
teidigung fand, dadurch, daß die Regierung vielmehr den ihr
gemachten Vorwurf des Herrn Roeren, in den betreffenden
von ihm leider nicht bekanntgegebenen Fällen gegen das
Strafgesetzbuch verstoßen zu haben, stillschweigend über sich
ergehen ließ, mußte der Anschein erweckt werden, daß die-
jenigen, welche die nach der Behauptung des Abgeordneten
Roeren — eines höheren Richters, also eines Mannes, dem
man wohl ein Urteil darüber zutrauen darf, ob die von
ihm gemeinten Handlungen nach dem Strafgesetzbuch
geahndet werden müssen — strafrechtlich zu verfolgende Hand-
lungen nicht verfolgt haben, eventuell sich selbst
nach den §§ 336, 346 Strafgesetzbuches straf-
bar gemacht haben. Denn hiernach ist mit Zuchthaus zu
bestrafen,

wer als Beamter bei Leitung oder Entscheidung einer Rechtsache
vorzüglich zugunsten oder zum Nachteil einer Partei einer
Verzerrung des Rechts sich schuldig macht, bezw. vermöge seines
Amtes bei Ausübung der Strafgewalt mitzuwirken hat und in der
Absicht, jemanden der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen,
die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt oder eine
Handlung begeht, welche geeignet ist, eine Freisprechung oder eine
dem Gesetze nicht entsprechende Verurteilung zu bewirken.

Daß aber die Kolonialverwaltung und insbesondere Herr
Dr. Stübel selbst ihrer in dieser Beziehung ihnen obliegenden
Pflichten sich vollaus bewußt gewesen sind, das beweist
doch wohl mit Sicherheit die Erwidrerung des Kolonialdirektors
Stübel auf die Reichstagsrede des Abg. Vebel am 30. Januar
1906, als letzterer sich über die Ursachen des Aufstandes in
Südwestafrika verbreitete. Schon damals sagte Herr
Dr. Stübel nämlich:

„Es würde wundernehmen, wenn in einer Bevölkerung wie
der eines jungen Schutzgebietes nicht auch Ausschreitungen und
Verbrechen vorgekommen wären. Daß solche Ausschreitungen und
Verbrechen von der Verwaltung überall auf das tiefste beflagt
worden sind, brauche ich hier wohl nicht auszusprechen. Ich
möchte aber hier doch noch besonders hervor-
heben, daß überall solchen Ausschreitungen und
Verbrechen mit der Strenge des Gesetzes ent-
gegengetreten worden ist.“

Nach den zweifellos wohlüberlegten Worten des Ab-
geordneten Roeren müssen auch im Schutzgebiet
von Togo seitens einer Anzahl von Beamten
dortselbst Ausschreitungen schlimmer Art
begegnet worden sein. So wenig erfreulich diese
offenbar feststehende Tatsache ist, so gewiß ist doch, daß es
unbedingt im Interesse des deutschen Volkes liegt, wenn solchen
Ausschreitungen nicht nur in Südwestafrika, sondern auch in
Togo mit der Strenge des Gesetzes entgegengetreten
wird und in Sonderheit diejenigen Beamten nach dem Gesetze zur
Verantwortung gezogen werden, welche die geschilder-
ten

Heraus mit der Sprache!

Man schreibt uns:
Als während der Osterpause des Reichstages der
Zentrumsabgeordnete Erzberger aus seinem Wahlkreise
hies unten am Bodensee der Kolonialverwaltung neue und
verschärfte Forderungen ankündigte und unter anderem erklärte,
den Schleier über den Kulturkampf in
Togo zu reißen zu wollen, also daß ein
Schrei der Entrüstung durch das ganze La-

*) Siehe „Vorwärts“ Nr. 90 vom 10. April 1906, Hauptblatt
Seite 3.

liche Bindung von Ausschreitungen unterlassen haben. Denn nicht die einzelnen, welche solche Ausschreitungen begangen haben, tragen die Hauptlast an den, wie es nachgerade klar geworden ist, tief eingerissenen und dem deutschen Volke, welches nach Ansicht des Reichstanzlers „das Gewissen der Welt“ genannt zu werden verdient, keineswegs zur Herbe gereichenden Missetaten in unseren Kolonien; die Hauptschuld trifft vielmehr diejenigen leitenden Beamten, welche diesen Uebergriffen und Ausschreitungen nicht, wie es ihre Pflicht war, in jedem Einzelfalle alsbald mit der Strenge des Gesetzes entgegengetreten sind, sondern durch Vertuschung solcher Ausschreitungen zur Wiederholung und Nachahmung derselben geradezu verleitet haben. Wie sagte doch der zitierten frohe und mit feierlichen Erklärungen nicht kargende Fürst v. Bülow vor einem Jahre im Reichstage?

„So lange wir eine Regierung in Deutschland haben, welche diesen Namen überhaupt verdient, wird sie es als ihre erste Pflicht betrachten, zu verhindern, daß Gesetz und Ordnung verletzt werden.“

Wir erwarten und fordern zugleich, daß der Fürst v. Bülow alle der nach der Reichsverfassung dem deutschen Volke für alle Handlungen der Regierung verantwortliche Beamte diese seine schönen Worte auch hier unverzüglich in Taten umsetzt. Von Herrn Roeren wie von Herrn Erzberger aber ist zu verlangen, daß sie sich nicht wie bisher mit Andeutungen begnügen, welche wohl der Regierung verständlich geworden sein mögen, irgend welchen Eindruck auf dieselbe jedoch augenscheinlich nicht gemacht haben, sondern endlich einmal mit der Sprache herausrücken, d. h. alle ihnen bekannt gewordenen Missetaten und Ausschreitungen im Reichstage, der Kontrolle, der Verwaltung, ohne Rücksicht auf irgend welche Personen vorbringen, da ein Verleugern und Vertuschen der wiederholt behaupteten schweren Verfehlungen von Beamten nach den in den Kolonien bisher gemachten traurigsten Erfahrungen geradezu einen Verrat am deutschen Volke bedeuten würde.

Die Revolution in Rußland.

Die Bauern und die Duma.

Die „Russ. Korresp.“ schreibt: Um sich eine Vorstellung darüber bilden zu können, was sich auf dem Lande abspielen wird, wenn die Regierung die Dreifigkeit haben sollte, die Volkvertreter nach Hause zu schicken, seien hier eine Reihe von Auszügen aus Zuschriften an verschiedene russische Zeitungen zusammengestellt, die die Stimmung unter der bäuerlichen Bevölkerung schildern.

Die bekannte Moskauer Zeitung „Ruklja Wjedomosti“ bringt eine Resolution, die die Einwohner des Dorfes „Wolchija Soli“ im Gouvernement Kostroma gefaßt haben. Hier wird gesagt, daß die Einwohnerlichkeit mit allen möglichen Mitteln die Duma unterstützen würde, wenn diese bestrebt sein werde, die „volle politische Freiheit des Volkes, eine konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen z. Wahlrechts, sowie die Verbesserung der Bauernlage und der arbeitenden Bevölkerung“ zu erlangen. Und weiter: „Sollte die Regierung wagen, der Duma in ihren Bestrebungen zur Erleichterung des Lebens des russischen Volkes irgendwie Hindernisse in den Weg zu legen, so wird sie mit einem Volke zu tun haben, das imstande sein wird, seine ihm zukommende Rechte selbst zu erkämpfen.“

Aus Kiew wird dem Petersburger Organ der „Kadetten“ geschrieben: „Der zur Duma gewählte Bauer Wassilij Smyschchenko äußerte sich in einer Unterredung für die Erlämpfung „aller Freiheiten.“ Er behauptet, die Bauernbelegierten werden sich nicht einsperren lassen. Die Bauernwähler haben ihnen den festen Auftrag gegeben, Ackerboden und Freiheit zu erkämpfen. Eine Auflösung der Duma wird Bauernunruhen hervorzurufen.“

Derselben Zeitung wird weiter geschrieben: „Der Bauernbelegierte des Gouvernements Tula Maxim Alejewitsch Petruschin äußerte sich in einer Unterredung u. a. folgendermaßen: „Wenn man versuchen wird, uns auseinander zu treiben, so werden wir sagen: aus eigenem Willen gehen wir nicht, wendet Gewalt an. Tut man das aber, dann gehen wir nach Hause und erzählen dem ganzen Volke, daß man uns mit Gewalt auseinandertrieb. Das Volk wird keine Auserwählten nicht im Stiche lassen.“

Dem Moskauer „Putj“ wird aus Stavropol berichtet: Als die Bauernbelegierten Dnipts, Borisoff und Wischin von ihren Wählern Abschied nahmen, wurde in einer Reihe von Reden von den Bauern die feste Hoffnung auf ein besseres Leben geäußert und die Auserwählten einstimmig beauftragt, die große Bauernsache in der Duma zu unterstützen.“

Aus Wilna (Gouv. Saratow) wird gemeldet: Eine große Menge begleitete die Mitglieder der Reichsduma. Auf dem Bahnhof Kopuhowo hielten die Bauern den Zug eine halbe Stunde an. Es wurden Reden gehalten; die Stimmung der Bauern ist sehr gehoben.

Ein Bauernbelegierter, den ein Mitarbeiter der „Reischi“ gesprochen hat, sagte: „Die Bauern setzen ihre Hoffnungen auf die Duma; wenn aber die Regierung einen Angriff auf die Duma wagen wird, wenn sie ihre Freiheit irgendwie ungebührlich antastet, dann werden die Bauern darauf ihre Antwort geben, die das Gerede von einer Lösung der Agrarfrage auf gesetzgeberischem Wege unmöglich machen wird.“

Die Zahl der Auszüge könnte man leicht verzechnen. Aber auch die schon mitgeteilten zeigen zur Genüge, welche Folgen eine eventuelle Auflösung der Duma haben kann. Unter diesen Umständen wird jeder Konflikt der Regierung mit der Duma für diese geradezu verhängnisvolle Resultate haben.

Die Kadetten und die Agrarfrage.

Petersburg, 8. Mai. (Weldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Vor dem Schluß des Kongresses der konstitutionell-demokratischen Partei wurde heute noch über eine Resolution betreffend die Regelung der Agrarfrage abgestimmt und als leitendes Prinzip für die Partei die Heberleitung von Landbesitz in die Hände der Arbeiter angenommen. Die allgemeinen Grundlagen des grundlegenden Entwurfes, der durch die Agrarkommission vorgelegt worden war, wurden unter Berücksichtigung der durch die agrarische Abteilung des Kongresses darin vorgenommenen Änderungen gebilligt. Der Kongress erteilte dann der Kommission den Auftrag, alle Wahrnehmungen und Vorschläge, die einzelne Mitglieder des Kongresses gemacht hatten, zu berücksichtigen und das gesamte Material mit den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen zur weiteren Ausarbeitung durch die parlamentarische Fraktion der Partei einzureichen.

Hungernot.

Aus dem Gouvernement Tula wird geschrieben: „Fast im ganzen Gouvernement wird gehungert. Es gibt kein

Brot, kein Samen, kein Futter, das Vieh wird immer magerer und stirbt. Die Bauern verwenden schon längst ihre Strohdächer zum Futter für ihr Vieh, aber es hilft wenig. In einigen Orten ist die Winterfaat fast vollständig verdorben. In einigen Dörfern herrscht der Hungertypus und andere Krankheiten, die durch chronisches Hungerleiden verursacht werden. Hilfe tut not. Es gibt aber Ausbeuter, die ihre Gutshöfe von Kofasen überschweben lassen. Auch die Stadtduma und die Semstwo tun das Gegenteil von dem was sie tun sollten. Der Bauer bleibt ohne Hilfe und statt Brot bekommt er auf seinen Hals nur einen sauflustigen „Wächter“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Mai.

Reichstag und Reichsballes.

Wenn ausländische Parlamente das deutsche Parlament so jäh bemüht sehen, durch eine ganze Reihe von Steuern, die die Produktion, den Konsum und das Verkehrsleben des deutschen Volkes schwer belasten, den Dales der Reichskasse zu bannen, dann müssen sie ihre Freude daran haben, wie die Mehrheit des Reichstages den Klassencharakter der bürgerlichen Gesetzgebung zu verstehen; denn im Grunde sind die Intentionen der bürgerlichen Klassen in allen modernen Staaten die gleichen, wenn sie es auch in dem einen oder anderen Lande verstehen, diesen Klassencharakter geschickt zu verschleiern, lediglich um dem Volke die Illusion von der Gerechtigkeit bürgerlicher Institutionen zu erhalten.

Von solcher Geschicklichkeit zeugt allerdings die Steuerhürde nicht, die der deutsche Reichstag nach der kaum vollzogenen Zollbelastung dem Volke aufs neue auferlegt. Die Brutalität der neuen Steuern muß sich jedem Verständigen, in erster Linie den betroffenen wertvollen Klassen, aufdrängen. Daran wird nichts geändert dadurch, daß unter den Vorlagen die Lantiensteuer und die Erbschaftsteuer parabolieren, die einen kleinen Teil der Besitzenden treffen. Aber diese Steuern sind so minimal, daß sie nur als Instandhaltungssteuer betrachtet werden können, die den großen Raub am Volke nicht zu verdecken vermögen. Das ganze Steuernetz, das die Regierung pomphast als eine „Reichsfinanzreform“ tituliert, muß von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Dann erscheint es um so brutaler, aber auch demagogischer, wie die Mehrheitsparteien des Reichstages die einzelnen Steuervorlagen behandeln. Die Konsequenzen daraus wird unsere Partei zu ziehen wissen.

Heute wurden im Automobiltempo die Steuervorlagen über Kraftfahrzeuge, Düttungen und Vergütungen (Lantien) in zweiter Lesung erledigt und die zweite Lesung der Erbschaftsteuer begonnen. Unser Standpunkt wurde von den Genossen Wipinski, Südekum und Bernstein vertreten. Wipinski kennzeichnete die Automobilsteuer als ein Hemmnis dieser in junger Entwicklung befindlichen Industrie. Unsere Fraktion stimmte gegen diese Steuer.

Die Zustimmung der Fraktion zur Lantiensteuer wurde vom Genossen Südekum motiviert, der darlegte, daß die Fraktion das Gesetz als einen, wenn auch in Form und Inhalt ganz unzulänglichen Vorstoß auf dem Gebiete der direkten Besteuerung betrachtet.

Der Schatzsekretär wehrte sich verzweifelt gegen die auch von den freisinnigen Kaempff und Gothein deklarierte Bedeutung des Entwurfes als eines freilich verfehlten Anfanges zu einer Reichseinkommensteuer, aber es nützt ihm nichts, diese Bedeutung und deren Wirkung wird sich künftig bemerkbarer machen.

Die namentliche Abstimmung über das Gesetz ergab dessen Annahme mit 250 gegen nur 18 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Endlich begründete Genosse Bernstein in längerer Rede die Anträge der Fraktion zum Erbschaftsteuergesetz.

Dann wurde die Verhandlung vertagt.

Donnerstag: Erbschaftsteuer, Mantelgesetz. —

Gliedwerk.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am Mittwoch die zweite Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz fort. Von einer gründlichen Reform kann bei dieser Vorlage keine Rede sein; es handelt sich um ganz gewöhnliches Gliedwerk. Die Regierung hofft, durch einige Abänderungen ein paar Millionen mehr aus den Steuereinnahmen zu erzielen. Zu diesem Zwecke werden vor allem die Gesellschaften mit beschränkter Haftung der Besteuerung unterworfen. Anstatt den Fehler der Doppelbesteuerung, der bezüglich der Aktiengesellschaften begangen ist, wieder gut zu machen, fährt die Regierung auf dem falschen Wege fort. Das Haus trat den Vorschlägen der Regierung im wesentlichen bei und lehnte die freisinnigen Anträge auf Streichung der Bestimmungen über die Besteuerung der Gesellschaften m. b. H. mit großer Mehrheit ab.

Auch die Konsumvereine sollen in Zukunft bluten. So hat das Haus durch Annahme eines Antrages beschlossen, der lediglich Vereine und eingetragene Genossenschaften zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Verkauf im kleinen der Besteuerung unterwirft, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder nicht hinausgeht. Hiergegen sollen landliche Genossenschaften und Handwerker-genossenschaften von der Steuerpflicht befreit sein!! Das Wort: „Gleiches Recht für alle“ ist wieder einmal zuschanden geworden an dem Willen der preussischen Landesgesetzgebung.

Am heftigsten war die Debatte über die Frage, was alles bei der Besteuerung als abzugsfähig gelten soll. Es wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht; jeder einzelne möchte diese Bestimmung des Gesetzes nur zu gern so gestalten, wie es sein eigenes Interesse erheischt. Die Anträge wurden meist abgelehnt. Erfüllt wurde nur ein seit langen Jahren von den Hausagrarierern immer und immer wieder vorgebrachter Wunsch, wonach die Realsteuern bis zu einer gewissen Höhe abzugsfähig sind. — Werden die Herren sich nun beirren, so wie sie alle Lasten auf die Mieter abzuwälzen pflegen, so auch die Mieter an diesem neu errungenen Vorteil teilnehmen zu lassen und die Mietsen zu erniedrigen? Wir wagen daran zu zweifeln. Tatsächlich ist den Hausbesitzern wieder einmal auf Kosten der Gesamtheit ein Geschenk gemacht worden.

Die weitere Beratung wurde auf Freitag vertagt. Nach Erledigung des Gesetzes soll die freisinnige Interpellation wegen Ausweisung russischer Staatsangehöriger besprochen werden.

Am Donnerstag fällt die Sitzung aus, damit die Kommission Zeit hat, den Bericht über die Schulvorlage fertig zu stellen. —

Der Gerichtssaal als politische Arena.

Der große Massenaufreizungsprozess gegen die Erfurter „Tribüne“, dessen Ausgang wir gestern schon meldeten, verdient eingehendere Beachtung der Öffentlichkeit. Er zeigt die Merkmale eines politischen Prozesses so aufdringlich selbst dem stumpfsten Auge, daß wir wirklich neugierig sind, ob die anständigeren bürgerliche Presse sich zu einigen Worten des Protestes auftraffen wird!

Die Anlagenschrift lieft sich wie eine Flugchrift des Reichsverbandes für Sozialistenstützung. Es heißt darin u. a.: Die Sozialdemokratie, also auch die Erfurter „Tribüne“ wolle ihr Endziel, das auf Beseitigung der bestehenden staatlichen Ordnung gerichtet sei, damit erreichen, daß sie Proletariat und Bourgeoisie in bewußten Gegensatz stelle, die Könige als Diener des allmächtigen Kapitals hinstelle, die Unabhängigkeit der Richter als ein Märchen bezahle und behaupte, daß die Justiz unter dem Schutze des Gesetzes nur ein Organ der herrschenden Klasse sei. Dadurch würde jede staatliche Autorität untergraben. Wenn von den friedlichen Lehren der Sozialdemokratie gesprochen werde, so habe sie es doch unabweislich auf gewaltsamen Umsturz abgesehen. Die russische Revolution, für die die Sozialdemokratie Deutschlands mehr als eine Viertelmillion Mark gesammelt habe, werde in der „Tribüne“ fortgesetzt verherrlicht, das preussische Wahlrecht werde als ein Klassenhandrecht bezeichnet und in einem Aufsatz, „Die Orgie der Reaktion“ beitelte, (der Artikel in Nr. 16 der Erfurter „Tribüne“ beschäftigte sich mit dem Versammlungs-Verbot am 21. Januar in Leipzig) wurde gesagt, daß das Volk gegenüber der systematischen Wahlrechtsetzung nicht schweigen könne und manes deshalb versuchen müsse, die Reaktion niederzuzwingen. Durch diese Sprache werde bei dem geringen Bildungsgrade der Leser eine aufreizende Wirkung erzielt. Beweis: die Ereignisse von Dresden und Hamburg. Dadurch fühle sich in den politisch so erregten Zeiten das Bürgertum in seiner Rechtssicherheit bedroht. Daß aber solche Erfolge gewollt seien, beweise ja die Einladung durch Inzerat in der „Tribüne“ zu einem Projektionsvortrag des Schriftstellers Baegge-Berlin, worin die russischen Partikadenkämpfer in Bildern vorgeführt wurden. Daß man das nämliche Ziel in Deutschland vor Augen habe, beweise der Passus, in dem die „Tribüne“ sage, daß die Arbeiter aller Länder sich in ihrem Kampfe das Ziel setzen, sich diejenige politische Waffe zu erobert, die sie im Kampfe um die Staatsgewalt brauchen.

Aus der Verhandlung sei folgendes hervorgehoben:

Obgleich die Anklage schließlich auf sieben Artikel beschränkt wurde, wurden vor Gericht doch alle die 68 Artikel verlesen, die der Staatsanwalt ursprünglich inkriminiert hatte. Sie bezogen sich fast ausschließlich auf die russische Revolution und die Wahlrechtskämpfe des deutschen und ausländischen Proletariats, sind natürlich in lebhafter, anfeuernder Weise geschrieben, zum Teil anderen Parteiblättern, mehrere der „Leipziger Volkszeitung“ entnommen worden.

Es folgte die Verlesung dreier Artikel, durch die Staatseinrichtungen verächtlich gemacht sein sollen, worauf der Präsident den Genossen v. Lojewsky fragte, ob er zugebe, daß sich durch diese Artikel der Kampf um das allgemeine Wahlrecht wie ein roter Faden ziehe. Genosse v. Lojewsky erwiderte: Jawohl! Aber wir haben darin zur Ruhe in den Massenversammlungen gemahnt und uns gegen die Strahendemonstrationen ausgesprochen. Zum Beweise dafür, daß dies allgemeine Ansicht damals war, beantrage er:

Bebel und Singer vom Parteivorstand darüber zu vernehmen, ob dieser nicht seinerzeit einen Antrag des Wahlvereins Breslau, der Strahendemonstrationen forderte, abgelehnt habe. Um ferner den Beweis der Wahrheit dafür anzutreten, daß seine Behauptungen von den Vorbereitungen der Behörden zum 21. Januar nicht, wie die Anklage behauptet, erdichtet und entstellte Tatsachen seien, beantrage er die Militärkommandos und Zivilbehörden von Berlin, Potsdam, Götting, Erfurt und Breslau zu vernehmen. Darauf antwortete der Staatsanwalt, es sei gerichtsbeamtet, daß in Erfurt Vorbereitungen am 21. Januar getroffen worden. Erregt nagelte Genosse v. Lojewsky dieses Zugeständnis an, indem er dem Staatsanwalt zurief: „Wenn der Staatsanwalt das selber zugibt, wie kann er dann die Anklage gegen mich erheben, daß ich Tatsachen entstelle und erdichtet habe!“

Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Verteidiger Rechtsanwalt Zander-Erfurt, 1. die Professoren Wagner-Berlin und Diehl-Königsberg als Sachverständige für den bestimmten Sprachgebrauch der Worte Revolution, Klassenkampf und Klassengegenstand zu vernehmen; 2. den Professor Deibsch darüber zu vernehmen, daß selbst die bürgerliche Presse mit der russischen Revolution sympathisiert und den Wahlrechtsraub in Hamburg verurteilt habe.

Sämtliche Beweisangebote des Angeklagten und seines Verteidigers wurden abgelehnt mit der Begründung, daß sie als wahr unterstellt würden.

Der Staatsanwalt Kunze, der darauf das Wort zum Plaidoyer nahm, hielt eine Rede, die seiner Anlagenschrift würdig war. Die Tendenz der „Tribüne“ stand an der Spitze seiner Ausführungen und zog sich wie ein roter Faden hindurch. Bei dieser Rede konnte es scheinen, als hätten wir russische Rechtszustände, als sei es in Deutschland strafbar, sozialdemokratische Bestimmung zu haben und sozialdemokratische Lehren zu verbreiten! Der Herr Staatsanwalt sagte etwa, daß die Tendenz der „Tribüne“ sei, in jeder Form zu lügen und alles zu verneinen. Religion, Vaterland, Monarchie, Fürsten, alles was unserem Volke seit Jahrhunderten lieb geworden ist, wird mit Rot von ihr beworfen. Es war die Pflicht der Behörden, bei der Art, wie die Sozialdemokratie die russische Revolution verherrlichte, durch Militär und Schulleute zu verhindern, daß bei den Strahendemonstrationen revolutionäre Ausschreitungen begangen würden. Die Sozialdemokratie stellt es aber so hin, als wolle die Regierung ein Blutbad anrichten. Wenn die Sozialdemokratie so tut, als wenn die Arbeiter kein Brot zu essen haben, dann beweise die Viertelmillion Mark für die russische Revolution, die die deutschen Arbeiter gesammelt haben, das Gegenteil.“ Die Artikel seien heyerisch und die Staatsautorität untergrabend, er beantrage, den Angeklagten nicht zu einer Geldstrafe, da die Parteilasse es bezahle, sondern zu zwölf Monaten Gefängnis zu verurteilen.

Der Verteidiger fand dieser Scharfmacherrede gegenüber das richtige Wort. Er führte aus, daß die Art, wie der Staatsanwalt die sozialdemokratische Tendenz der „Tribüne“ hervorgehoben habe, den Gerichtssaal zu einer politischen Arena gemacht habe. Ob die politischen Ziele einer Partei gut oder schlecht sind, kümmere den Gerichtshof gar nichts. Wenn der Staatsanwalt gesagt habe, der Angeklagte habe sich gehütet, zu Gewalttätigkeiten aufzureizen, so spreche das nur für den Angeklagten. Beweis ist dieser für Verherrlichung der russischen Revolution eingetreten, aber ist das vielleicht in Deutschland verboten? Alle verlesenen Artikel bewiesen, daß die Sozialdemokratie ihre Ziele nicht mit Gewalt, sondern auf friedlich gesetzmäßigem Wege erreichen wolle. Er beantrage Freisprechung.

Nach einer kurzen Rede des Genossen Lojewsky, der mit Würde den Parteistandpunkt betonte, wurde das Urteil gefällt.

Wit Monate soll Genosse v. Lohse ... einen Monat Genosse ...

Wir sind es gewohnt, daß der Gerichtsfaal in Deutschland bei ...

Wir wiederholen unsere Frage: Wird die anständigere bürgerliche ...

Schlächter und Agrarier.

Seit einiger Zeit sind die Viehpreise an den großen städtischen ...

Table with 4 columns: Location, Highest Price, Current Price, Price Difference. Rows include Breslau, Danzig, Hamburg, Magdeburg, etc.

Trotz dieses bedeutenden Preisrückganges halten die Preise im Detailhandel sich noch immer auf ...

Die Schlächter suchen nach dem Fall der Viehpreise ihre Kleinverkaufspreise ...

Als im vorigen Jahre die Schlachtviehpreise stiegen, waren die Schlächtermeister ...

Es wird nötig sein, daß sich die Innungen und Interessensverbände ...

Recht eigenartig ist das Verhalten der liberalen Presse. Als die Viehpreise stiegen ...

Deutsches Reich.

Nachmals: „Ein Häckerstückchen“. Die „Voss. Ztg.“ leugnet, mit ihrer Behauptung ...

Hauptung der „Münchener Allg. Ztg.“, daß den Nationalsozialisten das Hohngelächter ...

Aber auch die obige Stelle der „Voss. Ztg.“ an sich enthält grobe Fälschungen ...

Deutsch-schwedischer Handelsvertrag. Wie das Stockholmer „Svenska Dagblad“ ...

Ämtliches Resultat der Wahl im Kreise Darmstadt-Groß-Gerau. Abgegeben wurden 32 842 Stimmen ...

Konts St. Wegen Stübelbeleidigung erhielt, wie ein Telegramm aus Harburg ...

Schlappes Kerl. Bekanntlich hatte in diesem Jahre zum 1. Mai die französische Bourgeoisrepublik ...

„Wertwürdigerweise“ spricht bei dieser Gelegenheit die „France militaire“ ...

Es versteht sich von selbst, daß das deutsche Scharfmacherblatt derartige „sentimentale Anwandlungen“ ...

Im Wahlkreise Darmstadt-Groß-Gerau können sich die unterlegenen Nationalliberalen ...

Landesverratsprozeß. Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat ...

Angeherrere Menschenopfer verschlingt fortgesetzt die „Berufungsarbeit“ ...

Ueber die im März und April stattgehabten Gesechte in Deutsch-Ostafrika ...

b. Haffel wurde am 21. März von zahlreichen Bagindas am Lukuba angegriffen ...

hatte, und von dessen Leute viele im Lutsugu erkrankten. b. Haffel hatte nur geringe Verluste ...

Im Norden des Songea-Bezirks hatte die Kompagnie Kleist mehrere siegreiche Gesechte ...

Welch herrliche Kulturarbeit. Ein Ende des Schlachtens ist dabei noch nicht abzusehen ...

Patriotisches und sozialdemokratisches Turnen. Der Kreis-Schulrat in Mainz ...

Berichtigung. In der Rotiz in der Dienstag-Nummer „In dem Tod geteilt“ ...

Ausland.

Frankreich.

Die Depeschen-Bureaus schwelgen in Mitteilungen über Bomben-Geschichten ...

Paris, 9. Mai. Die Unternehmung hat ergeben, daß es sich bei den drei gestern ...

Paris, 9. Mai. Der wegen der Bombenexplosion im Viertel Montrouge verhaftete Zimmermann ...

Paris, 9. Mai. In Vincennes wurde ein Artillerist in dem Augenblicke verhaftet ...

Italien.

Die Marineenquete vor dem Parlament. Rom, den 7. Mai. (Fig. Ver.)

Die heutige Interpellation über die Marineenquete ist weit ruhiger verlaufen ...

Portugal.

Nach Meldungen aus Lissabon wurde infolge des jüngsten Vorgehens der Polizei ...

England.

Der erste Konflikt. London, 8. Mai. (B. Z. B.) Unterhaus.

Zusammensetzung der Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Heimarbeit ...

Niederlande.

75 000 Gulden für Puppenfabrikation! Haag, 7. Mai. (B. Z. B.)

Obgleich zurzeit noch nicht genau festgestellt, daß die zweite Friedenskonferenz ...

Türkei.

Der Konflikt. In Konstantinopel fand am Montag und am Dienstag wegen der Tabakangelegenheit ...

fuchte. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Am Dienstag stattete der Minister des Äußern dem englischen Botschafter einen Besuch ab. Von Seiten der Türkei scheint man „Gegenvorschläge“ zu machen.

Die „Daily Mail“ meldet, will England, falls der Sultan die britischen Forderungen nicht bewilligt, durch seine Flotte einen türkischen Hafen besetzen lassen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Mai-Aussperrung in Ober-Schöneweide

(Kabelwerk Oberspree der A. E.-S.) ist durch einen Vergleich beendet. Nachdem gestern Verhandlungen mit der Direktion stattgefunden hatten, erklärte sich diese bereit, die Ausgesperrten sämtlich wieder einzustellen und zwar das Gros sofort und die etwa 5—600 Arbeiter, deren Plätze bereits besetzt sind, im Laufe der nächsten Wochen je nach Bedarf. Betriebsfremde Arbeiter sollen nicht eher angenommen werden, bevor nicht alle Ausgesperrten wieder im Betriebe untergebracht sind. Diese Bedingungen wurden gestern in zwei Versammlungen der Ausgesperrten mit erheblicher Mehrheit angenommen.

Demnach nimmt das Gros der Arbeiter nach achtstägiger Aussperrung heute (Donnerstag morgen) die Arbeit wieder auf. — Damit dürfte auch der „Belagerungszustand“ über Ober-Schöneweide wieder aufgehoben werden und die 60 Gendarmen, die dort in grauer Kriegsrüstung unumgänglich stationiert waren, können jetzt ihre staatsbehaltende Tätigkeit anderwärts ausüben.

Achtung! Metallarbeiter! Die Firma Brodrecht, Elisabethufer 55, ist für Metallarbeiter jeder Branche bis auf weiteres gesperrt. Wir ersuchen die Kollegen, den Betrieb zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Klempner! Die Firma Grabert, Köpenickerstraße 70a, ist für die Klempner gesperrt. Wir ersuchen, den Betrieb zu meiden.

Die Portland-Zementfirma Guttman u. Zeyerich hat 15 Streikbrecher in Zoffen anzuwerben versucht. Die Bauarbeiter aller Bauten seien darauf hingewiesen, daß die Fuhrwerke der Firma von Streikbrechern gefahren werden.

Die Lohnbewegung der Berliner Bäcker

ist nunmehr, nachdem die Versammlungen der Arbeitgeber den Vereinbarungen ihrer Kommissionen zugestimmt haben, als beendet anzusehen. Als der deutsche Bäckerverband diese Bewegung ins Werk setzte, ließ sich kaum erwarten, daß dieselbe einen Erfolg o h r e K a m p f bringen würde, denn in den Reihen der Innungsmeister machten sich auch diesmal wieder die Stimmen der Heber und Scharfmacher bemerkbar, die von Bewilligungen nichts wissen wollten. Schließlich gewannen aber doch die einsichtigeren Elemente die Oberhand, nicht weil sie eine besondere Juneigung für die Arbeiter haben, sondern vielmehr deshalb, weil sie es noch nicht verstanden haben, daß die Bäckermeister durch den Streik im Jahre 1904 eine arge Schlappe erlitten, weil sie damals in ihrer Reueheit dem kurzfristigen Rat ihrer scharfmacherischen Innungsführer nur allzu willig folgten. Die Klugheit gebot den Bäckermeistern, es nicht wieder auf einen Kampf ankommen zu lassen, bei dem sie ebenso wie vor zwei Jahren der Unterlegene gewesen sein würden. So geschah es denn, daß die Bäckerinnungen ihren früheren Standpunkt aufgaben und sich zu Verhandlungen mit den Vertretern der Gesellen, ja sogar mit dem deutschen Bäckerverbande, dem sie bis dahin das Recht der Arbeitervertretung überhaupt abgesprochen hatten, bereit erklärten. Daß Herr Bernard noch vor Beginn der Verhandlungen auf seine Wiederwahl zum Obermeister der Bäckerinnung zu Berlin verzichtete, mag mit darauf zurückzuführen sein, daß es gerade dieser Hauptgeschäftsmacher war, der die Meister vor zwei Jahren in den Kampf hegte und die größte Schuld an ihrer Niederlage trug. — Nach alledem ist das, was der deutsche Bäckerverband jetzt für die Berliner Bäckergesellen erreicht hat, eine Frucht des großen Streiks, den er im Jahre 1904 mit Hilfe der Berliner Arbeiterschaft geführt hat.

Die Erfolge der diesjährigen Lohnbewegung drücken sich weniger in der Erhöhung des Mindestlohnes von 21 auf 23 M. aus, als vielmehr in einigen anderen Umständen, durch welche das im allgemeinen noch so recht patriarchalisch-rückständige Arbeitsverhältnis im Bäckergewerbe einige der Neuzeit entsprechende nicht unwesentliche Verbesserungen erhält. In dieser Hinsicht ist zunächst die grundsätzliche Abschaffung des Kost- und Logiswesens zu nennen. Als einziger Rest dieses einer längst vergangenen Zeit entsprechenden Brauches ist die Bestimmung übrig geblieben, daß den Gesellen nur auf ihren Wunsch Kost und Logis im Hause des Meisters zu gewähren ist. Der Meister darf es also nicht mehr zur Bedingung machen, daß der Geselle bei ihm ist und schläft. — Ferner ist das patriarchalisch-rückständige System damit durchbrochen, daß Überstunden — natürlich so weit sie gesetzlich zulässig sind — bezahlt werden müssen, was die Bäckermeister bisher nicht als ihre Pflicht anerkannten. — Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind die Bestimmungen über den Arbeitsnachweis. Wenn sich auch die Meistervertreter gegen die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, der dem Zentralarbeitsnachweis in der Gormantstraße angegliedert werden sollte, sträubten, so ist doch der schließlich vereinbarte Arbeitsnachweis unter Leitung einer aus gleichen Teilen von Meistern und Gesellen bestehenden Kommission nicht anders als ein paritätischer Arbeitsnachweis. Mit der Errichtung und der allge meinen Benutzung eines solchen Arbeitsnachweises ist wieder einer der wichtigsten Punkte im Bäckergewerbe beseitigt, durch dessen Vorhandensein die Arbeitnehmer schwer zu leiden hatten. Das war besonders die Arbeitsvermittlung durch gewerbsmäßige Stellenvermittler, die es verstanden, den Arbeitssuchenden unverhältnismäßig hohe Gebühren für die Zureisung einer Stelle abzupressen. Aber auch die Arbeitsnachweise der Innungen haben zu Klagen Anlaß gegeben. Das alles muß nun aufhören, wenn die Innungen, wie es in der Vereinbarung festgelegt ist, ihre Mitglieder zur ausschließlichen Benutzung des einzurichtenden zentralisierten (paritätischen) Arbeitsnachweises anhalten. — Ein weiterer Fortschritt ist es, daß die Mitglieder der paritätischen Schlichtungskommission das Recht haben, die Bäckereien auf die Innehaltung der Vereinbarungen hin zu kontrollieren. Dadurch wird es möglich sein, die strikte Innehaltung der Vereinbarungen, die ja von den Meistervertretern in der Kommission rückhaltlos zugesichert ist, auch bei denen zu erzwingen, die sich um ihre Verpflichtungen herumdrücken möchten.

Nach alledem kann es nicht zweifelhaft sein, daß das Arbeitsverhältnis im Bäckergewerbe durch diese Vereinbarungen ein gutes Stück vorwärts gerückt worden ist. Ueberbleibsel mittelalterlich-süßlicher Einrichtungen sind durch die Verwirklichung von Forderungen der modernen Arbeiterbewegung ersetzt worden, ein Erfolg, der höher anzuschlagen ist als die unmittelbaren materiellen Verbesserungen.

Wenn auch die Innungsmeister, um den Schein zu wahren, neben einer größeren Anzahl von Mitgliedern der Gesellenausschüsse nur wenige Vertreter des deutschen Bäckerverbandes zu den Kommissionsverhandlungen herangezogen hatten, so lag doch die Führung der Arbeiterfrage in den Kommissionsverhandlungen vollständig in den Händen der Vertreter des deutschen Bäckerverbandes, der ja auch die Bewegung ins Werk gesetzt hatte. Eine äußerst

klagliche Rolle spielten bei den Verhandlungen die beiden Vertreter der von den Meistern begünstigten Gewerkschaften, der „Gelben“. Sie waren von den Innungsmeistern als Gegengewicht gegen die „Roten“ herangezogen, erschienen aber während der ganzen Verhandlungen nur als zwei Nullen, deren Anwesenheit den Meistern nichts nützte und dem Bäckerverbande nichts schaden konnte.

Auch in der Schlichtungskommission, wo der deutsche Bäckerverband zwar nur durch zwei Mitglieder neben 12 Angehörigen und einem Gelben vertreten ist, werden die beiden Verbandsmitglieder, wie sicher anzunehmen ist, die Interessen der Arbeiter ebenso energisch und umsichtig vertreten, wie sie es bisher taten, und so ist dafür gesorgt, daß die getroffenen Vereinbarungen auch von allen Beteiligten innegehalten und auf dieser Grundlage später vielleicht weitere Verbesserungen aufgebaut werden.

Die Flay- und Lagerarbeiter sowie die Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter und Kranführer der Firma David Franke & Söhne, Mühlentstraße 58, sind, wie schon kurz mitgeteilt, in einen Streit eingetreten. Sie hatten ihren Arbeitgebern am 3. Mai folgende Forderungen unterbreitet: Für alle zurzeit beschäftigten Arbeiter eine Lohnzulage, ab Montag, den 7. Mai, von 8 Pf. pro Stunde, Anfangslohn für Flay- und Lagerarbeiter 45 Pf. pro Stunde, an den Maschinen sollten in Zukunft neue Arbeiter unter 50 Pf. pro Stunde nicht beschäftigt werden, Erhöhung des Affordolohnes für Arbeiter der Breiter aus dem Rahn pro Kubikmeter um 30 Pf., 52 stündige Arbeitszeit pro Woche. Außerdem forderten die Flagarbeiter als Vergütung für Überstunden einen 50prozentigen Zuschlag. Die Firma, welche über große Reichthümer verfügt, zahlt ihren Arbeitern sehr minimale Löhne. Dieselben betragen bis jetzt im Anfang 37 Pf. und erlauben in großen Zwischenräumen nur ganz geringe Steigerungen, von 1 und höchstens 2 Pf. pro Stunde, so daß Arbeiter, welche schon zehn Jahre und noch länger im Betriebe tätig sind, noch Löhne unter 50 Pf. pro Stunde beziehen. Dabei ist die zu leistende Arbeit eine körperlich sehr anstrengende, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter den ganzen Tag mit den schweren Röhren und Brettern herumhantieren müssen. Die an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter werden nach und nach aus den Reihen der Lager- und Flagarbeiter genommen und zu dieser Arbeit angelehrt. Sobald nun ein solcher Arbeiter selbstständig eine solche Maschine bedienen kann, erhält er nicht etwa den in anderen Betrieben für Fraiser üblichen Lohn von 55 bis 70 Pf. pro Stunde, sondern er wird nach wie vor auch für 40 bis 45 Pf. pro Stunde bei dieser gefährlichen Arbeit ausgenutzt. Vor einigen Tagen wurde z. B. einem jungen Arbeiter, welcher mit einem Lohn von 42 Pf. pro Stunde an der Kreisäge beschäftigt wird, fast die ganze linke Hand abgeschnitten. Nur ein Teil derselben mit dem kleinen Finger blieb erhalten. Am Sonnabend wurden den Arbeitern auf ihre Forderungen hin zwei, in einigen Fällen auch drei Pfennig pro Stunde zugesprochen. Dieses Angebot lehnten die Arbeiter ab; sie betrachteten es als Hohn in Anbetracht der teuren Lebensverhältnisse. Den Vertretern des Handels- und Transportarbeiterverbandes sowie des Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter-Verbandes, die zu verhandeln versuchten, wurden nach langem Hin und Her noch 1 Pf. mehr Zulage für die Arbeiter zuerkannt, so daß also 3 und 4 Pf. Mehrlohn pro Stunde gezahlt werden sollte. Auch dieses weitere Zugeständnis schienen den Arbeitern zu gering; deshalb beschloßen sie, in den Streit einzutreten. Es kommen 56 Mann in Frage. Zugug ist strengstens fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Beiz, 8. Mai. (Eig. Ber.) Anscheinend werkspezifisch inspiriert, teilt die bürgerliche Presse mit, daß nun doch Unterhandlungen stattfinden mit den Belegschaftsausschüssen, daß demnach die Sechserkommission hinlänglich sei; und so wäre der Wunsch der Werksbesitzer, nur mit ihren Arbeiterausschüssen verhandeln zu wollen, erfüllt. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die Ausständigen vom ersten Tage an zu Verhandlungen bereit gewesen sind. Daß sie ferner die aus ihren Reihen gewählte Lohnkommission stets als die maßgebende Instanz bezeichnet haben. Erst noch die in Halle auf der Konferenz einstimmig angenommene Resolution sprach aus, daß mit den zurzeit bestehenden Arbeiterausschüssen ein Festhalten unmöglich sei, weil die Mitglieder dieser Ausschüsse zum großen Teil Streikbrecher geworden seien. Die Resolution befogt allerdings auch, daß mit Kommissionen aus den Reihen der Streikenden von den einzelnen Werken verhandelt werden könne. Die Werkspresse schrieß darauf sofort, daß nun eine Basis gefunden sei, auf der verhandelt werden könne. Auf Grund dieser Auslassungen und auch auf Grund dessen, daß mittlerweile dieser mit zwei Gesellschaften Verhandlungen über die Forderungen stattgefunden hatten, haben heute Vertreter aus den Belegschaften mit ihren Direktionen verhandelt. Aber nicht die Arbeiterausschüsse bzw. soweit dieselben stehen geblieben, also arbeitswillig gewesen oder zu Streikbrechern geworden sind. Das ist gegenüber den Auslassungen von der gegnerischen Presse festzustellen!

Die Nachsicht des Werkes Croißichen von der Baldauer Gesellschaft ist gestern Abend, wie zu erwarten stand, nicht angefahren. Ebenso ist die Belegschaft des Werkes bei Brudorf im Revier Halle-Ost heute in den Ausstand getreten. Das Werk gehört der „Gewerkschaft Brudorf-Rietleben Bergbauverein“, welche in jenem Reviere noch mehrere Werke im Betriebe hat. Wenn der Ausstand nicht recht bald beigelegt wird, steht zu erwarten, daß in den nächsten Tagen im Reviere Halle-Ost, um Bitterfeld herum, weitere Belegschaften ausständig werden. Danach ist also ein ernstes Aufflammen — kein Abflauen — der Bewegung zu konstatieren!

Am Donnerstag finden in den Braunkohlenrevieren 4 große Bergarbeiterversammlungen statt, in denen das Resultat der heute gepflogenen Verhandlungen bekannt gegeben wird. Weiterhin werden die Versammlungen über die Aufnahme der Arbeit oder Fortdauer des Ausstandes beschließen.

Unternehmerterrorismus. Da die Maurer in einigen Orten der Umgebung von Halle wegen Lohnhöherungen ausständig sind, fordert der Bezirksarbeiterverband öffentlich in der „Baugewerkszeitung“ auf, nicht nur die Streikenden aus jenen Orten nicht zu beschäftigen, sondern überhaupt keine aus Halle a. S. und Merseburg kommenden Maurer einzustellen. Dies scheint der Staatsanwalt ruhig mit ansehen zu können. — Wenn aber die Arbeiterpresse in Halle bei Streiks die zwei Worte: „Zugug fernzuhalten“ veröffentlicht, dann ist der Staat in Gefahr.

Zur Lohnbewegung im Danziger Baugewerbe. Am 30. April hatten die Maurer den Arbeitgebern die Forderung auf 65 Pf. Stundenlohn nebst den Nebenforderungen gestellt. Die Arbeitgeber erklärten bald darauf, daß sie in ein Vertragsverhältnis eingehen wollten, wenn eine Einigung mit allen drei Berufen (Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern) erzielt wird. Die Arbeitgeber wünschten einen Vertrag auf drei Jahre und wollten zahlen: für Maurer pro 1906 50 Pf., pro 1907 52 Pf. und pro 1908 54 Pf. Stundenlohn. Den Zimmerern, die 50 Pf. gefordert hatten, wolle sie 48, 50 und 52 Pf. bewilligen. Die Hall- und Steinträger sollen 33, 36 und 39 Pf. und die anderen Arbeiter 30, 33 und 36 Pf. Stundenlohn erhalten. Befordert hatten die Bauarbeiter 37 und 35 Pf. Stundenlohn. Die Berechtigung einer Lohnhöhung haben die Arbeitgeber zugestimmt. Den Bauarbeitern werden sie wohl noch etwas zulegen müssen, wenn es zum Vertragsabschluss kommen soll.

Die Mäler und Läufer in Worms sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen einen Mindestlohn von 43 Pf. für Gehilfen über 20 Jahre und 35 Pf. für die Junggelesen, sowie eine zehnstündige Arbeitszeit. — Zugug ist strengstens fernzuhalten.

Wirtschaftliche Kämpfe im nördlichen Bayern. In Würzburg haben die Kommissionen der Maurer und der Bauunternehmer wegen Abschluß eines Tarifvertrages verhandelt und sind über die meisten Punkte zu einer Verständigung gelangt. Eine Versammlung der Unternehmer zog jedoch die Zugeständnisse hinterher wieder zurück, weshalb seit Montag früh auf allen Bauten die Arbeit ruht.

In der Holzindustrie zu Würzburg haben die Unternehmer der größeren Firmen sich mit den Arbeitern über die aufgestellten Forderungen geeinigt und u. a. die 56 stündige Arbeitszeit und einen 7 prozentigen Zuschlag für Lohn- und Affordarbeit vereinbart. Nur die Kleinmeister wollen keinerlei Zugeständnisse machen. Es wurde daher am Montag früh in allen in Frage kommenden Betrieben die Arbeit niedergelegt.

In Erlangen haben die Bauhilfsarbeiter Lohnforderungen gestellt. Die Antwort der Unternehmer bestand darin, daß am Montag vormittag auf allen Bauplätzen die Bauhilfsarbeiter ausgesperrt wurden.

In sämtlichen Spiegelabriken in Fürth in Bayern sind am Montag die Glas-, Maschinen-, Metallarbeiter usw. nicht zur Arbeit erschienen, da die Fabrikanten die eingereichten Forderungen ohne weiteres ablehnten.

Ausland.

Die Wiener Bauunternehmer haben beschloßen, am Sonnabend sämtliche Arbeiter zu entlassen, wenn die über einzelne Bauten verhängten Sperren nicht aufgehoben werden. Die Aussperrung würde 40 000 Mann betreffen.

Aussperrungsdrohungen der dänischen Unternehmer.

In Dänemark finden gegenwärtig mehrere große Streiks statt; in Aarhus streiken die Vieher, in Kopenhagen die Abbrucharbeiter, ferner die Klavierarbeiter, und außerdem liegen an verschiedenen Orten die Buchdrucker im Kampf mit ihren Arbeitgebern. Wegen des Streiks in Aarhus drohen die Eisenindustriellen mit einer allgemeinen Aussperrung. Aber auch die allgemeine „Dänische Arbeitervereinerung“ hat sich bereits mit der Frage einer mehr oder minder umfassenden Aussperrung beschäftigt und ihre Generalversammlung in der vorigen Woche hat dem Zentralvorstand dieser Gesamtorganisation des dänischen Unternehmertums Vollmacht gegeben, über die Aussperrung zu beschließen. Dies soll am Sonnabend geschehen.

Kampf gegen die Nachtarbeit in den norwegischen Bäckereien.

Der Beschluß des norwegischen Storting über teilweise Wiederaufhebung der Nachtarbeit in den Bäckereien hat dazu geführt, daß die Bäckergesellen sich nun durch gewerkschaftlichen Kampf die Vorteile zu sichern suchen, die ihnen durch ein kurzfristiges Parlament entzogen wurden. Sie stellten an die Meister die Forderung, daß sie sich nicht der Vergünstigungen bedienen, die ihnen das neue Gesetz bietet, und beschloßen, wo dem nicht nachgegeben wird, zu streiken. Der Landesverband der Bäckermeister fordert jedoch die Meister auf, sich nicht dem Verlangen der Gesellen zu fügen und droht mit einer allgemeinen Aussperrung über das ganze Land. Die norwegische Arbeitgebervereinerung hat den Bäckermeistern seine Unterstützung zugesagt.

Der Streik in Turin beendet.

Turin, 8. Mai. In einer heute abend abgehaltenen Versammlung, an welcher der Präfekt, der Bürgermeister sowie Industrielle und das Streikkomitee teilnahmen, ist eine Lösung der Streitfragen, welche die Veranlassung zu dem Ausstande gegeben haben, gefunden worden. Das Streikkomitee versammelte sich darauf in der Arbeitsbörse, um die Arbeiter von dem Ergebnis in Kenntnis zu setzen und eine Bekanntmachung aufzugeben, in der erklärt wird, daß der Ausstand beendet ist. Die Arbeiter werden morgen die Arbeit wieder aufnehmen.

Turin, 9. Mai. Nach einer von der Arbeitskammer erlassenen Bekanntmachung soll die Arbeit heute nachmittag wieder aufgenommen werden.

Bologna, 9. Mai. Infolge Beschlusses der Arbeitskammer sind als Protest gegen die Vorgänge in Turin die Arbeiter der industriellen Werke heute in den Ausstand getreten. Fast alle Läden sind geschlossen. Die Straßenbahnen verkehren unter polizeilichem Schutz.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Landesverratsprozeß.

Leipzig, 9. Mai. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Wegen Landesverrats verurteilte das Reichsgericht heute den ehemaligen Regierungsekretär Senfleben zu vier, den Monteur Anrad zu drei Jahren Zuchthaus. Außerdem wurde über die Angeklagten 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verhängt. Der Geschäftsfreisende Rude wurde freigesprochen. — (Siehe auch Notiz unter Deutsches Reich in dieser Nummer.)

Die Steuern bezahlen die Konsumenten.

Köln, 9. Mai. (W. T. V.) In einer heute hier abgehaltenen Versammlung von Brauereileitern wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Die heute in Köln abgehaltene, von Vertretern des Verbandes der rheinisch-westfälischen Brauereien, der norddeutschen Brauereivereinerung und des sächsischen Brauereiverbandes sehr zahlreich besuchte Versammlung nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von den Beschlüssen der zweiten Lesung des deutschen Reichstages betreffend die Erhöhung der Brausteuer und beschließt einstimmig, gegen hohe Konventionalstrafen vom Tage des Inkrafttretens der Brausteuererhöhung ab den Bierpreis entsprechend zu erhöhen.

Los von Lueger!

Wien, 9. Mai. (W. T. V.) (Von einem besonderen Korrespondenten.) Bei den heutigen Wiener Gemeindevahlen aus dem vierten Wahlkörper eroberten die Sozialdemokraten vier Mandate von den Christlichsozialen und behaupteten ihre eigenen Mandate.

Für die Freiheit der Presse.

Paris, 9. Mai. (W. T. V.) Das Pariser Pressejudikat, das mit einer Klage des Chefredakteurs des Maties „La Croix“ wegen der am 27. April in den Redaktionsräumen dieser Zeitung stattgehabten Hausdurchsuchung befaßt ist, hat an den Ministerpräsidenten einen energischen Protest wegen dieser Verletzung des Geschäftsgeheimnisses erhoben. Wenn dies Vorgehen als gesetzlich gebilligt würde, so würde dies auf eine vollständige Verneinung der Pressefreiheit hinauslaufen.

Die Durchführung des Generalstreiks.

Rom, 9. Mai (Privatdepesche unseres römischen Korrespondenten.) Nach anderthalb Tagen mustergeräthig disziplinierten Generalstreiks beschloß die Turiner Arbeitskammer heute nach der erfolgten Dienstenthebung der an den Regierungen schändigen Polizisten die Beendigung des Streiks. Weitere Generalstreiks werden augenblicklich durchgeführt in Bologna, Forli, Ancona. Die Nachrichten aus Bologna lauten sehr ernst. Voraussichtlich wird morgen der Generalstreik in Neapel und Rom ausbrechen.

Bologna, 9. Mai. (W. T. V.) Ausständige versuchten heute in die militärische Feuererschule einzudringen, um die dort angestellten Arbeiter zum Wiederlegen der Arbeit zu zwingen. Eine anrückende Schwadron Kavallerie wurde mit Steinen beworfen, wodurch ein Leutnant schwer, ein Rittmeister und fünf Soldaten leicht verletzt wurden. Mehrere Personen wurden verhaftet. Eine für 8 Uhr nachmittags angeordnete Versammlung fand infolge eines Unwetters nicht statt.

Reichstag.

98. Sitzung vom Mittwoch, den 9. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzes über die

Befreiung der Personenzahlfahrten.

Es liegt ein Antrag Beder vor: dem Bundesrat die Ermächtigung zu geben, während einer auf längstens ein Jahr zu bemessenden Uebergangszeit das Verfahren bei der Stempelsteuer anders zu regeln.

Reichshauptsekretär Frhr. v. Stengel: Die verbündeten Regierungen werden sich Mühe geben, die Einführung des Fahrkartensampels möglichst schon zum 1. Juli herbeizuführen.

Das Gesetz wird mit dem Antrag Beder angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes betreffend Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge.

Die Kommission schlägt vor: Krafttrader mit 10 M., Kraftwagen nach den Pferdekraften, steigend mit 25—150 M. als Grundbetrag, wozu noch weitere Stempelabgaben für jede Pferdekraft treten sollen.

Abg. Leonhart (fr. Vp.) begründet einen Antrag, außer den zur gewerbemäßigen Beförderung von Personen bestimmten auch die zu Erwerbszwecken benutzten Automobile von der Stempelsteuer frei zu lassen.

Abg. Mommsen (fr. Vp.): Wir lehnen das vorliegende Gesetz ab, da es eine Belastung des Verkehrs bezweckt und seine Entwicklung hindern muß.

Reichshauptsekretär Frhr. v. Stengel: Nach dem Antrage Leonhart würden nur sehr wenige Automobile übrig bleiben, die wir besteuern könnten. Der Industrie wird diese Steuer nicht schaden.

Abg. Lipinski (Soz.):

Die Ausführungen des Herrn Reichshauptsekretärs betreffen, auf welche abschüssige Bahn die verbündeten Regierungen sich mit dieser Vorlage begeben haben. Das Luxusautomobil wollte man treffen, und um das zu fassen, hat man auch die Automobile mit in die Steuer einbezogen müssen, die zur Ausübung eines Berufs gebraucht werden. Der Herr Staatssekretär meinte, man wolle nicht die Automobilindustrie belasten, sondern nur die Besitzer. Wenn aber das Automobil besteuert wird, so wirkt das ohne weiteres als Belastung der Industrie, und die Steuer ist im Effekt nichts als eine Gewerbesteuer. (Sehr richtig! links.) In der Tat bedeutet die Automobilsteuer genau so eine Erbschwerung des Verkehrs wie die Fahrkartensteuer.

Ich vermute ja, daß diese Steuer lediglich vorgeschlagen ist, um für die gesamten indirekten Steuern als Dekorationsstück zu dienen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten); man wollte damit beweisen, daß auch die stärkeren Schultern zu den Steuern herangezogen werden. Nun, der Gesamtertrag der hier vorgeschlagenen Steuern beträgt reichlich eine Milliarde Mark, der Ertrag der Automobilsteuer 3/4 Millionen, d. h. 0,03 Proz. der gesamten Steuern werden von den sogenannten stärkeren Schultern getragen, alles übrige belastet den Konsum der breitesten Massen des Volkes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) abgesehen davon, daß auch von der Automobilsteuer Kreise betroffen werden, die das Automobil zur Ausübung ihres Berufes brauchen und daß daher die Automobilsteuer die Automobilindustrie schädigt, was wieder zu einem Lohnrückgang in der in ihr beschäftigten Arbeiter führen wird.

All das muß man bestimmen, gegen diese Steuer zu stimmen. Dem Antrag Leonhart werden wir zustimmen.

Kun hat gestern Herr Abg. Herold behauptet, daß das Defizit des Reiches nicht allein hervorgerufen sei durch die Bewilligung der Flottenvorlage, sondern auch durch eine Reihe von Aufwendungen, die der breiten Masse der Bevölkerung zugute kämen; darunter führt er auch die Kosten der Jubiläumsfeier an. Zu dieser Kühnheit des Gedankens haben sich selbst die verbündeten Regierungen nicht aufgeschwungen, denn in der Begründung zu den Steuerentwürfen sind sie nicht mit einem Worte auf diese Lasten gekommen. Es wäre ja auch sehr eigenartig, wenn man auf der einen Seite die Arbeiter mit hohen Steuern belastet, anzuführen, daß man ihnen auf der anderen Seite einige Pfennige zulommen läßt. Herr Herold hat diese Aeußerung wohl lediglich getan, um sich nach außen seiner Wählerchaft gegenüber zu rechtfertigen.

Wir werden — wie gesagt — gegen diese Dekorationssteuer stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Werner (Antif.): Die Automobilsteuer trifft nicht die Arbeiter; das Gegenteil glauben die Sozialdemokraten wohl selbst nicht. Wir stimmen der Besteuerung zu, und zwar ohne den Antrag Leonhart, der in der Praxis nicht durchführbar ist.

Abg. Beder (natl.): Die vorgeschlagene Besteuerung wird in keiner Weise die Industrie schädigen. Die Reden der Linken von Arbeiterentlastungen in der Industrie, die vom ersten Augenblick jeder derartigen Steuerentwurf hier gehalten werden, sind wir nachgerade gewohnt. (Weißt links) und doch sollten die Sozialdemokraten gerade diese Steuer annehmen, welche die reichen Leute trifft. Bei der Zigarettensteuer sagten Sie: man darf eine hochentwickelte Industrie nicht besteuern und dadurch Kaufende von Arbeiter brotlos machen, laufende von Mädchen der Prostitution in die Arme treiben; hier sagen Sie: man darf eine in den Anfängen befindliche Industrie nicht belasten. Wann sollen wir sie denn besteuern? (Lebhafte Jurufe links: Gar nicht!)

Abg. Lipinski (Soz.): Der Abg. Beder hätte besser hinhören sollen, bevor er gegen uns polemisierte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle, die ein Automobil benutzen, werden durch diese ungerechte Steuer ebenso belastet als die, die es besitzen. Wir bekämpfen diese Steuer wie jede Konsumsteuer. Es ist richtig: Kinderbemittelte kaufen keine Automobile, aber sie kaufen auch zum Beispiel keine Brauereien, und doch sind wir gegen die Brauereisteuer. Auch ist programmatisch von uns festgelegt, daß wir jede Besteuerung des Verkehrs bekämpfen. Ich weiß ja, daß die Mehrheit dieses Hauses die Steuer annehmen wird, wir aber sind gegen jede solche indirekte Sondersteuer, die den Verkehr hemmt, den Konsum belastet und zahlreiche Arbeiter der Automobilindustrie brotlos macht. (Weißt links bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte ist erschöpft. Der Antrag Leonhart wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt, das Gesetz gegen dieselben Stimmen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Die Besteuerung der Anstaltungen

wird debattelos nach dem Beschluß der Kommission abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Besteuerung der Vermögensgegenstände (Lantienem).

Die Kommission schlägt vor, sie mit 8 Proz. zu besteuern, soweit sie nicht bei einer Gesellschaft unter 5000 M. bleiben.

Abg. Kaempf (fr. Vp.): Die Besteuerung der Lantienem ist sehr populär bei allen denen, die keine Lantienem besitzen. (Große Heiterkeit.) Aber sie ist nicht gerechtfertigt; denn sie ist Besteuerung eines Teiles des Einkommens. Ich halte eine Reichseinkommensteuer für eine notwendige Konsequenz der deutschen Einheit. (Zustimmung links.) Aber sie darf nicht nur einen bestimmten Kreis von Personen erfassen und nicht nur einen Teil des Einkommens. Man will hier „müßeloses Einkommen“ treffen. Ist Einkommen aus Verpachtung von Rittergütern nicht müßeloses Einkommen? (Sehr gut! links.) Ist das Einkommen aus den Liebesgaben etwa müßelvoll oder das Einkommen, das durch das Steigen der Güterpreise veranlaßt ist? (Unruhe rechts, Heiterkeit

links.) Haben, um noch eins zu nennen, die Domherren ein müßelvolles oder ein müßelloses Einkommen? (Große Heiterkeit links.) Uebrigens ist das Einkommen eines Aufsichtsratsmitgliedes in den meisten Fällen nicht müßelvoll; ich habe als Vordirektor niemals solche Sorgen gehabt wie als Aufsichtsrat. (Na! na! und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen die Steuer ablehnen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Der Herr Vortredner hat mit einem großen Teil seiner Argumente ganz unbestreitbar recht. Der Bericht der Kommission, der uns vorgelegt worden ist, hat soviel moralisierende Stellen, die in einer Gesetzesbegründung wahrhaftig nicht am Platze sind, daß dagegen zu polemisieren schon ganz überflüssig erscheint. Da heißt es: Die Lantienem in ihrer heutigen Höhe sei ein Unfug, sie stehe nicht im Verhältnis zur geleisteten Arbeit; Leistung und Gegenleistung würden bei der Bemessung der Lantienem nicht genügend abgewogen. Ganz richtig! Aber wenn wir das Moment müßelosen Gewinnes unseren Gesetzen zugrunde legen sollten, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß jedes Einkommen, das nicht reines Lohnverdienst ist, gleichzeitig auch ein Element müßelosen Gewinnes in sich trägt. Inwiefern kann ich der Kritik des Abg. Kaempf durchaus zustimmen. Aber er hat auch zugegeben, daß diese Steuer unzweifelhaft eine Steuer auf das Einkommen ist. Sie entspricht gewiß nicht dem, was wir uns unter einer Einkommensteuer vorstellen. Beder die Form noch das Steuerobjekt ist einwandfrei. Aber sie ist eben doch eine Steuer auf das Einkommen. Und aus diesem Grunde, weil die Einkommensteuer einen prinzipiellen Fortschritt gegen das bisher bestehende Reichsteuerverfahren bedeutet, stimmen wir für diese Vorlage, in der Hoffnung, daß der Appell mit dem Essen kommt und wir sehr bald über die Station Lantienem hinausgehen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn Sie werden durch keinerlei Interpretations- und Deduktionskünste und klar machen, wie sehr jetzt noch der müßellose Gewinn bei den Dividenden oder der Grundrente unbesteuert bleiben soll. Ich zweifle gar nicht daran, daß auch hier nur der erste Schritt es ist, der Mühe macht. Je mehr Sie erkennen werden, daß die anderen völlig unhaltbaren, auf die Dauer außerordentlich schädlichen Steuern, die Sie heute einzuführen versuchen, Versuche mit unzulänglichen Mitteln sind, umso mehr wird der Gedanke an die Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer Ihnen näher kommen. Wir sehen in den Kommissionsbeschlüssen den ersten Schritt zu den direkten Reichsteuern und hoffen, daß sich weitere an ihn anknüpfen werden. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dahlem (Z.): Nicht, weil die Steuer populär ist, sondern aus sachlichen Gründen stimmen wir für die Steuer. Auf die Frage, warum gerade die Lantienem-Empfänger besteuert werden sollen, erwidere ich: Jemandem muß man doch mit der Besteuerung des müßelosen Gewinnes beginnen. Wir sind bereit, wenn wieder ein großes Loch da ist, auch andere Arten des müßelosen Gewinnes zu besteuern. (Weißt links im Zentrum.)

Abg. Götze (fr. Vp.) (von der Rechten mit Murren empfangen): Ich kenne andere Arten von Einkommen, die viel müßelvoller sind, als die aus Lantienem. Wer ein Gut besitzt und einen Verwalter hat, oder wer ein Finanzhaus und einen Vizepräsidenten besitzt, hat sicherlich ein um nichts weniger müßelloses Einkommen. Kommen denn die Herren Antragsteller die Tätigkeit eines Aufsichtsrates? Es gibt genug Aufsichtsratsmitglieder, die für ihre Gesellschaften täglich arbeiten. Ferner muß der Aufsichtsrat oft hohe pekuniäre Opfer für die Gesellschaft bringen, z. B. im Falle der Beurlaubung von Geldern seitens der Beamten. In diesem Falle ist die Lantienem eine Mißlohnprämie. Ein Unfug ist es freilich, wenn Herren Aufsichtsratsmitglieder werden, um ihren Einfluß an anderen Stellen, und auch bei Regierungsposten, zum Vorteil der betreffenden Gesellschaften zu betätigen. Sie betätigen mit ihrer Steuerpolitik einfach den den Sozialdemokraten zugeschriebenen Grundsatz des Teilens. (Unruhe rechts. Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Aber, meine Herren, mit dieser Steuer machen Sie den ersten Schritt auf dem Wege zur Reichseinkommensteuer (Sehr richtig! links) und um dieses großen Zielcs wegen stimmen wir für die Steuer. (Große Heiterkeit rechts und im Zentrum. Lebhafte Weisfall links.)

Abg. Raab (Antif.): Wir erklären uns für diese Steuer; die Sozialdemokraten müßten ihrer ganzen Geschichte nach dagegen sein. (Zuruf: Es tut Ihnen wohl um Ihre Rede leid? Heiterkeit.) Oh, wir freuen uns, wenn ein Unverständiger zu Verstand kommt; Zurufe bei den Sozialdemokraten) für die erfreuliche Mauferung verdient die Sozialdemokratie Dank.

Abg. Raab (Z.): Wir stimmen für diese Steuer, nicht weil sie populär, sondern obwohl sie populär ist! Unter den Antragstellern befinden sich Aufsichtsratsmitglieder, welche die Verhältnisse genau kennen.

Abg. Wiener (fr. Vp.): Die vorgebrachten Gründe für die Steuer können und von unserer Stellungnahme nicht abbringen. In der Kommission waren zuerst auch die Nationalliberalen und die Sozialdemokraten Gegner der Steuer; auch die Sozialdemokratie steuert jetzt den Hitzdank. Vom Zentrum ist nach den Aeußerungen des Herrn Dahlem über den „müßelosen Gewinn“ zu erwarten, daß es einen Antrag auf Besteuerung der müßelosen Einkommen der Domherren zur dritten Lesung einbringt. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Der Reichseinkommensteuer wird diese Steuer nicht die Wege bahnen, sondern sie wird ein Hindernis für sie sein.

Reichshauptsekretär Frhr. v. Stengel: Die verbündeten Regierungen haben diese Steuer nicht vorgeschlagen. Träger der Steuer ist nicht der einzelne Lantienemempfänger, sondern die Aktiengesellschaft. (Lachen links.) Sollten die verbündeten Regierungen der Steuer zustimmen, so lege ich jetzt schon im voraus Verwahrung dagegen ein, daß Konsequenzen für eine Reichseinkommensteuer daraus gezogen werden! (Lachen links.)

Abg. Büsing (natl.): Theoretisch muß man die Steuer bekämpfen, aber Theorie und Praxis sind zweierlei (Zuruf bei den Freisinnigen: Güt nationalliberal!) und aus praktischen Gründen stimmen wir der Steuer zu. (Weißt links bei den Nationalliberalen.)

Abg. Zimmermann (Antif.): Diese Steuer ist als Anfang einer gesunden Steuerpolitik zu begrüßen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Die Bemerkungen des Herrn Abg. Raab, welche auch, soweit sie sachlich waren, auf einem sehr niedrigen Niveau standen, geben mir keinen Anlaß, darauf einzugehen. Herr Wiener warf uns vor, wir steuerten einen Hitzdank. Nein, Herr Wiener, wir steuern einen ganz direkten Kurs und zwar auf die Reichseinkommensteuer hin. Ich gebe Ihnen zu, daß wir sehr schwere Bedenken gegen die Form und Basis dieses Gesetzes haben. Wenn ich es schroff ausdrücken soll, möchte ich sagen: Wir sind im Grunde gegen diese Steuer, aber für das Prinzip, das in ihr zur Geltung kommt. Wenn Sie von einem Widerspruch zwischen unserer früheren und unserer jetzigen Haltung reden, so bedenken Sie folgendes: Wir haben uns gegen diese Steuer ausgesprochen in einem Stadium der Verhandlungen, als es noch denkbar erschien, die Erbschaftsteuer weiter auszubauen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf ihren Ausbau legten wir den Hauptnachdruck. Als wir nun sahen, daß sie in der Kommission vermutlich nicht sehr erheblich verbessert würde, mußten wir auch unsere Stellung zu dieser Steuer einer erneuten Prüfung unterziehen. Und da ist das Prinzip der direkten Einkommensteuer für uns Grund genug, daß wir ihr zustimmen.

Kun freilich lagte der Herr Reichshauptsekretär, den wir heute als Konsequenzennacher zu bewundern Gelegenheit hatten: Das ist keine direkte, sondern eine indirekte Steuer; denn die Verpflichtung zur Entrichtung dieser Abgabe liegt der Gesellschaft ob. Nun, hier in Berlin ist es zum Beispiel die Regel, daß alle Leute, die ein Bankkonto haben, ihre Staats- und Kommunalsteuer durch das Bankhaus regulieren lassen. Das sind also nach der

Theorie des Herrn Staatssekretärs alles indirekte Steuern! — Der Staatssekretär hat weiter das Haus beschworen: um Himmelswillen daraus nicht irgend welche Konsequenzen zu ziehen, wenn die Regierung diesem Gelegenheitswurf zustimme. Das erinnert mich wirklich an die schöne Geschichte von jener Jungfrau, der man vorhielt, daß sie ein Kind gehabt habe und die darauf erwiderte: Es war aber nur ein ganz kleines, und ich bitte Sie um Himmelswillen daraus keine weiteren Konsequenzen zu ziehen. Wir werden zweifellos auf dem hier erschlossenen Gebiete in Zukunft neue Steuern zu finden bemüht sein, d. h. uns der Reichseinkommensteuer nähern. Und deshalb stimmen wir für diese Vorlage. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. In der von dem Abg. Kaempf beantragten namentlichen Abstimmung wird das Gesetz in der von der Kommission beantragten Fassung mit 250 gegen 18 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Erbschaftsteuerentwurf.

Sie beginnt mit § 12, der die Prozenthöhe der Steuer nach dem Grade der Verwandtschaft und der Höhe des geerbten Betrages abstuft.

Abg. Bernheim (Soz.):

Wir haben zu diesem Paragraphen eine große Reihe von Anträgen eingebracht, die eine wesentliche Veränderung desselben bezwecken. Wir beantragen, Erben und Deszendenten (Eltern, Kinder, Großeltern, Enkel) in die Steuer hineinzubeziehen. Ferner die Gleichstellung der Schwiegerkinder mit den Geschwistern unter der zweiten Kategorie, die — wie in der Vorlage — 4 Proz. Steuern zahlen sollen. Wir haben ferner die Geschwisterkinder statt in die erste Kategorie mit 6 Proz. Steuer in die dritte Kategorie versetzt. Wir beantragen sodann eine neue sechste Kategorie für sämtliche Intestaterben, die nicht unter die Rubriken 1—4 fallen, mit einer Steuer von 16 Proz., schließlich für alle testamentarisch bedachten Personen, die nicht unter die ausdrücklich zur Erbfolge zugelassenen Verwandten fallen, sowie für die Körperchaften eine Klasse V mit 10 Proz. Steuer. Wir haben dann eine stärkere Staffelung vorgeschlagen, die bei 2 Millionen Mark Erbschaft das Dreifache des ursprünglichen Prozentsatzes erreicht. Ich will auch gleich hier erwähnen, daß wir die Befreiungen von der Erbschaftsteuer im § 13 der Vorlage sehr eingeschränkt haben und als Ausnahmefälle nur gelten lassen: den Erbschaftserwerb von nicht mehr als 2000 M. allgemein und von nicht mehr als 3000 M., wenn er Personen zufällt, die in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Erblasser gestanden haben. Wir hoffen, daß die hier vorgeschlagenen Änderungen Ihre Zustimmung finden werden.

Gemäß den Ausführungen unseres Fraktionsgenossen Singer bei der ersten Lesung haben wir in der Kommission beantragt, die Erbschaftsteuer in Form einer Nachlasssteuer zu erheben, weil dadurch die Prozedur wesentlich einfacher und — da die Erbschaftsumme zusammengelassen wird — die Steigerung sehr viel höher sein würde, als nach der Regierung- und Kommissionsvorlage. Die von uns vorgeschlagene Steuer hätte nach unserer Berechnung 390 Millionen Mark gebracht. Die Gegenargumente, die vorgebracht wurden, waren alleamt nicht durchschlagend. England hat die Erbschaftsteuer in dieser Form eingeführt, und niemand beschwert sich dort über ihre „Ungerechtigkeit“, von der in der Kommission hier unaufhörlich gesprochen wurde. Im Gegenteil, das englische Parlament wird nach einer jetzt vorliegenden Regierungsvorlage die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer, die schon jetzt 200 Millionen im Jahre betragen, wesentlich erhöhen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch Sie hätten nach Annahme unseres Antrages sich alle diese neuen Verbrauchs- und Verkehrssteuern, die hier diskutiert werden, ersparen können. Wir haben uns allerdings heute eine merkwürdige Argumentation über das Wesen der Steuern anhören müssen. Die Regierung hat, um ihr Gewissen zu salbieren, plötzlich die Lantienemsteuer — wie schon in der Kommission die Erbschaftsteuer — für eine „indirekte Steuer“ erklärt. Dabei werden sie direkt von den damit Belasteten erhoben. Auf dieses Beispiel könnte man sich berufen, wenn man die allervöllständigste Expropriation durchführen wollte. Ich halte aber eine derartige Kasuistik für unwürdig des Parlaments wie der Regierung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Indessen wir haben so viele Gründe zugunsten der Reichseinkommensteuer, daß wir uns nicht noch über den Namen dieser Steuern hier zu streiten brauchen. Bei Annahme unseres Antrages wären nicht nur alle anderen neuen Steuern überflüssig geworden, sondern es hätten auch eine Reihe alter Steuern, die die ärmeren Klassen amertantermachen am stärksten drücken, beseitigt werden können. Leider hat die Kommission unseren Antrag abgelehnt, und wir haben angeichts der Stimmung dieses Hauses von seiner Wiederholung im Plenum abgesehen und dafür einen Antrag eingebracht, der sich der Form nach an die Kommissionsbeschlüsse anlehnt. Ueber das Ergebnis der Erbschaftsteuer, wie sie sich nach unseren Anträgen stellen würde, können wir Ihnen keine speziellen Berechnungen bieten. Jedenfalls würde bei dem hohen Prozentsatz der Erbschaften, die an Eltern und Kinder fallen, bei den höheren Steuerstufen und dem Wegfall der Ausnahmen auch so ein Ertrag herauskommen, der es erlaubt, von einer großen Zahl der neuen Steuern abzusehen, die die zweite Klasse der Arbeiter und Geschäftsleute außerordentlich schwer schädigen, wenn nicht ihre Existenz völlig untergraben. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Gegen den Grundgedanken unseres Antrages: Hineinziehen der Deszendenten und Ehegatten, können durchschlagende Gründe nicht vorgebracht werden. Ihr einziges Argument ist: Wir wollen nicht! Die einzigen Grundsätze, auf denen sich eine vernünftige Steuerpolitik aufbauen kann, sind die der Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Man sagt: Ehegatten und Kinder tragen vielfach erst zum Ankaufen des Vermögens bei, so daß es sich also um keinen „müßelosen Gewinn“ handelt. Solche Fälle kommen allerdings vor. Bedenken Sie aber, daß der Steuerfuß nur 3—6 Proz. beträgt. Welchen Fall wollen Sie denn nun konstruieren, der so beschaffen ist, daß Ehegatten und Deszendenten das Vermögen bis über 94 Proz. hinaus erworben haben? — Bei kleineren Vermögen ist ja überhaupt der durch die Erbschaftsteuer bewirkte Abzug so minimal, daß er für die Erben gar nicht in Betracht kommt. (Sehr richtig! links.) Vor allem kommen doch aber die großen Erbschaften in Betracht. Gegen deren kräftige Besteuerung spricht nichts, da für alles! Bedenken Sie doch die Natur unserer heutigen Vermögensbildung! Wir sehen riesenvermögen anwachsen, wie sie keine andere Zeit gekannt hat. Die Steuerlisten zeigen, daß die Steuerleistungen der Höchstbesteuerten rapide in die Höhe gehen und daß gleichzeitig die Zahl der Höchstbesteuerten ständig steigt. In derselben Zeit verlieren die großen Vermögen ständig an sozialer Bedeutung. Ich gebe gerne zu, daß in Zeiten, in denen Staat und Gemeinde schlecht organisiert waren, große Privatkapitalien nötig waren, um Unternehmungen ins Werk zu setzen, die im Anfang vielleicht noch keinen Nutzen abwarfen. Ich gebe sogar noch weiter, ich gebe zu: solche großen Privatkapitalien sind sogar heute noch nötig. Aber wir sehen auf der anderen Seite, daß in unserer Zeit in steigendem Maße die Kollektivvermögen die Rolle der Individualvermögen übernehmen. Aktienunternehmungen und Gewerkschaften mit beschränkter Haftung treten ständig an Stelle von Privatkapitalien in der Ausübung von wirtschaftlich notwendigen Funktionen. Wir brauchen das Privatkapital also durchaus nicht zu schonen, um so weniger, als die beiden großen Zwangsorganisationen: Staat und Gemeinde, bei zunehmender Demokratisierung mehr und mehr dahin kommen, selbst

Wirtschaftliche Unternehmungen in die Hand zu nehmen. Wissen- schaft und Kunst sind von der Ansammlung solcher Kapitalien bedroht. Wenn ein vernünftiger Luxus durchaus ein Kulturfaktor ist, insofern als er gewöhnlich der Vorläufer eines all- gemein werdenden Bedürfnisses ist, so bedeutet doch der ins- bahmsinnige gehende Luxus der Multimillionäre nichts als eine Vergeudung einer Summe von Nationalvermögen. Sie sprechen von der Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen. Ich leugne sie nicht, aber zwischen dieser Verbesserung und der Steigerung der gesellschaftlichen produktiven Kräfte besteht ein so ungeheures Miß- verhältnis, wie es in einer einigermaßen vernünftig eingerichteten Gesellschaft nicht der Fall sein dürfte. (Sehr richtig! bei den Sozial- demokraten.) Und der Grund, daß dieses Mißverhältnis nicht ab- nimmt, liegt in der Ansammlung von Nervenvermögen in einzelnen Händen.

Wie sehr die sozialen Funktionen dieser Multimillionäre ab- nehmen, sehen Sie auch an der Degeneration in diesen Kreisen. Wenn nicht körperlich, dann degenerieren sie geistig, und wenn sie Ekelnaturen sind, brechen sie zusammen unter der Last der Ver- antwortung, die ihnen ihr Nervenvermögen auferlegt. Sehr be- zeichnend ist auch, daß, während früher der Sohn mit Stolz den Erwerb aufnahm, durch den sein Vater reich geworden war, heute sich die edleren Naturen abwenden von dem Berufe, durch den sie zu diesen Nervenvermögen gekommen sind.

Das Festhalten großer Vermögen in einzelnen Händen ist also nicht nur überflüssig, sondern bedeutet auch eine soziale Gefahr, und wenn Sie dieser sozialen Gefahr vorbeugen wollen, können Sie es tun, indem Sie unseren Vorschlägen zu der gerechtesten Steuer, die es gibt, zustimmen.

Die moderne Entwicklung führt offensichtlich nicht zur Abnahme der Ehen, aber zu einer Auflösung des alten Familienverbandes. (Sehr wahr! bei den Soz.) Heute stehen sich schon Vettern ziemlich fremd gegenüber. Eine große Reihe der Familienglieder, die nach dem bürgerlichen Gesetz noch als Intestaterben zugelassen sind, haben heute mit dem Erblasser keine nähere Verbindung als jeder andere beliebige Staatsbürger. Daher ist bei diesen Erbschaften ein besonders hoher Prozentsatz angebracht. Liegt wirklich eine seelische Beziehung zwischen dem Erblasser und dem Verwandten vor, so kann er ihm testamentarisch bedenken, und dann sind auch nach unserem Antrage erheblich niedrigere Steuerfüße zu zahlen. Bürgerliche Rationalökonomien haben weit höhere Sätze vorgeschlagen, so Prof. Ludwig Stein in Wien in seiner „Sozialen Rechtsordnung“ für weitere Verwandte eine Steuer bis zu 80 Proz., und durchaus mit Recht; denn es handelt sich hier um Vermögensübergänge, für die jede innere Verechtigung fehlt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die in der Gesetzgebung dastehen als Hoffale aus einer vergangenen Zeit.

Unser Antrag geht mit der modernen sozialen Entwicklung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er macht jede Verlastigung der Industrie, des Handels und Verkehrs überflüssig, er ist gerecht, und er ist gleichzeitig sehr einträglich für die Mittel des Reiches. Daher bitte ich Sie nochmals, ihnen zuzustimmen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. (Anderem: Pantelgesetz.)
Schluß 4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

68. Sitzung. Mittwoch, den 9. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Freiherr v. Rheinbaben.

Die zweite Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz und Ergänzungsteuergesetz wird fortgesetzt bei den Bestimmungen über die

Konsumvereine.

Bisher waren nur Konsumvereine mit offenem Laden, sofern sie juristische Personen waren, der Bestimmung unterworfen. Die Kommission hat alle Konsumvereine mit Laden für besteu- erungsfähig erklärt.

Hierzu liegt ein Antrag des Abg. Lufensky (natl.) vor, nach dem alle Vereine einschließlich eingetragener Genossenschaften zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Abkauf im kleinen, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, zur Einkommensteuer herangezogen werden sollen.

Abg. Hammer (l.) bittet, den Antrag Lufensky anzunehmen. Daß die Freilassung der Konsumvereine, die nicht juristische Personen seien, ungerecht sei, beweise das Beispiel des Dresdener Konsumvereins, der sogar 84 000 M. Lantime versteuert habe, aber keine Einkommensteuer zahle.

Abg. Dr. Gröger-Hagen (fr. Sp.): Nach den Ausführungen des Abg. Hammer scheint diese Bestimmung nur für den Dresdener Konsumverein gemacht zu sein. Solche Ausnahmegesetze billigen wir nicht. Der Antrag Lufensky erscheint uns schon deshalb bedenklich, weil er einzelne ländliche Genossenschaften ebenso wie die städtischen Genossenschaften schwer trifft. Wir verlangen, daß entweder die Genossenschaften sämtlich den übrigen Gewerbetreibenden in bezug auf die Gewerbesteuer gleichgestellt werden oder sämtlich die bevorzugte Ausnahmestellung erhalten. Wir empfehlen deshalb eine einheitliche steuerrechtliche Behandlung sämtlicher Genossenschaften. (Weifall links.)

Abg. Dr. Hager (z.) empfiehlt Annahme der Kommissions- beschlüsse.

Abg. Lufensky (natl.) begründet seinen Antrag, der bezwecke, die Handwerkerkaufgenossenschaften steuerfrei zu lassen.

Scheidrat Wallach bittet, den Kommissionsbeschluss anzunehmen, da durch den Antrag Lufensky das Veranlagungsverfahren komplizierter gestaltet werde. Eventuell würde die Regierung aber auch mit dem Antrage Lufensky einverstanden sein. Die Volkereigen- genossenschaften hielten nach seiner Ansicht weder unter die Be- schlüsse der Kommission, noch unter den Antrag Lufensky.

Die Abgg. Dr. Renoldt (fr.) und Arth (l.) treten für den Antrag Lufensky ein.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Dr. Gröger-Hagen (fr. Sp.) wird der Antrag Lufensky angenommen! Die übrigen Bestimmungen, welche die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die Konsumvereine betreffen, werden in der Kommissions- fassung angenommen.

In § 8 hat die Kommission eine Ziffer 7 eingefügt, nach der von der Besteuerung ausgeschlossen sind: bei landschaftlichen Kreditinstituten die Zinsen der von amortisierbaren Schulden ange- sammelten Amortisationsfonds, soweit die Erhebung der letzteren noch unzulässig ist.

Abg. v. Savigny (z.) beantragt, hinter dem Worte „landschaft- lichen“ einzufügen: „und anderen öffentlichen“.

Die Abgg. Wyßling (fr. Sp.) und Dr. Gerschel (fr. Sp.) be- antworten die von der Kommission eingefügten Ziffer, eventuell die Steuerfreiheit für alle amortisierbaren Schulden gleichmäßig zu gewähren, den Höchstbetrag der steuerfreien Zinsen aber auf 400 M. festzusetzen. Im Fall der Ablehnung auch dieses Antrages soll der Höchstbetrag von 400 M. wenigstens für die landschaftlichen Kreditinstitute festgelegt werden.

Der Antrag des Abg. v. Savigny wird angenommen, der frei- sinnige Antrag dagegen abgelehnt. Im übrigen wird der Kom- missionsbeschluss angenommen.

Nach § 9 sind von den Einkommensquellen die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Ertrages (Wer- bungskosten) in Abzug zu bringen.

Ein Antrag des Abg. v. Arnim (l.) will die Beiträge, die auf Grund besonderer Gesetze erhoben werden, nur insoweit abzugs- fähig sein lassen, als sie zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der einzelnen Grundstücke dienen.

Abg. Lufensky (natl.) begründet einen Antrag, der festsetzt, daß alle Bestimmungen über die Abzugsfähigkeit von Kom- munalsteuern sich nur auf die „Realsteuern“ beschränken.

Abg. Dr. König (z.) begründet einen Antrag, nach dem die Beiträge für die Versicherungen nur abzugsfähig sein sollen, soweit sie den Betrag von jährlich 600 M. nicht übersteigen.

Nach langer Debatte werden die Anträge Arnim, Lufensky und König sowie § 9 mit diesen Änderungen angenommen.

§ 10 bestimmt, daß die Veranlagung der physischen Personen nach dem Ergebnis des vorangegangenen Kalenderjahres berechnet werden soll. Ferner bestimmt der Paragraph, daß über die Frage, ob eine ausreichende Durchführung vorliegt, die Berufungskom- mission endgültig entscheiden soll.

Abg. Wolff-Rissa (fr. Sp.) schlägt vor, den Satz hinzuzufügen: „Auf Verlangen des Beteiligten ist vorher ein Sachverständiger zu hören.“

Der Antrag Wolff-Rissa wird angenommen.

Die §§ 10—18 werden darauf ohne Besprechung angenommen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag, 11 Uhr. Außerdem stehen die freijüngigen Interpellationen wegen Ausweisung russischer Staatsangehöriger und kleine Vor- lagen auf der Tagesordnung.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Schlusssatzung der Diätenkommission.

In der gestrigen Sitzung der Diätenkommission erhielt § 6 folgende Fassung:

„Ein Verzicht auf die Aufwandsentschädigung ist unzulässig. Der Anspruch auf Aufwandsentschädigung ist nicht abtragbar.“

Demnach ist nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung eine Pfändung der Aufwandsentschädigung ausgeschlossen. Ebenso entbehrt die Aufwandsentschädigung des Charakters des Einkommens, unterliegt somit nicht der Verpflichtung des Deklarationszwanges bei der Veranlagung zur Einkommensteuer.

Mit Ausnahme des § 8, der eine redaktionelle Änderung erfährt, wird der Rest der Vorlage nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen, desgleichen die in erster Lesung eingebrachte Resolution, deren Wortlaut wir bereits mitgeteilt haben. Auch die Vorlage über die Änderung der Verfassung gelangt nach den Beschlüssen der ersten Lesung debattelos zur Annahme. Nach dem vom Präsidenten und vom Seniorsenator gebilligten Dispositionen findet die zweite Lesung der Diätenvorlage im Plenum Montag, den 14. Mai statt.

Duell und Versicherungsvertrag.

Bei der gestrigen Schlusssitzung der Kommission zur Vorbereitung des Gesetzes über den Versicherungsvertrag kam es zu einer inter- essanten gegen das Duellwesen gerichteten Abstimmung. § 166 des Entwurfs bestimmt:

„Bei einer Versicherung für den Todesfall ist der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn derjenige, auf dessen Leben die Versicherung genommen ist, Selbstmord begangen hat. Die Verpflichtung des Versicherers bleibt bestehen, wenn die Tat in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit begangen worden ist.“

Abgesehen von anderen Anträgen zu diesem Paragraphen war vom Zentrum bereits in erster Lesung beantragt, das Duell dem Selbstmord gleichzustellen, jedoch die im zweiten Satz des § 166 enthaltenen Ausnahmen nicht auf Duellanten auszudehnen. Dieser Antrag gelangte gestern nach lebhaftem Meinungsstreit mit zehn (Zentrum, Delfe, Pole und Sozialdemokratie) gegen neun Stimmen zur Annahme, so daß der von der Kommission vorgeschlagene § 166 lautet:

„Bei einer Versicherung für den Todesfall ist der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn derjenige, auf dessen Leben die Versicherung genommen ist, Selbstmord begangen hat oder durch Duell zum Tode gekommen ist. Im ersteren Falle bleibt die Verpflichtung des Versicherers bestehen, wenn . . . usw.“ Auf die Kommissionsbeschlüsse in ihrer Gesamtheit werden wir nach Eingang des Kommissionsberichts zurückkommen.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Mittwoch über eine Petition des Präsidiums des XI. Blinden-Kongresses in Halle a. S. betreffend Änderung des Posttagelohes. Das Petition geht dahin, Bestimmungen zu treffen, nach denen die in Blinden- schrift hergestellten Bücher im Gewichte bis zu 5 Kilo für 10 Pfennige Porto durch die Post befördert werden können. Jetzt beträgt das Porto, da diese Bücher als Pakete befördert werden müssen, schon in der ersten Zone 25 Pfennige, wozu noch 15 Pfennige Bestellgeld kommen. Die Bücher mit Blindenschrift sind an und für sich schon wesentlich teurer als die in gewöhnlicher Schrift her- gestellten Werke. Sie werden ihres hohen Gewichtes wegen — so wiegt z. B. Schillers „Wallenstein“ in Blindenschrift 7 Kilo — durch das Postporto, welches jetzt dafür zu zahlen ist, noch mehr ver- teuert, was für die Blinden und die Blindenanstalten, die ihre Bücher gegenseitig austauschen pflegen, als eine schwere Belastung empfunden wird. — Die Petitionskommission beschloß, die Petition dem Reichskanzler zur Verächsigung zu überweisen.

Aus der Partei.

Die sozialdemokratische Föderation, die Independent Labour Party und die sozialistische Einheit in England.

Vielleicht erlauben Sie mir etwas Platz, um eine Widerlegung der Auffassung Ihres Londoner Mitarbeiters über „die Frage der sozialistischen Einheit in England“ zu geben? Ich werde mich so kurz wie möglich fassen. Der Schreiber des Artikels („Vorwärts“ Nr. 94) sieht die Ursache des „Mißerfolges“ der S. D. F. darin, daß sie sich nicht als Arbeiterpartei, sondern als eine „rein sozia- listische Wissenschaft“ betrachtet. Das letztere stimmt. Aber wie sollte die S. D. F. anders angesichts der Tatsache, daß die Ar- beiterpartei schon gewerkschaftlich organisiert ist und politisch im Schlepptau der bürgerlichen Parteien sich befindet? Da gilt es nicht, sie zu organisieren, sondern sie zu gewinnen, und das ist eben ein Mißionswerk. Auch die I. L. P. war und ist trotz allem, was Ihr Mitarbeiter von ihr sagt, eine Mißionsgesellschaft; nur glaubt sie, ihre Aufgabe werde sich viel leichter erfüllen lassen, wenn sie nicht unter sozialistischem Namen vorgeht, ihr sozialistisches Pro- grammm vertuscht und sich anstatt auf dem Klassenkampfesboden auf einem „ethisch-ästhetischen“ stellt. Man mag von dem prinzipiellen und taktischen Wert dieser Methode denken, was man will; allein sie ändert nichts in der Tatsache, daß die I. L. P. genau ebenso eine Mißionsgesellschaft wie die S. D. F. ist. Uebrigens sind „Mißions- gesellschaften“ in England ganz etwas anderes, als auf dem Fest- lande. In England richten sich die Parteien genau nach den grund- sätzlichen Klasseninteressen, und der Fortschritt des sozialpolitischen Lebens wird deshalb nicht dadurch erreicht, daß immer neue Parteien mit neuen Programmen entstehen, sondern dadurch, daß die be- stehenden Parteien immer neue Programme aufnehmen. Daher gewinnen die Mißionsgesellschaften eine ganz besondere Be- deutung: sie sind die Werkzeuge, womit die neuen Programme den alten Parteien aufgedrängt werden. Es gibt eben in England kein anderes Mittel, Fortschritt zu fördern, als dieses. So arbeitete Gobden, so arbeitet jetzt Chamberlain; so arbeiten auch tausend andere Ligan und Gesellschaften — darunter auch sozialistische. Zwar waren die Arbeiter in seiner besonderen politischen Partei organi- siert; aber sie hatten ihre Trade Unions, und eben den Trade Unions wollte die S. D. F. ihr Programm aufdrängen. Daher ist es auch nicht richtig, was Ihr Mitarbeiter sagt, daß die S. D. F. die Arbeiter als Bourgeois betrachte. Die Arbeiterbewegung war für sie eben die Materie, der sie eine Seele zu verleihen suchte. Die S. D. F. hat unermülich unter den Trade Unions gearbeitet. Nun aber schreibt Ihr Mitarbeiter, daß die I. L. P. viel geschickter in ihrer Tätigkeit war, — daß aus ihr „in den letzten Jahren eine solide, organisierte Arbeiterpartei von einer Million Gewerkschaftlern“ wurde. Das ist mir unbekannt. Er selbst muß doch wissen, daß erst vor kurzem die I. L. P. in London ihren Parteitag abgehalten hat, der keineswegs

eine Million Mitglieder aufzuweisen konnte. Im Gegenteil, die I. L. P. ist noch immer eine kleine Mißionsgesellschaft, wie etwa die S. D. F., wenn auch etwas zahlreicher. Sollte er aber die neue Ar- beiterpartei meinen — das gewesene I. L. P. (Labour Represen- tation Committee = Arbeiter-Vertretungskomitee) — dann weiß er doch ganz gut, daß nicht diese sich der I. L. P., sondern umgekehrt, die I. L. P. sich der Arbeiterpartei angeschlossen hat, und zwar auf Grund eines Programms, daß das Aufheben des übrigen bedeutet. Auf diese Weise konnte wohl auch die S. D. F. in eine Mißions- partei „aufwachen“, wenn sie die Reizung dazu hätte. Die Frage würde nur sein, was das für eine Partei wäre, und da liegt eben der Hund begraben.

Ihr Mitarbeiter meint, die jetzige Arbeiterpartei sei der Grund- stein einer sozialistischen Partei. Das ist auch meine Meinung. Ich bin überzeugt, daß binnen wenigen Jahren die Arbeiterpartei ein ausgesprochenes sozialistisches Programm annehmen wird. Wenn aber Ihr Mitarbeiter darin einen Verdienst der I. L. P. sehen will und sogar die Gründung des I. L. P. als „einen großen Triumph“ der Politik der I. L. P. hinstellt, so kann ich ihm darin nicht bei- stimmen. Er sollte doch wissen, daß, lange bevor die I. L. P. zustande kam, die S. D. F. für die Gründung einer solchen Partei agitierte, und selbst die I. L. P. verdankt ihr Entstehen der Propaganda der S. D. F. unter der Arbeiterpartei. Es war die S. D. F., die dem Gedanken einer Arbeiterpartei tätig popularisierte, und die Reso- lution des Trade Union-Kongresses in Plymouth im 1890 war nicht die erste ihrer Art. Dann aber bei der Gründung der Arbeiterpartei war es auch nicht die I. L. P., die sie in eine sozialistische Richtung zu lenken suchte. Umgekehrt, sie bekämpfte jeden Versuch der S. D. F., der Partei eine sozialistische Physiognomie zu verleihen und bemühte sich, sich dem damals noch liberalisierenden Geiste des I. L. P. anzupassen. Späterhin war es auch nur die S. D. F., die durch ihre Kritik die neue Partei zum sozialistischen Bewußtsein aufzurütteln suchte; umgekehrt war die I. L. P. nur bemüht, mit dem Erwachen dieses Bewußtseins Schritt zu halten und nicht eher ihre sozialistischen Ueberzeugungen zum Ausdruck zu bringen, als der Boden völlig sicher war.

Es ist somit falsch, die Sache so darzustellen, als ob die I. L. P. der neuen Partei zum sozialistischen Bewußtsein verhalf oder ver- hilft, so ist es überhaupt ein Irrtum, zu glauben, daß sie zu der allgemeinen Entwicklung der Partei etwas wichtiges beigetragen hat. Wäre es nur von der I. L. P. abhängig, so hätte das junge Schifflein des I. L. P. kurz nach seinem Stapellauf an den liberalen Mißten Schiffbruch erlitten, wie es auch mit einem ähnlichen Fahr- zeuge in 1892 passierte. Glücklicherweise traf die Taff-Vale-Ent- scheidung ein, und diese war es, zusammen mit dem Vorkerott des Liberalismus, die die Bewegung nicht nur mit einem Male ge- waltig verstärkte, sondern ihr auch einen ausgesprochenen Massen- charakter verlieh. Seitdem entwickelte sich die Arbeiterpartei unter dem zwingenden Druck der objektiven Logik der Verhältnisse, und die I. L. P. tut nicht mehr, als sich nach der steigenden Stimmung richtend immer mutiger ihre sozialistischen Ansichten in der Partei zu offenbaren. Dieses alles kann man genau nach den Protokollen der I. L. P.-Kongresse verfolgen.

Man sieht, daß es nicht richtig ist, von einem „Mißerfolge“ der S. D. F. und einem „großen Triumph“ der I. L. P. zu sprechen. Worin die I. L. P. erfolgreich war, ist, daß sie unter der Flagge der Arbeiterpartei eine Anzahl ihrer Kandidaten ins Parlament brachte. Das ist gewiß ein Erfolg, aber nicht ein solcher, worauf die Sozial- demokraten stolz zu sein pflegen. Dagegen, wenn jemand an der Erweckung und Ausbreitung des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterpartei beteiligt ist, so ist es gewiß nicht die I. L. P., viel- mehr aber die S. D. F.

Nach dieser Darlegung des nach meiner Meinung wahren Sach- verhaltes dürfte die Frage der sozialistischen Einheit in England in einem anderen Lichte erscheinen, als sie von Ihrem Londoner Mit- arbeiter vorgeführt worden ist. Th. Rothstein.

Theoretische Vertiefung. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins in Eberfeld beschloß, eine Vortragserie über das Partei- programm stattfinden zu lassen. In Aussicht genommen sind sechs Vorträge über den ersten Teil des Programms. Die Themata lauten: I. Das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft. a) Die Ab- lösung des alten Kommunismus durch die privatwirtschaftliche Produktion und das Aufkommen des Geldes als Kaufmittel. II. b) Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion zur großen Industrie und die Verdrängung des Kleinbetriebes. III. c) Das Lohnsystem. IV. d) Handelskrisen und Arbeitslosigkeit. V. Die Ab- lösung der kapitalistischen durch die sozialistische Produktionsmethode. VI. Der Weg zum Zukunftsstaat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Aus Bressau meldet uns ein Privattelegramm vom 7. Mai:

Auch der Genosse Klüg wurde heute mittag aus der Unter- suchungshaft entlassen.

Wie hoch wird ein Sozialdemokrat von einem bürgerlichen Gerichte taxiert?

Mit einem mehr als sonderbaren Streitgegenstand hatte sich am Dienstag die zweite Zivilkammer des Landgerichts München I zu beschäftigen. „Streitgegenstand“ war nämlich kein Geringerer als der Schuhmachermeister Johann Hierhager in München, der bekanntlich gegen seinen Ausschluss aus dem sozialdemokratischen Verein München und der Partei Klage erhob. Er wollte festgestellt wissen, daß sein Ausschluss zu Unrecht erfolgt sei. In der damaligen Verhandlung übergab der Vertreter des besagten sozialdemokratischen Vereins, Rechtsanwalt Dr. Bernheim, einen Brief des Partei- vorstandes, wonach in der Angelegenheit ein neuerliches Schieds- gericht einberufen, ein Vorsitzender ernannt und dem H. anheim- gegeben wurde, dem Vorsitzenden rechtzeitig seine Verfügungen zu nennen. Aus diesen Gründen beantragte damals Rechtsanwalt Bernheim Aussetzung der Verhandlung, bis das neuerdings eingesehete Schieds- gericht seine Entscheidung getroffen habe. Und als der Vertreter Hierhagers darauf nicht einging, ließ Dr. Bernheim Veräumnis- urteil ergehen, wonach im Namen des Königs der Beschluß des sozialdemokratischen Vereins aus Ausschluss des Klägers für rechts- unzulässig, Hierhager also für einen Sozialdemokraten erklärt wird. Als einige Zeit später der königlich bayerische Sozialdemokrat Hier- hager mit seiner gegen den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins, Genossen Franz Schmitt, angezeigten Beleidigungsklage kläglich Mißlo machte, zog er vor, seinen Austritt aus dem sozial- demokratischen Verein und der Partei zu erklären. Gegen das oben erwähnte Veräumnisurteil aber legte Rechtsanwalt Dr. Bernheim Einspruch ein und bestritt zur Begründung seines Einspruchs die Zuständigkeit des Landgerichts. Der Streitgegenstand überschreite sicher den Betrag von 300 Mark nicht, und da die materielle Prüfung durch den freiwilligen Austritt H.s dem Gerichte überhaupt ent- zogen sei, könne es sich nur mehr um die Prozesskosten handeln. Der Vorsitzende blätterte in den Akten und konstatierte dann, daß durch Gerichtsbeschluss der Streitwert auf 2500 M. festgesetzt wurde. Dr. Bernheim: Und ich behaupte, daß dem H. an der Mitglieds- schaft der Partei gar nichts gelegen ist, weil er inzwischen seinen Austritt erklärt hat. Der Vertreter des Klägers bot Beweis durch die Ehefrau des Klägers an, daß dieser durch den Ausschluss aus der sozialdemokratischen Partei wirtschaftlich schwer geschädigt sei. — Das Gericht verlegte die Verhandlung der Entscheidung auf den 22. Mai.

Der königlich bayerische Sozialdemokrat a. D. Johann Hier- hager wird mit Verwunderung vernommen haben, welche hohe Ein- buße die sozialdemokratische Partei durch den Verlust seiner ehren- werten Persönlichkeit erlitten hat. Ob er sich wohl selbst auf 2500 M. einsägt?

Wie man uns behandelt. Unser Fortier Parteiblatt, die „Märk. Volkstimme“ meldet, daß dem betagten Genossen Huber, Geschäftsführer der „Volkstimme“, der als Drucker eines an- geblich den Konfessionen v. Dirksen beleidigenden Flugblattes eine Gefängnisstrafe erhielt, im Fortier Gefängnis die Selbstbefreiung

vertweigert wurde. Die Selbstbeschäftigung ist allerlei Einschränkungen unterworfen. So ist dem Genossen Uder jede Unterhaltungs- und Zeitungsliteratur verboten, ja, die gestrenge Gefängnis-Zensur hat sogar die „Größlichen Mitteilungen“, ein reines unpölitisches Buchdruckerfachblatt, nicht passieren lassen!

Strafentscheid der Presse. Genosse Robert Müller vom „Sächsischen Volksblatt“ zu Zwickau war seinerzeit wegen Verleumdung der Schutzmannschaft zu Wylau zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt worden. Wegen des Urteils legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und die Strafkammer erhöhte die Strafe auf drei Wochen.

Groben Unfug soll Genosse Franke von der „Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund durch eine Boykottnotiz verübt haben. Ein antäglichlicher Strafbefehl fordert dafür von ihm 30 M.

Der beleidigte Stegmüller. In Grohbreitenbach (Thüringen) wurde ein Porzellanarbeiter Koch, der sich als Genosse gerierte, von der sozialdemokratischen Partei ins Gemeindepalament gewählt. Gleich bei der zweiten Gemeinderatsitzung botierte er gegen die Interessen seiner Wähler, für die Verteilung eines patriotischen Schmarrens zur Silberhochzeit des Kaiserpaars in den Schulen. Ein Genosse sagte dem Rädgratisten in derben Worten seine Meinung, worauf der Ehrenmann zum Stadt Kef und den Genossen als Beleidiger zu 75 M. Geldstrafe verurteilt lief. Das zarte Ehrgefühl des Herrn Koch nötigt ihn aber nicht, dem Verlangen seiner Wähler nachzukommen, daß er sein Mandat niederlege. Eine Mahnung für die Genossen, vorsichtig bei der Vergabung von Ehrenämtern zu sein.

Aus Industrie und Handel.

Es stimmt etwas nicht!

Unter großem Wortgetöse lassen die Eisenindustriellen verkünden, daß sie zu einem gewaltigen Kampf gegen die Arbeiter rüsten. 300 000 Metallarbeiter sollen ausgesperrt werden. Natürlich würde ein solcher Akt vielfach mit Streiks beantwortet werden, manche verwandte Industrie in Mitleidenschaft gezogen, vermehrte das Heer der Ausständigen und Streikenden. 400—500 000 Personen würden aus der Produktion ausgeschieden. Warum? Um ein paar hundert Eisengießereiarbeiter zu Boden zu schlagen? Daß die Unternehmer sich vielleicht einbilden könnten, die Organisation zu vernichten, für so horniert halten wir sie nicht. Für die Gewerkschaft ist das allerwirksamste Agitationsmittel die — Aussperrung. Die Erfahrung bezeugt das! Noch nie war die Arbeiterschaft kampflustiger als zurzeit. Und bei ausgesprochener Kampfstimmung innerhalb der Arbeiterschaft will man sie durch Drohungen schrecken. Merkwürdig! Und noch merkwürdiger wird die Geschichte, wenn man an die seit Wochen in den aufdringlichsten Farben geschilderte günstige Konjunktur denkt. Angeblich kann das Kohlenyndikat dem

stürmischen Begeh nach Brennmaterialien seitens der Eisenindustrie bei weitem nicht genügen. Die Werke sollen über die Grenzen der Leistungsfähigkeit hinaus bis zum Jahres-schluss, ja vielfach bis in das nächste Jahr hinein, mit Aufträgen versehen sein. Wiederholt wurde gemeldet, die Händler könnten für umfangreiche Spezifikationen kein Placement finden. Die Abnehmer werden erschreckt mit Ankündigungen drohender Materialnot. Klagen über Arbeitermangel unterstreichen die glänzenden Schilderungen von dem ungewöhnlich starken Beschäftigungsgrad. Kurzum, man sollte nach den industriellen Marktberichten annehmen, keine größere Sorge gebe es für die Unternehmer, als in Frieden mit den Arbeitern die gute Konjunktur auszunutzen, man sollte meinen, die Unternehmer jubelten, daß die Arbeiter die Verhältnisse nicht ihrerseits durch Drohung mit umfangreichen Streiks für sich auszunutzen sich anschiden. Da überrascht man die Welt mit der Ankündigung einer Riesenaussperrung wegen einer Bagatelle. Wenn die Börse bisher auf die Ankündigung noch nicht reagierte, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß über Nacht eine wilde Panik den Optimismus verdrängt. Daß sich hinter der Angabe, wegen der paar Eisengießereiarbeiter eine umfangreiche, noch nicht dagewesene Unterbindung der Produktion einzutreten zu lassen, etwas anderes verbirgt, diese Gewisheit muß sich selbst dem harmlosesten Gemüt aufdrängen.

Segen der Junterpositiv.

Zwar nicht unerwartet, aber doch überraschend kräftig ist die gegenwärtige Aufwärtsbewegung der Getreidepreise. Nachdem die Preise Mitte März und April infolge der überreichen Einfuhr vom Auslande her, die noch zu den alten niedrigen Höllen stattfand, ziemlich stark hintergegangenen waren, setzte von Mitte April an wieder eine Steigerung ein, die, nach der Lage des Getreidemarktes zu urteilen, vorläufig wohl noch weiter zunehmen dürfte. Besonders in preussischen Marktorten ist die Steigerung sehr groß; sie beträgt vereinzelt 10 M. für die Tonne. An den wichtigsten Plätzen kostete nämlich eine Tonne Weizen an folgendem Stichtagen in Mark:

| | 1. Februar | 1. März | 2. April | 3. Mai |
|----------------|------------|---------|----------|---------|
| Danzig . . . | 172—174 | 172—176 | 178 | 182—188 |
| Stettin . . . | 172—175 | 170—173 | 160—172 | 182 |
| Posen . . . | 178 | 176 | 175 | 180 |
| Breslau . . . | 174 | 173 | 178 | 178 |
| Berlin . . . | 178 | 175 1/2 | 175 | 184 |
| Hamburg . . . | 180 | 175 | 178 | 186 |
| Mannheim . . . | 191 | 191 | 190 1/2 | 194 |

Nächst der Preissteigerung bei Weizen ist die Verteuerung des Hafers auffallend. Der Haferpreis steht gegenwärtig auf dem höchsten Stande des laufenden Jahres und ganz bedeutend, vereinzelt bis zu 30 M. pro Tonne, höher als im Vorjahre.

Im laufenden Jahre gestaltete sich die Preisbewegung bei Hafer an den wichtigsten Marktorten folgendermaßen. Es kostete eine Tonne in Mark:

| | 1. Februar | 1. März | 2. April | 3. Mai |
|------------------|------------|---------|----------|---------|
| Berlin . . . | 167 1/2 | 168 1/2 | 168 1/2 | 173 |
| Breslau . . . | 154 | 153 | 153 | 165 |
| Königsberg . . . | 142 | 146 1/2 | 154 | 162 |
| Danzig . . . | 150—152 | 148—150 | 155—156 | 167—168 |
| Mannheim . . . | 166 | 162 1/2 | 168 | 170 |

Bei Roggen, der in diesem Jahre in ganz außerordentlich starken Mengen vom Auslande bezogen wurde, ist die Aufwärtsbewegung nicht ganz so erheblich. An den wichtigsten Marktorten stellte sich der Roggenpreis pro Tonne in Mark wie folgt:

| | 1. Februar | 1. März | 2. April | 3. Mai |
|----------------|------------|---------|----------|---------|
| Danzig . . . | 154—155 | 151 | 152—153 | 156 |
| Stettin . . . | 156—157 | 153—155 | 145—151 | 150—160 |
| Posen . . . | 158 | 155 | 154 | 155 |
| Breslau . . . | 158 | 157 | 154 | 156 |
| Berlin . . . | 166 1/2 | 164 | 160 1/2 | 162 |
| Hamburg . . . | 173 | 168 | 167 | 172 |
| Mannheim . . . | 175 | 172 | 178 | 176 1/2 |

Bei Getreide endlich trat ebenfalls eine Verteuerung ein, sie ist aber im Vergleich zu der Preissteigerung der anderen Getreidesorten nur unbedeutend. In einigen Marktorten, wie Breslau, Posen, blieb der Preis unverändert; an einigen wenigen Märkten ging er sogar zurück.

Akkumulatoren- und Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft vorm. B. A. Voese u. Co. in Berlin. Der Fabrikationsgewinn im Jahre 1905 hat sich von 438 603 M. im Vorjahre auf 560 329 M. erhöht. Der Bruttogewinn stieg von 92 069 M. auf 211 491 M., so daß nach Abzug der gesamten Abschreibungen in Höhe von 153 988 M. (i. B. 141 555 M.) ein Reingewinn von 57 507 M. zur Verfügung bleibt, woraus 8 M. pro Gewinnanteil auf das 4 1/2 Millionen M. betragende Gesellschaftskapital, aufgeteilt in 59 Stamm- und 4441 Vorzugsaktien, ausgeschüttet und 7149 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Gesellschaft erwartet eine fortschreitende Entwicklung des Unternehmens. Bei Beginn des neuen Jahres ist es möglich geworden, eine Preiserhöhung durchzuführen. Die Verteuerung der Rohmaterialien konnte damit aber noch nicht ausgeglichen werden.

Scharfmacher auf dem Jang. In der gestrigen Notiz unter vorliegender Stichmarke fehlt ein Satz. Es soll an der betreffenden Stelle heißen: Um den Arbeitern und der verarbeitenden Industrie die Wahrnehmung ihrer Interessen zu erschweren, um ihnen den Mitgenuß an den höheren Gewinnen zu verwehren, um sie von der Anteilnahme auszuschließen, hegt man sie aufeinander, verwickelt sie in Kämpfe, die ihre ganze Kraft absorbieren.

Sommer-Joppen

für Herren.

4 Sonder-Angebote

Ordnlicher Baumwollstoff, waschbar **85 Pf.**

Schwarz-weiß verschwommene Muster **1 M. 75**

Praktische graue Lodenstoffe **2 M. 60**

Vorzügliche graue satinierte Waschestoffe **3 M. 30**



Lüster-Jacketts

für Herren.

4 Sonder-Angebote

Schwarz Lüster **2 M. 25**

Schwarz-weiß gestreifter Lüster **2 M. 50**

Schwarzer Diagonal-Lüster **2 M. 90**

Grau Körper-Lüster **3 M. 30**

Herren-Westen-Gürtel Sehr angenehme, leichte und luftige Tragart, 3,75, 3,50, 2,75, 2,50, 2,25, 1,90, 1,40 **95 Pf.**

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos u. portofrei zugesandt.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Masstabes

Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20.

Billigste Bezugsquelle für Händler!

Von Mk. 16.— an für 1000 Stück. Als Muster nur Probebeutel.

Spezialitäten:
21—25—26—28—29—30—32—33—
Mk. 35—40—45—55—60—65—70—80—
90—100—110—120—150—180—200—250—
das Tausend!

Zigarren-Fabrik-Lager **BELL & Co., Berlin C. 2, Rosenstr. 18, I.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Mittenwalde und Umgegend.

Sonntag, den 13. Mai d. J., feiert der Wahlverein im Lokale von E. Schmidt ein

Volksfest

bestehend in Konzert, Kinderbelustigung und Ball. Anfang 3 Uhr. Um zahlreichem Besuch bittet Das Komitee.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbaren Kau- u. Schnupftabake.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak.

Rathorner Schnupftabake: Ehesegger, Kownoer, Kardinal, Karotten usw. stets frisch zu billigsten Engrospreisen.

Neu! Neu aufgenommen: Neu!

Berliner Luft (Detailpreis: Paket 10 Pf.)

erstklassiger Qualitäts-Schnupftabak aus den Tabakfabriken 1150L* von Joseph Doms, Rathor.

Amt 4, 3014.

Wirkliche Freude bereitet Ihnen nur ein dauerhaftes erstklassiges Solidaria-Fahrrad.

Wir liefern Ihnen solches auf Wunsch auch gegen Teilzahlungen.

Anzahlung Mk. 20. 20. bis Mk. 50; Abschahlung monatlich Mk. 4 bis Mk. 15. Billiger Reicheräder geben wir bei Barzahlung schon von Mk. 59. an ab. Auch Zubehörteile wie Laufdecken, Luftschläuche, Laternen, Glocken etc. kaufen Sie bei uns am billigsten. Preisliste gratis und franko.

J. Jendrosch & Co., Charlottenburg No. 456.



Musik-Fachausstellung

BERLIN vom 5.—20. Mai 1906

in der Philharmonie, Bernburger Strasse.

Gedöfn. v. 10—3 Uhr. Eintritt 1 M.

Loss a 50 Pf. zugunsten der Pensionsanstalt zu haben in der Ausstellung, bei den kgl. Lotterie-Einnahmen u. sonst. Loseverkaufsstellen.

Das Liquidator der Firma: Berlin der Neuen Gesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Berlin, fordert ich die Gläubiger auf, sich zu melden. 11832*

Diese Aufforderung betrifft die im Oktober 1903 nach zwei Nummern eingegangene Zeitschrift, hat aber nichts zu tun mit der von Dr. Heinrich Braun und Ed. Braun herausgegebenen sozialistischen Zeitschrift: Die Neue Gesellschaft, die nach wie vor in Berlin erscheint.

Dr. Heinrich Braun.

Pinol

An allen Orten werden Verkaufsstellen errichtet.

Vertreter gesucht.

Gebrüder Krayer, Mannheim.

Rückenfett

ohne Schwarte und Linsen pro Pfund 60 Pf., Eisbeine 40 Pf., Brustbrun, Knochen und Knochenfleisch empfehle ich billigt 11872*

Berliner Wurst- und Fleischwaren-Fabrik, G. m. b. H.,

Petersburger Platz 8.

Theor. u. praktische Ausbildung zum

Chauffeur.

Programm kostenlos. Ungenügender Nachweis von tüchtigen Chauffeuren.

Technikum Altenburg

Sachsen-Altenburg.



Vorletzte Woche!

Inventur-

Ausnahmepreis

Mit kleinen Webteflern!

Eine große **echter** Partie

Plüsch-

Tischdecken

mit reicher Stickerei

ca. 33 1/3 % unter Preis!

130x130 cm **6.75 M.** Wert 10.00

140x140 cm **7.05 M.** Wert 15.00

130x160 cm **10.50 M.** Wert 18.00

145x175 cm **13.50 M.** Wert 22.50

— Nach außerhalb —

per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin S., Oranien-Strasse 158.

Inventur-Extralliste

und der soeben erschienenen

Katalog 1906

gratis und franko.

Reichels Universal-

Magenpulver

Magenstärkend,

die Verdauung unterstützend, stark appetitanregend.

Stets prompt in seiner Wirkung.

Dose M. 1.—, 3 Dosen M. 3.50 fr. Berl.

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania Tauben- str. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.

Sternwarte Invaliden- str. 57/62.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 R., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo-Theater.

Vollständig neues Programm:
Humpsti - Bumsti
Großer Lachserfolg!
Excentr.-Creation v. Reed and Privat.
Heinrich Blank, Bauschreiber.
Les Fignis, Quislibiristen. Lily Tiao, engl. Sängerin. Martin Kettner, Humor.
La Matschiche. Solo: Mlle. Savary.
Die Wundergrotte, Feeie, Eifentücke, Märchenpiel.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Holländer. Rauchen überall gestattet.

Carl Weiß-Theater.

Or. Frankfurterstr. 132.
Bekannteste Aufführung:
Sherlock Holmes' Abenteuer
oder: **Die Jagd ums Leben.**
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend zum erstenmal: Aus altem Geschlecht.
Sonntag im Garten: Spezialitäten-Vorstellung.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 10
Heute: **Geschlossen.**
Sonnabend: Gr. Extra-Vorstellung:
Die Schuld einer Frau.
Schauspiel in drei Akten.
Vorher: Der Platzregen als Ehoprokurator. Schluß in drei Akten.

WINTERGARTEN

Neues Programm!
TORTAJADA
Spanische Tänzerin u. Sängerin
Narrow Bros., komische Radfahrer.
Dorothea-Blanca, französ. Duett.
Die Hartleys, Springer.
Bréna, Pariser excentr. Sängerin.
Patty Frank-Truppe, Akrobaten.
König Dollar, englisches Ballett.
Imre Fax, Illusionist.
Die Brittons, Neger-Sänger und Tänzer.
De Dio, Phantasio-Tänzerin.
Die Porseus, Kugelspieler.
Der Biograph.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das neue
Mai-Programm
14 erstklassige Spezialitäten

Komische Oper.

Abends 8 Uhr:
Figaros Hochzeit.
Freitag: Die Bohème.
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag nachm. 3 Uhr ermäßigte Preise: Hoffmanns Erzählungen.
Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.

Zentral-Theater.

(Operette) 8 Uhr:
Die Fledermaus.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Liebeskunst.
Komödie in 3 Akten v. Leon Xancof und Michel Carré.

Deutsch-Amerikanisch. Theater.

Köpenickerstr. 67/68.
Heute Abend 8³⁰ Uhr:
ARME MÄDCHEN.
Von Adolf Philipp.
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise.
Zum letzten Male:
Ueber'n großen Teich.
Abends 8³⁰ Uhr: Arme Mädchen.

Bernhard Rose-Theater
Gefundbrunnen, Badstraße 88.
Voranzeige!
Freitag, den 11. Mai 1906:
Letzte Freitag-Abonnementvorst.
Glück auf!
oder:
Der Streik der Grubenarbeiter.
Schausp. in 4 Akten mit freier Benennung der Bernerischen Erzählung in der "Gartenlaube" v. Karl Wegel.
Bei gänztlicher Bitterung findet die Vorstellung im Garten-Theater statt.

Stadt-Theater Moabit
Mü-Moabit 47/49.
Heute Donnerstag, den 10. Mai cr.:
Große Abschiedsvorstellung des
Bernh. Rose-Theaters
(Letzte Abonnementvorstellung)
Glück auf!
oder:
Der Streik der Grubenarbeiter.
Schausp. in 4 Akten mit freier Benennung der Bernerischen Erzählung in der "Gartenlaube" v. Wegel.

Die Cigaretten, welche die vortrefflichen Eigenschaften feiner türkischer Tabake den anspruchvollsten Rauchern gelehrt haben - Die türkischen Cigaretten, welche sich unter wirklichen Kennern der grössten Popularität erfreuen - Die türkischen Cigaretten, welche mehr als alle anderen Cigaretten die schärfsten Kritiker stets befriedigen - sind

JOSETTI CIGARETTEN

das Resultat reiner, wohlschmeckender, voll aromatischer und doch milder Mischungen, welche sich stets in der Qualität gleichbleiben, niemals enttäuschen und auch dem verwöhntesten Geschmack niemals überdrüssig werden.

Das Aroma der Josetti-Cigaretten ist ein Triumph sachverständiger Mischungen, die Preise, zu welchen sie verkauft werden, ein Wunder kaufmännischer Tüchtigkeit.

Josetti-Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Helden.
Komödie in 3 Aufzügen von Bernard Shaw. Deutsch v. Siegfried Trebitsch.
Freitag, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lügt.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav v. Moser und Thilo v. Trotha.
Freitag, abends 8 Uhr:
Helden.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 13. Mai, nachmittags 2^{1/2} Uhr:
Metropol-Theater. 5./6. Abteilung
Carl Weiß-Theater. 10./11. Abteilung

Die Frau vom Meere Henrik Ibsen.
Der Meister. Hermann Bahr.

Die Frau vom Meere Henrik Ibsen.
Der Meister. Hermann Bahr.

Emilia Galotti.

Trauerspiel in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.

16. Kunst-Abend im Rathause
Mittwoch, den 16. Mai, abends 8^{1/2} Uhr.

Gottfried Keller.

Rezitation - Gesangs- und Klaviervorträge.
Mitwirkende: Frau Luise Klosscock-Müller.
Billette a-50 Pfennig in den neun bekannten Zahlstellen.
228/19
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Neue freie Volksbühne

Extra-Vorstellungen im Neuen Theater:

Sonntag, den 13. Mai, nachm. 2^{1/2} Uhr:
Sinen Jux will er sich machen.
Feste mit Gesang und Musik von Restrop.

Sonntag, den 20. Mai, nachm. 2^{1/2} Uhr:
Der Graf von Charolais.
Trauerspiel von R. Beer-Hoffmann.

Billette für Mitglieder a 1,10 R., für Gäste a 1,35 R. inkl. Garberode zu haben.
Der Vorstand. I. A.: Heinrich Reif. 150/8

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Charlottenburg.

Volkshaus
Rosinenstraße 3.
Freitag, den 11. Mai, 8^{1/2} Uhr:
Unter der Leitung des Herrn Erwin Baron v. Kleinen Theater:
Nora.
Schauspiel von Henrik Ibsen.
Preise der Plätze: 1 M., 75, 50 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag 4 Uhr:
Garten-Konzert
Theater, Spezialitäten

Kasino-Theater
Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Madame Bonivard.

- Vorher das bunteste Programm. -
"Zingvögeln" etc.
Sonntag 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Das vorzügliche Mai-Programm!
Auftreten
erstklassiger Spezialitäten.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Einquartierung.
Milit. Hum. von Meyfel. Anfang Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr: Loulou.

Colosseum
Spezialitäten.
Neues Programm.
10^{1/2} Uhr:
Les Batignolles?

Sanssouci. Kottbusser Str. 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Sonnab. u. Donnerst.:
Hoffmanns

Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzen.
Sonnab. u. Donnerst. 8 U.
Neu! Neu!
Der gefoppte Feldweibel.
Der große Theatersaal ist noch für Mittwoch zu vergeben.

Neu eröffnet!
Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis)
Theater lebender Photographien mit
abwechslnd. Abnormitäten-Program.
Verbindung mit größt. Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung:
Otto Pritzkow,
Münzstraße 16.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen

Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

!! Von 36 Mk. an !!
Ohne Konkurrenz. Gelegenheitskäufe, Spottpreise, von besten
Tuch-Fabrik-Resten
Garten-Büding oder Resten nach
Maß, neueste Muster, reines Stoffe,
feinste Zus. 2 Anpr. für tabel. Stg.
goldene Medaille Ludwig Engel, Preis-
laureat. 23 IL, Alexanderplatz. 75/8

Erklärung.

Da in dem Versammlungsbericht in Nummer 106, 2. Beilage des „Vorwärts“, über die Waienausgesperrtenversammlung der A. G. W., Brunnenstraße, die eigentliche Tagesordnung mit keinem Wort erwähnt wurde, so daß schließlich gar nicht zu ersehen ist, aus welchem Grunde die Versammlung abgehalten wurde, so sehen sich Unterzeichnete gezwungen, um Aufnahme folgender Klarstellung zu ersuchen:

Die Tagesordnung dieser Versammlung lautete: Bestand bezüglich der Waiabstimmung bei allen im Betrieb Beschäftigten genügend Klarheit?

Der Versammlungsleiter führte im Auftrage der Arbeitervertreter dieses Werkes folgendes aus: Die Vertrauensmännerkonferenz (A. G. W., Brunnenstraße) am 28. März er. beschloß, daß in Anbetracht der gegenwärtigen Kämpfe in Deutschland (Körner) die Agitation für die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe nicht von den Funktionären zu erfolgen habe, sondern daß dies den im Werke Beschäftigten selbst überlassen bleiben sollte. In der einige Tage darauf, am Mittwoch, den 4. April, abgehaltenen Versammlung wurde auf Drängen vieler Kollegen die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe prinzipiell beschlossen. Um aber in einer derartig wichtigen Angelegenheit eine erschöpfende Antwort durch alle im Werk Beschäftigte zu haben, fand entgegen der Arbeitsordnung dieses Werkes eine geheime Abstimmung innerhalb desselben statt. Die Vertrauensleute erhielten genau so viel Stimmzettel, als die einige Tage vorher aufgenommene Statistik Beschäftigte angab. Jeder Vertrauensmann war durch ein ihm übergebenes Zirkular angewiesen, diese Stimmzettel nach der Ausfüllung in einem verschlossenen Kuvert dem zuständigen Obmann zu übergeben. Jede Beeinflussung beim Ausfüllen der Stimmzettel war unterblieben. Der Ausdruck der Stimmzettel lautet:

Betrieb:
Abteilung:
Bin für Arbeitsruhe am 1. Mai.
Bin gegen Arbeitsruhe am 1. Mai.

Gebore folgender Organisation an:
Die Auszählung und Zusammenstellung des Stimmresultates fand am 21. April in Gegenwart eines Beamten des Handels- und Transportarbeiterverbandes sowie eines Mitgliedes des Fabrikarbeiterverbandes statt. Das Resultat war, daß über Dreifünftel der abgegebenen Stimmen für Arbeitsruhe am 1. Mai war. Da das Organisationsverhältnis der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes in diesem Werke nicht ganz mit der Leipziger Metallarbeiter-Verbandsrats-Resolution übereinstimmte, so beschloß die bei der Auszählung Anwesenden, die Entscheidung über die event. Aufrechterhaltung der Abstimmung unter Klarstellung des genauen Sachverhaltes, der am Montag, den 23. April, stattfindenden Versammlung selbst zu überlassen. Obgleich den circa 2000 Anwesenden vom Leiter der Versammlung in aller Deutlichkeit nicht eins, sondern mehreremal erklärt wurde, daß, wenn die geheime Abstimmung aufrecht erhalten werden soll, dann jeder auf seine eigene Verantwortung ohne Unterstützung zu stehen habe (mit Ausnahme der zu Arbeitslosenunterstützung Berechtigten), beschloß die Versammlung gegen circa 15 Stimmen, die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Einige Tage nach dieser Versammlung hatten die Gegner der Arbeitsruhe eine intensive Agitation gegen diesen Beschluß entfaltet, weil sie befürchteten, ihre durch langjährige Mitgliedschaft bzw. Beitragszahlung erworbenen Rechte durch event. Ausschluß zu verlieren. Hierher gehören Mitglieder aller in diesem Werke vertretenen Organisationen; keine ist davon ausgeschlossen. Von einem Kollegen dieses Werkes war dann — um volle Klarheit zu schaffen — Sonntag, den 29. April er., eine Versammlung nach den Germanialisten einberufen, die übermäßig besucht, wieder gegen eine kleine Minderheit die Arbeitsruhe am 1. Mai beschloß. Bei der Verteilung, Einsammlung und Auszählung der Stimmzettel hatte keine Ungehörigkeit stattgefunden. Auf keinen Stimmzettel hat irgend ein Vermerk bezüglich einer Unterstützung gestanden. Die Nachrichten, welche nachdem folportiert wurden, sind entweder schlechte Ausreden oder willkürliche Entstellungen. In der am Montag, den 7. Mai, stattgefundenen Versammlung wurden die vom Leiter dieser Versammlung vorgebrachten Angaben vollständig bestätigt. Der eine Redner, welcher gegenwärtiger Meinung war, mußte zugeben, daß er nichts positives genaues angeben konnte, auch sonst keine Ahnung von den Organisationsverhältnissen dieses Werkes hat. Sein Redner hatte etwas gegen die richtige Handhabung bei der Meisterversammlung vorzubringen.

G. Wegner, Grupp, Wölfl, A. Kahube, Lehmann, H. Reber, R. Wollstein, C. Schmidt, R. Hirsch, Chr. Linde, Rediger, R. Riedel, O. Saffke, C. Grahl, E. Sinje, F. Braunberg, R. Kähler, Mag. Horn.

Zu vorstehender Erklärung bemerke ich: Die formelle Tagesordnung ist von mir in dem Bericht deshalb nicht besonders erwähnt worden, weil der Zweck der Versammlung aus den Ausführungen des Genossen Cohen für jeden, der lesen kann, klipp und klar ersichtlich ist. Der Bericht konnte naturgemäß kein ausführliches Protokoll sämtlicher gehaltenen Reden sein, sondern mußte sich darauf beschränken, den Gehalt der Verhandlungen wiederzugeben, und das ist objektiv und korrekt geschehen. Somit kann die Erklärung den Bericht wohl ergänzen, sie ändert jedoch nichts an dem Kern der in der Versammlung gemachten Ausführungen. Fr. Rehebein, Berichterstatter.

Aufklärungen über die Berliner Milchverhältnisse

wurden von einer Beleidigungslage erwartet, die zwischen Herrn Oberkrieger Bongert und Herrn Dr. med. Engel vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Engel und Bongert hatten bis zum Jahre 1905 im Vorstand der „Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“ gesessen, der eine als erster Schriftführer, der andere als zweiter. Ihr Streit ist eine Frucht des Milchkrieges, der nun schon seit mehreren Jahren zwischen der märkischen Milchzentrale und den Milchhändlern Berlins und der Vororte geführt wird.

Zu den Aufgaben, die die Gesellschaft sich gestellt hat, gehört die, den unermittelten Bewohnern unferer Stadt bei der Beschaffung einwandfreier Milch für Kinder und helfend zur Seite zu stehen. Sie empfiehlt der Bevölkerung als Bezugsquellen eine Anzahl Molkereien, die sich durch die Gesellschaftsändig kontrollieren lassen. Die Gesellschaft wurde im vorigen Jahre mit in den Milchrieg verwickelt. Als die Milchhändler, um den agrarischen Milchveräußerern nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein, zur Einführung von Milch aus Dänemark schreiten wollten, erließ die Gesellschaft eine Warnung vor der dänischen Milch, deren Genuss den Säuglingen Gefahr bringe. Die Zentrale griff diese Warnung begierig auf und veröffentlichte sie in einem Flugblatt, um so den Milchhändlern einen Strich durch ihre Rechnung zu machen. Die Milchhändler schlossen hieraus, daß die Gesellschaft, und besonders ihr erster Schriftführer Dr. Engel, mit der Zentrale an demselben Stränge ziehe. Sie antworteten mit der Zentrale über die Gesellschaft. In einem Flugblatt behaupteten sie, die Milch der empfohlenen Anstalten entspreche keineswegs immer den von der Gesellschaft selber aufgestellten Vorschriften. Es seien sogar Tuberkelbazillen in Milch aus empfohlenen Anstalten gefunden worden, aber man habe die tuberkulösen Rube nicht ausgeschieden. Hierzu erklärte Dr. Engel, niemals seien Tuberkelbazillen in solcher Milch ge-

funden worden. Er meinte die Untersuchungen, für die er selber sich verantwortlich fühle. Hinterher stellte sich aber heraus, daß Herr Bongert auf eigene Faust untersucht und Tuberkelbazillen gefunden hatte. Die Untersuchungen waren vorgenommen worden im Laboratorium der Meierei Volle, in deren Diensten Herr Bongert stand. Dort läßt Volle nicht nur die Milch seiner eigenen Meierei prüfen, sondern auch Milch, die er von Konkurrenten entnimmt. Herr Volle unterhielt keine freundschaftlichen Beziehungen zu der Gesellschaft, in der sein Angestellter Bongert den Posten eines zweiten Schriftführers bekleidete. Die Gesellschaft empfahl nicht den Volleischen Betrieb, sondern die von ihr kontrollierten Molkereien. Milch aus ihnen hatte Bongert in Volles Laboratorium untersucht. Von dort aus gelangte das für die Gesellschaft ungünstige Ergebnis an die Milchhändler, und diese brachten es dann an die Öffentlichkeit. Engel meinte nun, er sei von Bongert hintergangen worden, aber Bongert versicherte, Engel habe ja längst von den Untersuchungen und ihrem Ergebnis gemußt. Aus der Presse, die beide gegen einander führten, entstand schließlich die Beleidigungslage. Bongert klagte gegen Engel, und Engel antwortete mit Widerlage.

Die Aufklärungen, die hier von erwartet wurden, sind leider der Öffentlichkeit vorenthalten worden. Die Verhandlung dauerte fast sechs Stunden, wovon die ersten anderthalb Stunden auf einen Einigungsversuch verwendet wurden, der an der rationalen Hartnäckigkeit Engels scheiterte. Als nach einem langwierigen, von beiden Parteien mit großer Erbitterung geführten Kampf abends um 1/27 Uhr endlich das Urteil verkündet wurde, daß beide freizusprechen seien, weil beide in Wahrnehmung berechtigter Interessen und nicht wider besseres Wissen die den Gegner beleidigenden Äußerungen getan hätten, da war man „so lang wie zuvor“. Zwei Zeugen, die gewiß manches Interessante zu erzählen gehabt hätten, waren gar nicht vernommen worden: Herr Dr. Volle, Inhaber des Volleischen Betriebes, und Frau Dr. Rabinowitsch, einst Bakteriologin bei Volle. Herr Volle selber war der Schlichter geblieben. Auch die für die Öffentlichkeit immerhin nicht uninteressante Frage, wie weit Herr Engel samt seiner Gesellschaft sich mit der Milchzentrale eingelassen haben mag, blieb ungelöst. Grundsätzlich wurde die andere Frage erörtert, wie weit Herr Bongert ohne die Gesellschaft sich mit Volle eingelassen hat. Doch über diesen Punkt stand ja wohl das Urteil längst fest.

Das allein wertvolle Ergebnis dieses Prozesses besteht darin, daß die „Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“ sich nun vor aller Welt in ihrer ganzen Blöße präsentiert. Sie wollte die Bevölkerung aufklären und tappte selber im Dunkeln. Prof. Ostertag, der wichtigste tierärztliche Berater der Gesellschaft, trug als Zeuge die Ansicht vor, Engels Milchuntersuchungen seien nichts wert gewesen. Das sei „für die Kuh“, versicherte er. Seit wann war Prof. Ostertag überzeugt, daß Untersuchungen, auf die die Gesellschaft sich stützte, „für die Kuh“ waren? Und was wurde getan, um Wandel zu schaffen? Bongerts Untersuchungen sollen wertvoller gewesen sein, und sie haben ja dann auch tatsächlich Tuberkelbazillen erbracht. Aber just von diesen Untersuchungen will niemand etwas gewußt haben, obwohl Bongert behauptet, er habe Mitteilung gemacht. Als auf dem Umwege über Volle und Milchhändlerverband die Öffentlichkeit davon Kenntnis erhielt, weiß in der Gesellschaft zunächst kein Mensch, was da gemeint ist. So waren über ihre eigenen Angelegenheiten die Leute unterrichtet, die der Bevölkerung Führer im Kampfe gegen die Säuglingssterblichkeit sein wollten!

Die Vorsitzende der Gesellschaft, ein Fräulein v. Ravenstein, war gleichfalls als Zeugin geladen. Vor der Verhandlung wurde sie auf dem Korridor von den Herren Ostertag und Bongert mit gebührender Ehrfurcht begrüßt. Es war ein trübliches Wiedersehen, und Fräulein v. Ravenstein seufzte melancholisch: „Das hat man von seinen menschenfreundlichen Bestrebungen.“ Am Ende hatten die Herrschaften sich noch für „Märtyrer“ —?

Der Unter-Verbandstag der Konsumvereine der Provinzen Brandenburg, Schlesien, Pommern usw.

tagte am 5. und 6. Mai in Rottbus. Erschienen waren von 71 angeschlossenen Konsumvereinen 48 mit 101 Delegierten. Aus den Mitteilungen, die die einzelnen Vereine gaben, konnte konstatiert werden, daß der genossenschaftliche Gedanke gute Fortschritte macht. In zahlreichen Orten, namentlich in der Lausitz und Schlesien, bilden sich neue Vereine und nehmen einen großen Aufschwung. Die berichtenden Vereine zählten 65 701 Mitglieder und erzielten einen Umsatz von 12 296 397 M. Der Reingewinn beträgt 1 087 474 M. Die Vereine verfügen über 179 eigene Verkaufsstellen, 7 Zentrallager; beschäftigt sind 478 Personen. Außerdem betreiben 7 Vereine eigene Produktion, darunter 4 Molkereien. Steuern zahlten die Vereine insgesamt 107 499 M. Daraus ist zu ersehen, daß es eine Unwahrscheinlichkeit ist, wenn die Gegner behaupten, die Vereine seien steuerfrei. Ferner haben die Vereine zwei Einkaufs-Vereinigungen, für Brandenburg und die Lausitz.

Eine lebhafte Debatte rief der Punkt, Errichtung eines Sekretariats für den Unter-Verband hervor. Wie der Referent Kaufmann, Sekretär des Zentralvereins Deutscher Konsumvereine, hervorhob, häufen sich die Arbeiten derart, daß es notwendig erscheint, auch für die Unterverbände Sekretariate, ähnlich wie bei den Genossenschaften, einzurichten. Im Prinzip erklärte sich der Verbandstag damit einverstanden und erhöhte zu diesem Zwecke die Beiträge um 25 Proz. Der endgültige Beschluß über die Errichtung wird auf dem nächsten Verbandstag gefaßt werden. Auch der Punkt, Tarifvertrag mit dem Handels- und Transportarbeiterverband, fand die Zustimmung des Verbandstages. Wie der Referent Herr Schmidtchen-Magdeburg ausführte, sind Tarifverträge die besten Handhaben für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Angestellten. Auch die Schaffung von Tarifämtern wie bei den Buchdruckern sind in Aussicht genommen und wird der Verbandstag in Stettin dazu Stellung nehmen. Durch Annahme einer Resolution im Sinne des Referats, gab der Verbandstag seine Zustimmung. Ein weiteres Referat des Herrn Tittel-Striegau über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der angestellten Vorstandsmitglieder in den Konsumvereinen zeigte, daß eine ganze Reihe Vereine ihren Vorständen ganz miserabel Löhne zahlen, die noch unter den Wädelöhnen ständen. Er trat dafür ein, daß solche verantwortungsvollen Ämter unbedingt besser besoldet werden müßten. Ein Antrag der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, der sich gegen den Unfug wendet, daß ein Berliner Konsumverein in voraus einen bestimmten Rabatt als Dividende seinen Mitgliedern garantiert, wird zur Vorberatung der Brandenburger Einkaufsvereinigung überwiesen. Zum Verbandstag in Stettin werden sechs Vereine delegiert, zu dem jedem Verein 30 M. aus der Unterverbandskasse gewährt werden. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Die Wahl des Ortes zum nächsten Verbandstag wurde dem Vorstand überlassen.

Soziales.

Die Tragödie eines Hamburger Waisenknaben in Kiel.

Unser Vordereorgan, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, berichtet über folgende erschütternde Leidensgeschichte eines Lehrlings. Vor einiger Zeit wurde die stark in Verwesung übergegangene Leiche eines etwa 16- bis 17-jährigen jungen Menschen aus dem Hafen gezogen. Von der Behörde konnte alsbald festgestellt werden, daß es sich um den bei dem Drechslermeister Gehne, Lehndamm 16, hinterhaus, in der Lehre gewesenem Hermann Raab, einem Jüngling des Hamburger

Waisenhauses, handelte. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß Hermann Raab freiwillig den Tod gesucht hatte. Es lag deshalb nahe, den Ursachen des bei einem so jungen Menschen unerklärlichen Entschlusses nachzuforschen. Die Ermittlungen inwieweit Kieler Organe haben ein wahrhaft erschreckendes Bild von dem Martyrium ergeben, das der junge, ohne jeglichen verwandtschaftlichen Anhang dastehende Mensch durchzumachen hatte, so daß es begreiflich erscheint, wenn er schließlich seinem elenden Lose selbst ein gewaltsames Ende bereitere. Ein einwandfreier Zeuge, ein Leidensgenosse des Ertrunkenen, erzählt über das, was die jungen Leute bei ihrem Lehrmeister durchzumachen hatten: Bei jeder Gelegenheit gab es Schläge an den Kopf. Keine Woche sei vergangen, ohne daß der Lehrmeister ihn, den Jungen, die Nase blutig geschlagen hätte. Sie seien behandelt worden wie ein Stiel Vieh. Es blieb jedoch keineswegs bei Faustschlägen. Bei jeder Gelegenheit erfolgten Mißhandlungen mit dem Gummischlauch oder mit einem Lattenende. In solchen Fällen nahm Heyne die Jungen für gewöhnlich mit nach der unten belegenen Werkstatt, weil man dort ungestört war. Einmal habe Heyne ihn mit einem Lattenende gezüchtigt, in dem sich ein Nagel befand. Er sei noch gut weggekommen und „Bloß“ im Gesicht verletzt worden. Dem verwaiseten Hermann Raab sei es keineswegs besser, eher noch schlimmer ergangen. Anher der geschilberten Behandlung sei ein fortgesetztes Geschimpfe der schauerlichsten Art an der Tagesordnung gewesen. Ferner sei hinzugekommen, daß die Jungen sich stets bis spät abends und Sonntags bis spät in den Nachmittag hinein abrackern mußten. Auch nicht eine freie Stunde hätten sie für sich gehabt. Sie hätten schließlich nicht mehr gewußt, wo ihnen der Kopf stand. Diese Angaben werden vollumfänglich von den Bewohnern der Nachbarschaft bestätigt. Wiederholt wurde in diesen Kreisen die höchste Entschuldig über die Behandlung der Lehrlinge und ihre lange Arbeitszeit geäußert. Insbesondere war man empört, wenn Heyne noch abends nach Feierabend den schwächlichen, an den Beinen leidenden Raab oder auch dessen Kollegen, ebenfalls ein kleines Kerlchen, mit einer hochbedachten Karre mit Treppengeländersäulen allein nach dem Bau schickte. In welcher Gemütsstimmung Raab sich befunden haben muß, geht daraus hervor, daß er sich schließlich an seinen Prediger um Hilfe wandte. Der Geistliche scheint jedoch den Angaben des Lehrherrn mehr Glauben beigewessen zu haben, wie denen des unter seinem Schutze stehenden, verlassenen Waisenknaben. Es soll, wie immer bei solchen Gelegenheiten, von Faulheit, Schmutz, Verlogenheit usw. die Rede gewesen sein. Kurzum, dem Lehrling wurden die üblichen Ermahnungen zu teil, und damit hatte die Angelegenheit für den Herrn Geistlichen ihre Erledigung gefunden. Eigentliches Vorwurfs soll zuletzt der Leiter des Jugendheims gewesen sein. Inwieweit die Aufsicht dieses Herrn die Interessen des armen Jungen wirksam wahrnahm, ist uns nicht bekannt. In einem Abend, anfangs Februar, sollte Hermann Raab in die Gewerbeschule. Nachmittags hatte er Prügel mit der Latte erhalten. Er ging fort und blieb seitdem verschwunden, bis die Scharbe eines Dampfes endlich seine Leiche aus dem Schlamm des Hafens aufwühlte. Damit sollen nun die Alten über diesen von Gott und aller Welt verlassenen Waisenknaben geschlossen sein. — Höchst sonderbar ist es, daß die Drechslerinnung sich niemals veranlaßt sah, Abhilfe in den Verhältnissen, deren Opfer der Junge geworden, zu schaffen. Unbekannt kommt ihr diese Zustände keineswegs sein. Hatte doch schon der Altgeselle des Gesellenauschusses in einer Sitzung das brutale Verhalten des Heyne seinen Lehrlingen gegenüber zur Sprache gebracht. Ferner ist es geradezu unerklärlich, daß nicht ein einziges der dort beschäftigten organisierten Gesellen den Rat fand, den Lehrlingen schädlich beizuspringen und die Handlungsweise des Meisters an die Öffentlichkeit zu bringen. Manches scheint mit der Zeit denn doch in die weitere Öffentlichkeit durchgedrungen zu sein. Trotz wiederholten Annoncierens in den „Kieler Neuesten Nachrichten“ ist es nämlich dem Heyne nicht möglich gewesen, neue Lehrlinge zu bekommen.

Die vorstehend geschilderte Leidensgeschichte eines armen verwaiseten Lehrlings zeigt auf neue, welchem entsetzlichen Lose infolge jeglicher ausreichender Fürsorge für Verwaiste viele dieser besondern Pflege bedürftigen Kinder ausgesetzt sind. Der traurige Fall des in den Tod getriebenen jungen Lehrlings klagt den Lehrherrn, die Innung, den Waisenvater, aber auch die bestehende Gesellschaftsordnung an, die solche Folgen ermöglicht.

Ein Beitrag zur Armenpflege in Ostelbien.

In dem Dorf Neu-Rosenthal bei Rastenburg wohnt die 74 Jahre alte Dorfbarme Wilhelmine Rautenberg. Sie ist seit 30 Jahren fast blind und bestritt solange ihren Unterhalt durch Spinnen bei den Besitzern des Dorfes. Monatlich erhielt sie drei Mark Armenunterstützung. War sie bei Besitzern in Arbeit, so flossen die drei Mark in die Tasche der Arbeitgeber. Von diesen erhielt sie für ihre Tätigkeit Essen. Ein und wieder hat ihr auch ein Besitzer für eine vierteljährliche Tätigkeit eine Mark von 9 Mark Armengeld gegeben, die der Besitzer erhielt.

Von diesem „Verdienst“ hatte sich die Frau in den 30 Jahren 50 Mark gespart, damit sie Geld für ein ordentliches Begräbnis habe. Der Dorfschulze des Dorfes erhielt von diesen geringen Ersparnissen der alten Frau Kenntnis. Er verlangte, daß der Rastener Frau geöffnet werde. Als dem Verlangen nicht stattgegeben wurde, wurde der Rastener in Gegenwart von zwei Dorfschöffen gewaltsam geöffnet und das Geld herausgenommen. Der Gemeindevorsteher gab trotz scheinlicher Bitten der alten Frau das Geld nicht zurück.

Verwandte der Frau suchten dann bei Sozialdemokraten in der Stadt Rat nach. Die von diesen bei dem Landrat eingereichte Beschwerde hatte Erfolg. Der Gemeindevorsteher gab die 50 M. der Alten zurück, fügte aber folgendes Schreiben bei:

Ich schide der Frau Rautenberg die 50 Mark zurück. Die Frau Rautenberg hat von dem Gelde sechs Monate zu leben. Aus der Drillsche gibt's jetzt keine Unterstützung bis zum 1. August d. J.

Der Gemeindevorsteher Weide.

Kurz darauf erhielt die Frau vom Kreisamtschef folgende Antwort auf ihre Beschwerde:

Der Gemeindevorsteher hat den bei Ihnen vorgefundenen Geldbetrag nicht an sich genommen, sondern dem Drillschenskindrentanten zur Verwendung als Unterstützungszusage für Sie übergeben. Der Betrag wird Ihnen zurückgegeben werden, so weit dieses nicht bereits geschehen sein sollte. Bis zum Verbrauch des Geldes liegt ein Grund zur Erhöhung der bisher gewährten Armenunterstützung nicht vor.

Erst durch eine nachmalige Beschwerde beim Landrat gelang es, die Fortzahlung einer monatlichen Unterstützung von — drei Mark zu erwirken.

Aus der Frauenbewegung.

Die Dienstbotenbewegung hat nunmehr auch in München festen Fuß gefaßt. Daß in dem urgemüthlichen München das Dienstboten-entend besonders früh in die Erscheinung tritt, das bewies der Verlauf der für Sonntag nachmittag nach dem Restaurant Dall'Armi einberufenen öffentlichen Dienstbotenversammlung, in der Fräulein Grünberg-Rürnberg über die Dienstbotenbewegung und ihre Ziele referierte. Die Versammlung wies einen derartig starken

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Platz 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Sonnabend, den 12. Mai 1906, abends 8 Uhr,
im Lokal von Petznick, Friedrichstr. 114:

Bezirks-Versammlung für Friedrichshagen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen K. Störmer über: „Die Gleichberechtigung der Menschen in Theorie und Praxis“.
2. Distiktion.
3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch erwartet
118/1 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Schmiede. Achtung!

Donnerstag, den 10. Mai 1906,
abends 8 1/2 Uhr pünktlich:

Allgemeine Versammlung

fämtlicher bei Innungsmeistern arbeitenden Schmiedegesellen
in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelmstraße 18m.

Tages-Ordnung:
1. Die letzten Vorgänge auf dem Arbeitsnachweis in der Mulackstraße. Referent: Kollege W. Siering.
2. Distiktion und Beschlußfassung.
3. Erfahrung zum Weichen-Ausgleich.
4. Remuneration der Arbeitsvermittler.
5. Verschiedenes.
176/13
Kollegen! Die Berliner Schmiede-Innung hat in ihrer letzten Versammlung beschlossen, den Arbeitsnachweis wieder selbst in die Hand zu nehmen, das heißt also, uns selbst zu schreiben.
Kollegen! Das kann und darf nicht geschehen! Wir haben geglaubt, daß wir die Arbeitsausgabe in Ruhe und Ordnung erledigen können, es sind nicht die geringsten Klagen gegen uns eingelaufen, und trotzdem will man uns den Fußtritt geben.
Kollegen! Das kann Euer Wille nicht sein!
Trotzdem erscheint alle, Mann für Mann, in dieser Versammlung, zeigt den Meistern, daß Ihr nach wie vor einig und geschlossen steht. Kein Bruder Schmach darf fehlen.
Mit Gruß!
Der Gesellen-Ausschuß.
J. U. Adolf Müller, Mitgliede, Kullienstraße 21.
Die Herren Meister sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

3. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Mai 1906, vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.
59 162 298 420 61 72 (5000) 602 778 83 1003 87 191
201 448 81 99 503 627 842 (10000) 77 928 2077 513
87 693 3067 90 (3000) 97 142 406 10 (3000) 16 933 36
4107 266 97 (500) 322 80 56 222 707 68 (3000) 81 831
631 5192 317 687 773 (500) 807 6137 (1000) 39 333
458 522 40 44 602 83 728 788 (500) 95 990 82 8050
535 931 9089 83 194 287 432 (3000) 82 762 926
10085 176 229 339 690 949 (1000) 11041 89 178 204 367
537 628 70 99 936 66 12157 90 528 89 678 746 897
957 13168 483 810 (1000) 14002 237 488 615 826
15043 118 31 306 63 425 506 40 728 875 (1000) 927
16089 284 427 516 673 731 17470 79 551 753 835 37
19281 84 123 218 337 611 79 107 433 96 590 922 (500) 97
20135 322 446 695 743 907 21089 190 60 294 386
423 638 (500) 68 758 60 71 856 963 22143 254 423
531 619 36 701 56 81 886 23025 200 387 94 684 744 50
977 24014 159 628 32 26058 (500) 234 391 434 35 752
66 588 622 50 628 32 26058 (500) 234 391 434 35 752
27119 202 419 23 627 93 28046 62 124 501 61 672
733 49 29008 121 52 220 97 363
30163 235 332 62 (1000) 609 79 (500) 786 922 (3000)
90 31165 321 452 749 667 (3000) 32015 35 91 (500)
104 (500) 20 60 92 217 45 81 815 38 75 33273 88 83
(500) 891 636 826 979 44661 517 (3000) 33 608 39
36118 649 (3000) 50 59 888 918 51 36131 64 216 490
34 505 71 37002 92 (500) 117 350 87 401 682 357
39078 218 42 74 230 467 (3000) 94 545 74 647 940
39138 238 51 353 79 482 537 (500) 857 95
40194 208 322 69 439 70 528 41212 304 71 460
42147 66 (500) 226 34 94 4461 367 (500) 619 99 722 814
43134 633 86 826 979 44661 517 (3000) 33 608 39
99 901 718 32 861 9 (1000) 17 45533 111 (500) 92 219
55620 85 182 369 81 837 678 65 (1000) 59045 89
(1000) 210 422 510 601 963 (500) 69 92
60015 822 (500) 61047 63 687 614 770 79 836
62018 74 143 (500) 241 (1000) 383 680 99 63101 309
68 581 661 (1000) 783 94 (3000) 64086 122 56 (1000)
233 (1000) 302 99 648 700 65063 330 97 979 806 (1000)
12 41 784 821 63 60033 243 48 (3000) 331 446 963 769
15001 825 90 968 67169 206 79 359 625 48 824 68017
49 (1000) 102 11 (500) 71 275 338 78 81 482 531 605
963 69240 544 91 603 712 73
71038 40 255 94 322 (3000) 32 370 (500) 403 572 765 850
85 545 640 87 73271 346 449 564 764 947 74029 130
47 57 (1000) 66 292 (1000) 311 53 65 (1000) 606 76 97
831 34 (500) 908 75019 35 146 235 63 85 335 466 532
77 33 705 72 89 (1000) 93 818 96 74 (1000) 77018 79 140
90 339 448 508 600 800 921 74 (1000) 77018 79 140
305 545 73 (1000) 334 985 78031 156 478 601 712
626 79323 45 71 (500) 85 483 649 99 736 (1000) 824
626
80041 223 44 52 335 747 91 81 (1000) 105 357 (500)
72 (3000) 839 918 30 83 82490 60 257 330 466 83657
64 115 56 94 323 74 422 333 730 83 84839 101 69
224 443 63 784 920 85197 240 (500) 387 649 709 809 47
86333 (1000) 639 712 47 59 889 87288 334 421 522
80 (1000) 710 29 81201 375 83 949 (3000) 804 636
89229 34 370 546 690 834 83
90945 51 93 437 579 629 74 763 83 943 91108 57
211 39 432 78 88 364 669 49 93047 309 35 (500) 53
(500) 285 516 622 718 831 975 93047 309 35 (500) 53
440 567 639 702 (1000) 71 834 50 922 94033 303 133
(3000) 58 (3000) 298 23 (3000) 33 320 461 88 606 95033
378 896 96129 (3000) 62 343 483 945 (1000) 797 842
(3000) 97059 477 802 607 937 98045 (3000) 109 300
75 342 458 503 647 833 99046 371 82 601 79 705 947
100014 123 254 312 65 (3000) 443 (500) 101033
224 56 (1000) 412 79 701 866 949 102139 91 224 324
429 644 708 916 103196 416 717 90 93 803 104071
75 99 363 421 29 692 744 63 105394 135 40 263 318
505 30 81 665 735 812 978 100974 141 63 460 46 589
64 107022 184 205 809 801 945 94 108388 699 896
(500) 88 109305 472 563 93 850 934
110118 99 116 74 90 399 93 980 912 111148 90
86 487 574 840 66 926 (500) 112533 501 679 737 989
113086 255 652 713 79 840 114123 (1000) 27 245 390
615 (3000) 74 708 88 115085 61 43 391 96 445 503 708
824 110085 77 313 439 501 785 949 78 117042 97
114318 61 (500) 422 77 664 (3000) 76 711 904 90 118345
609 751 841 916 119294 (1000) 340 403 60 982 339
120090 96 148 60 441 54 (3000) 504 14 83 943
121189 301 (500) 487 89 515 29 75 819 946 97 122335
44 38 202 14 31 78 438 712 61 909 (1000) 123274 27
43 75 621 90 124112 217 670 70 10 65 924 125041
81 87 (500) 94 514 480 822 970 126189 377 310 494
62 68 623 127127 52 490 505 34 762 839 910 128009

Zentral-Verband der Töpfer

Deutschlands. Filiale Berlin.

Freitag, den 11. Mai 1906, abends 6 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wilhelm Düwel über das Thema: „Partei und Gewerkschaft“ 2. Dis-
kussion. 3. Ist es zweckmäßig, die Delegierten in den Bezirksstellen (Gewerkschaftskommissionen), die zur Filiale
Groß-Berlin gehören, aufrecht zu erhalten? 4. Verschiedenes.
Die Bezirksdelegierten aus den Bezirken werden hierzu besonders eingeladen.
Verleihen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich. Anfang präzis 6 1/2 Uhr.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Bezirk Rixdorf.

Freitag, den 11. Mai 1906, abends 8 Uhr,
in Hoppes Festsälen, Hermannstr. 47/48:

Bezirks-Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Eugen Bräuner über „Arbeitsgeber-
Organisation und Arbeiter-Organisation“ 2. Diskussion. 3. Die
Fragen sich die Kollegen zum Anschluß an das Rixdorfer Gewerkschaftsstell-
4. Bezirksangelegenheiten.
Zu dieser Versammlung sind alle im Bezirk wohnende Kollegen mit
ihren Frauen freundlichst eingeladen und ersucht um zahlreichem Besuch
143/12 Der Obmann.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Sektion der Putzerträger.
Sonntag, den 13. Mai, mittags 11 1/2 Uhr, im Lokal von Wernau,
Schwedterstr. 23:

Versammlung.

Sektion der Töpferträger.
Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im „Kochenthaler Vereins-
haus“, Kochenthalerstr. 57: 34/10

Versammlung.

Tages-Ordnung wird in den Versammlungen bekannt gemacht.
Zahlreicher Besuch erwartet
Der Zweigvereins-Vorstand.
Rohrlegerwerkstatt
Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 110/9
Haut- und Harnleiden.
10-2,5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Außerordentliche General-Versammlung

der
Vertreter der Arbeitnehmer
der

Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verw. Gewerbe zu Berlin

am
Mittwoch, 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
in
Pfeffers Restaurant, Rosen-
thalstr. 57.

Tages-Ordnung:
Wahl eines Vorstandsmitgliedes an
Stelle des ausgeschiedenen Herrn
Dr. Badhauer.
Das Mandat legitimiert.
Berlin, den 8. Mai 1906.
17175 Der Vorstand.
A. Bant.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuester Katalog
m. Empfehlung Aerzte u. Prof. grat. u. f. f.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 71/72

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Donnerstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engel-Platz 15 (Saal 5):

Versammlung

aller in Decken-Baugeschäften beschäftigten
Maurer (Wölber).
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen erwartet
143/10* Der Zweigvereinsvorstand. J. U. E. Thöns.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften, Fabriken, Klubs!
Bevor Sie Ihre Dampferpartien abschließen,
sehen Sie sich
Restaurant „Waldhaus“
Rauchfangwörter bei Zeuthen, an, vollständig neu
eingerichtet, 3 gr. Säle, Hallen, ca. 4000 Sitzplätze etc. Für
Himmelfahrt, 2. u. 3. Feiertag, 1. Juli, 12. August noch Dampfer
a 200 resp. 330 Pers. zu verm. Für gr. u. kl. Fabriken noch
Sonnabende i. Juni u. Juli frei, sowie Wochentage zu ermäßig-
Preisen Dampfervermietung. Um zahlreichen Besuch und Ab-
schluß bittet
Der Inhaber **Karl Römsch.**

**Witte* Waldschlößchen, Eichwalde, Kaiser Friedrich-
Krahe I.**
Empfehle allen Vereinen und Gewerkschaften zu Ausflügen und Partien
mein herrlich am Wald gelegenes Lokal, 3 Minuten vom Bahnhof.
Großer Saal. X Schattiger Garten. X 2 Kegelbahnen. X Ausspannung.
Sommerwohnungen und Zimmer. 25349

3. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Mai 1906, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.
227 316 470 585 621 722 807 2025 34 41 108 256 77
389 96 (1000) 518 606 10 58 741 89 820 56 (1000) 653
69 3228 73 96 322 443 514 706 805 31 (1000) 45 92
915 417 305 503 727 902 5134 697 93 (1000) 537 823
55 (500) 94 961 69 6125 96 243 627 704 44 7133 208
97 584 881 8071 125 (1000) 50 77 335 495 (3000) 638
85 693 65 78 712 946 9048 (1000) 62 118 327 71 93
685 847 901 58 66
10280 358 (500) 458 (500) 535 (500) 79 87 723
973 11036 275 82 438 878 614 75 841 (1000) 63 12024
222 317 54 439 45 71 (500) 771 901 79 13290 (1000)
311 446 (1000) 522 734 91 801 940 14172 229 423 827
59 (1000) 85 935 15106 227 (500) 42 62 354 848 (500)
690 63 760 (3000) 816 16318 476 720 96 855 70 17163
632 78 18213 32 (500) 604 72 708 91 819 22 43 10006
103 83 223 376 677 836 (3000) 987 (500)
20123 48 274 (500) 679 75 77 83 21149 351 441
506 (3000) 629 768 889 918 75 22296 325 835 23471 530
(1000) 24004 101 928 513 51 789 888 918 25021 139
323 415 640 45 722 612 90 26105 67 315 505 682 889
27392 446 519 655 984 974 86 28139 57 64 368 717
29144 78 80 237 63 231 537 58 788
30137 (500) 90 (500) 209 368 480 511 64 628 813
83 70 97 31026 29 161 90 324 794 812 82 946 32041
158 72 279 510 788 946 52 (3000) 63 36989 713 217
620 658 74 712 34171 211 338 608 63 732 (500) 893
(3000) 77 (500) 921 67 95 35020 94 213 86 494 855
99 601 747 77 83 36184 94 (500) 235 52 326 (1000)
853 87 600 734 (500) 95 91 971 88 89 37079 290 496
88 363 603 12 (500) 884 38173 230 94 962 603 90 549
60 39176 300 89 413 623 39 740 78 853
40098 64 87 337 334 687 745 65 89 823 41063 (500)
127 308 689 (1000) 781 42071 91 325 (3000) 475 290
(1000) 690 829 43016 45 99 102 216 339 70 475 619 771
73 90 44240 60 543 649 842 45061 134 711 97 871 (500)
46300 65 503 730 471120 29 205 468 763 839 45 75 943
48251 456 (500) 41 24 28 45 76 727 (500) 98 914 59 89
49049 80 436 716
50210 93 302 (500) 874 (500) 89 937 51123 67 213
27 (1000) 96 (500) 213 37 458 580 753 75 105 52159 67
371 (500) 78 838 835 92 988 (3000) 92 53284 503 7 830
64 76 994 54004 (3000) 122 66 42 307 40 542 63
660 8 871 55190 350 59 704 866 56090 (1000) 196 (500)
216 42 573 615 97 57026 109 (500) 34 297 487 537 43
87 705 58008 89 170 78 256 (500) 335 705 85 980 59230
319 30 470 558 651 62 751 75
60023 177 98 398 896 870 97 61068 (1000) 74
293 (500) 533 819 94 699 62296 332 534 648 900 67
607 63103 72 389 831 654 575 (3000) 863 64112 267
96 (1000) 328 71 (500) 503 745 833 5 (500) 65153 362
72 413 (1000) 896 618 928 64804 187 309 17 434 82
746 48 67259 521 82 (500) 861 (1000) 73 911 37
68039 79 419 601 (3000) 709 60136 61 471 (3000)
773 891
70070 362 384 83 525 630 (1000) 40 86 788 837
83 914 23 71098 177 450 (500) 66 502 10 34 (500)
83 514 930 (3000) 72924 171 268 638 718 832 32 (1000)
73215 534 82 (3000) 640 783 (500) 928 66 85 74225
256 (3000) 496 79 570 708 39 67 97 76 75074 286
682 742 (500) 610 942 76122 63 544 699 (500) 881
979 77159 63 397 470 535 745 823 86 98 (500) 955
78134 305 366 65 690 70206 300 (500) 556 638 892
80227 120 305 796 865 905 67 81039 43 48 74
(3000) 869 82440 672 717 35 69 925 47 87 83183 70 254
(1000) 545 85 97 930 70 78 87 830 89 (3000)
84001 228 518 25 53 458 611 17 33 56 729 (1000) 975
96 85078 130 85 228 302 410 33 542 81 77 86150 380
419 75 801 915 87000 81 387 64 462 55 555 91 889 980
88000 147 289 474 99 89468 (500) 663 69 729 69
90115 19 414 21 872 (500) 649 748 66 916 49
91634 200 (3000) 27 369 72 606 706 92081 (500) 101
121 25 329 469 78 828 894 736 39 897 933 72 80 93103
74 325 81 545 51 (3000) 607 776 883 72 990 (500)
94055 162 81 283 (500) 99 309 476 514 641 733 87 803
1201 85 95118 302 767 843 (500) 77 963 96028 70 94
121 212 303 85 455 565 70 (500) 672 97082 97 148 (3000)
92 278 802 801 24 (3000) 95 831 99 626 88 727 88 824
29 (1000) 68 71 904 (1000) 41 99063 (500) 65 116 44 39
211 23 66 360 757 815
100005 605 25 101002 194 392 589 797 940 (500)
66 102025 69 453 71 (500) 658 99 799 87 823 103046
244 301 (3000) 498 26 28 671 732 950 (500) 104024 41
67 339 70 493 501 38 615 26 765 894 816 53 105111 392
29 468 321 624 725 106388 545 (500) 70 (500) 760 547
107094 97 245 (1000) 490 567 802 751 810 961 108024
168 268 304 33 (500) 680 772 109229 81 88 490 503 47
670 83 752 (3000)
110149 297 60 389 761 661 111013 61 421 94
722 896 998 112003 25 222 387 451 710 559 637 113412
774 965 114019 78 811 83 511 43 (3000) 73 75 967 90
115621 498 624 77 116307 477 580 803 957 117138 267
243 78 619 760 817 43 118100 419 84 633 706 862
119229 438 832 (3000) 690 69
120862 110 287 483 538 43 29 723 962 121066
143 443 69 261 74 804 (500) 648 837 122136 335 539
123110 69 261 74 804 (500) 648 837 122136 335 539
213 49 417 502 79 682 802 927 125114 494 514 603 761

6. Wahlkreis!

Samstag, den 13. Mai, nachmittags 6 Uhr, im Lokal von Wilke, Brunnenstraße 188:

Versammlung.

Vortrag des Genossen Störmer über: Arbeiterchaft und Kirche.

Nachher: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Rixdorf.

Freitag, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Deutschen Wirtshaus, Joh. Klenke, Bergstr. 136/37

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Sozialdemokratie und Kriegervereine.

Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer.

Achtung! Maurer! Achtung!

Freitag, den 11. Mai cr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Ackerstr. 6/7:

Oeffentliche Versammlung der Maurer Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung:

Bauschwandel, Akkordmaurerei und Baupolizei.

Hierzu sind sämtliche Maurer und Poliere eingeladen.

Der Vorstand des Vereins. J. A.: Heinrich Mehlke.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

aller in

Album-Buchbindereien, Etui-, Karton-, Kontobücher, Luxuspapier-, Papier- und Federgalanterie-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Etablissement „Brauerei Friedrichshain“ (früher Lipps), am Friedrichshain.

Tages-Ordnung:

1. Der Tarifbruch des Verbandes Berliner Buchbinder-Besitzer. Referent: Kollege Kloth. 2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! Die obige Tagesordnung ist von so großer Wichtigkeit, daß kein Kollege und keine Kollegin in dieser Versammlung fehlen darf! Der Angriff, unsere Organisation zu vernichten und die Tarifgemeinschaft aufzuheben, muß energisch abge schlagen werden.

Also fehle niemand in der Versammlung!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Donnerstag, 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Köpenickerstr. Nr. 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom ersten Quartal. 2. Bericht des Vorstandes, der Arbeitsvermittler, des Bibliothekars und der Kontrollkommission. 3. Neuwahl von Verbandsangestellten. 4. Stellungnahme zum Verbandsrat.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Die Ortsverwaltung.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Inventur-Ausverkauf. Gardinen Stores, 10 Prozent Rabatt. Fenster zwei (Schals) 140, 165, 225, 285, 350, 485, 575, 665 ufo. 14898*

Inventur-Ausverkauf. Vorzügliche Gardinen mit überaus schönem Effekt. Fenster 135, 165, 210, 265, 285, 325, 425 ufo., goldfarbig und rot 265, 285, 325, 450 ufo. 14898*

Tüllbettedecken. weich, creme, 195, 225, 265, 375, 450-790. Weissenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 14908*

Inventurpreis. Steppdecken, Small-Seide, rot, grün, blau, zitra 160 breit, 200 lang, Samtarbeit (Wert 10,50) jetzt Stück 5,85. 14908*

Steppdecken, Gelegenheitskauf, nur so lange Vorrat, 285, 365, 425, 585, 675, 785 ufo. Weissenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *

Inventur-Ausverkauf. Tüllbettedecken mit feinen Stickereien in allen Farben, Größen, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,35 ufo. 14938*

Plüschbettedecken, Gelegenheitskauf, mit feinen Stickereien, nur so lange Vorrat, 4,55, 5,65, 6,35, 7,60, 8,45, 9,65, 10,85. 14948*

Möbelstoffpreise in Wolle und buntem Plüsch, zu Sofa bezügen ausreißend, in allen Preislagen. Weissenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 14938*

Inventur-Ausverkauf. Woll-Teppehe in allen Größen zu Spottpreisen. 14968*

Teppiche, imitiert Japaner und Perser, 2 Meter lang, nur 3,25. Weissenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 14978*

Inventur-Preis. Portieren (steil Schals, ein Lombard) Garnitur 8,85, in allen Farben. 14988*

Einzelne Plüsch- und Tuchgarnituren enorm billig. Weissenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 14998*

Steppdecken billigst. Großes Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrücken Anlett, zusammen 10,50, nur (Flandrische) Andreaskirche adl. und dreifach. 15138*

Korsett-gerechtes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreaskirche achtmal dreifach. 15148*

Dommerisches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00, Großes Laten, Stück 1,00. Flandrische Andreaskirche achtmal dreifach. Kleinfische nach überall. 15158*

Gardinen. Verandahaus. Perulalemstraße 11/12 Salon-Ausnahmepreise für Gardinen, Stores, Bettdecken, Portieren, Tischdecken. Bitte enorm billig. 15118*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Cadefcher Markt 4, Bahnhofstraße. 263/3

Herrenfahräder. Damenfahräder, tolle neu, 45,00. Holz. Blumenstraße 26 b. 14278*

Kanarienhähne, Neueste Gelbschwanz, 1905 höchsten Preis, goldene Medaille. Größtes Vogelmateriale. Große Auswahl. Verkauf Krebs, Köpenickerstraße 154a. 12788*

Kanarienhähne, Seinerliche, Jungweibchen, junge, frechende Japaner, auch Lauch. Kommandantenstraße 22, Restaurant Vogelwelt. 12568*

Kanarienvögel. 5,00. Nichtweibchen. Köpenickerstraße 98, III. 12568*

Kanarienhähne, Schönen, Witzig, Petersburgerstraße 2. 470

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Stallgerstraße 40. 15098*

Möbel, Gelegenheitskäufe, neue und gebrauchte billig. Lindenstr. 247 I.

Hochvernehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00, Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Verandahaus, Ragerstraße 63, 1 Treppe.

Teppiche mit hochvernehmbaren Webarten, niedrige Preise. Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Monatsumzüge, Sommerüberzieher von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Handquelle. Schneidemeister Paul Röhrenzell, Nur Rosenhallerstraße 10. Klein Laden. Habe keine Rivalen. 265/2*

Wie niedrige Preise Gelegenheit! Am 15. Mai beginnt der Umbau des Hauses, verkaufe daher vollständige Wohnungseinrichtungen außerst billig. Kuchelstraße 17, Ruhbaum-Kleberstraße, Berlin 45, Aumeau, Kleberstraße 35, Kleberstraße 55, Kleberstraße 55, Kleberstraße 55. 15138*

Damenjackets, Paletots, Kostüme, hochelegante Kleidermuster, teils auf Seide, durchweg 8 Mark, Kosten Steppdecken (Seidenstoff), statt 8 Mark nur 3,75. Julius Reumann, Bellealliancestraße 105. 15178*

Herrenfahräder, Damenfahräder, schönes modernes, komplett 40,00, Große Frankfurterstraße 14, Hofgerade. 42

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 14

Möbelangebot. Im Möbelverkauflager (Waldstr. Bahnhof), Rosenstraße 25. Hochbahnstation. Zimmerbrücke, haben verschiedene immer Ruhbaummöbel zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salon-garnituren, Paneele, Sofas, Bücher-schränke, Ankleidekabinen, Ruhbaum-betten, Bronzekronen, Salonbilder, Schreibstühle 28,00, Kunstgegenstände, Kuchelbetten mit wunderbarer Dimandendecke 22,50, hochleganter Säulen-tisch 30,00, prächtige Zimmer-teppiche 8,00, Salonteppehe schon 14,00 bis zu den allergrößten Saal-teppichen, reichgestickte Lebergardinen, Spachtelstühle, Kuchelbetten, Steppdecken, Standuhren, Plüschbettedecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Ankauf ganzer Warendlager, Wirtschaften, Konsumwaren, losenlos aufbewahrung und Transport gefasster Möbel. Otto Vöhring Transport- und Lagerhaus (Kuhlfelder Bahnhof), Köpenickerstraße 25. 14738*

Dringend nagelneues Ruhbaum-plüsch, Ruhbaumverleite 35 Mark. Wagnersstraße 15b parterre rechts.

Hochvernehme Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verandahaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Rivalen. 15088*

Brennapparate. Teilzahlungen ohne Anzahlung. Opte, Dantscherstraße 25. 15048*

Gasfischerhaus! Geschlossene Einzelgasfischer! Gasfischerapparat! 5,00. Gasplättchen! 2/3. Bronze-gasfischer! 8,00. Gasgaslampen! 9,00. Solongasfischer! 15,00. Gasampel! 1/2. Wollener, Ballnertheaterstraße 82 (Beleuchtungshaus!).

Herrenjackett, Anzüge, Paletots, vorzüglich, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Brennpauerstraße 23 II. 75/6*

Kinderwagen, Kinderbestellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgekauft (Sportwagen). Schneider, Kuchelstraße 172. 15748*

Ringschiffchen. Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Schnellste Fäherung, Vorkaufte genügt. Vorteilhaftes Bezugs-Quelle. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Brennpauerstraße 49/60. 489*

Nähmaschinen. Facile bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Vorkaufte. Drauser, Köpenickerstraße 90. 422*

Neuere Damenhüte, sehr preiswert, nur Doppelkappe 140, Eckhaus, Schönhauserstraße. 15058*

Möbelwerkerei liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen außerst billig. Kuchelstraße 17, Ruhbaum-Kleberstraße, Berlin 45, Aumeau, Kleberstraße 35, Kleberstraße 55, Kleberstraße 55. 15138*

Wie niedrige Preise Gelegenheit! Am 15. Mai beginnt der Umbau des Hauses, verkaufe daher vollständige Wohnungseinrichtungen außerst billig. Kuchelstraße 17, Ruhbaum-Kleberstraße, Berlin 45, Aumeau, Kleberstraße 35, Kleberstraße 55, Kleberstraße 55. 15138*

Damenjackets, Paletots, Kostüme, hochelegante Kleidermuster, teils auf Seide, durchweg 8 Mark, Kosten Steppdecken (Seidenstoff), statt 8 Mark nur 3,75. Julius Reumann, Bellealliancestraße 105. 15178*

Herrenfahräder, Damenfahräder, schönes modernes, komplett 40,00, Große Frankfurterstraße 14, Hofgerade. 42

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 14

Möbelangebot. Im Möbelverkauflager (Waldstr. Bahnhof), Rosenstraße 25. Hochbahnstation. Zimmerbrücke, haben verschiedene immer Ruhbaummöbel zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salon-garnituren, Paneele, Sofas, Bücher-schränke, Ankleidekabinen, Ruhbaum-betten, Bronzekronen, Salonbilder, Schreibstühle 28,00, Kunstgegenstände, Kuchelbetten mit wunderbarer Dimandendecke 22,50, hochleganter Säulen-tisch 30,00, prächtige Zimmer-teppiche 8,00, Salonteppehe schon 14,00 bis zu den allergrößten Saal-teppichen, reichgestickte Lebergardinen, Spachtelstühle, Kuchelbetten, Steppdecken, Standuhren, Plüschbettedecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Ankauf ganzer Warendlager, Wirtschaften, Konsumwaren, losenlos aufbewahrung und Transport gefasster Möbel. Otto Vöhring Transport- und Lagerhaus (Kuhlfelder Bahnhof), Köpenickerstraße 25. 14738*

Dringend nagelneues Ruhbaum-plüsch, Ruhbaumverleite 35 Mark. Wagnersstraße 15b parterre rechts.

Hochvernehme Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verandahaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Rivalen. 15088*

Brennapparate. Teilzahlungen ohne Anzahlung. Opte, Dantscherstraße 25. 15048*

Gasfischerhaus! Geschlossene Einzelgasfischer! Gasfischerapparat! 5,00. Gasplättchen! 2/3. Bronze-gasfischer! 8,00. Gasgaslampen! 9,00. Solongasfischer! 15,00. Gasampel! 1/2. Wollener, Ballnertheaterstraße 82 (Beleuchtungshaus!).

Herrenjackett, Anzüge, Paletots, vorzüglich, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Brennpauerstraße 23 II. 75/6*

Kinderwagen, Kinderbestellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgekauft (Sportwagen). Schneider, Kuchelstraße 172. 15748*

Flandrische, Brünzengasse 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 14298*

Kunststoffkerze von Frau Kolosch, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Verbandskassen (auch Säme) für Gewerkschaften, Vereine, Versammlungen, Festlichkeiten usw. Sonnabende und Sonntage noch frei. Kommandantenstraße 72 (Ruhbaum). 15018*

Volksfänger-Gesellschaft „Ante“, Eichenminderstraße 17. 4102*

Wäsche wird sauber gewaschen, freien getrocknet. Abholung Sonnabende. Emil Vankrad, Köpenick, Riegelheimerstraße 40. 17018

Verkauf! 200 Mark sucht junger Mann. Sicherheit vorhanden. Offerten erbitte unter „P. S. 2“, Postamt 16.

Vermietungen.

Wohnungen. Cudenaderstraße 36, 37, 38 (sogar Kleinwohnungen von 19 Mark an. 16345*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Klüber Tischflechter bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeschickt. H. Gläzer, Wulandstraße 27. 14685

Stellenangebote. Korbmacher auf Kommoden verlangt H. Timm, Friedenau, Grenzstraße 1. 15328*

Teichreue und Delaunen gesucht. Reg. Richter, Ind. S. Gumpel, Chemische Fabrikant Köpenick, Köpenickerstraße. 15308*

Goldbleichen. Grundreue und Belegerinnen werden verlangt Köpenickerstraße 109a. 17285

Tüchtigen Maler und Belegerinnen auf Goldbleichen verlangt Berlinermeister, Brunnstraße 194. 17306

Tüchtige Palettschneider zur Hälfte verlangt Deutsch Hartweg, Schöneberg, Ebersstraße 39, I.

Tüchtige Barockvergoldner sowie Brillenreue finden dauernde Beschäftigung bei H. Reichenbach, Goldbleichenstraße, Stendal. 15338*

Teichreue verlangt sofort C. Wehe, Bismarckstr., Prinz Regentenstraße 62. 17285

Zusammenleger auf Verlmutter verlangt Gofinsky, Köpenickerstraße 154. 17285

Arbeiterinnen, Woche 10 Mark, sucht Kroner, Alexanderstraße 119.

Schwarzschneider, bessere Arbeit, verlangt Warendurgerstraße 2, großer Eingang, vorn I links. 450

Musen. Nähmaschinenreue, Koch, Nieder-Schönhausen, Dresdenerstraße 57.

Witwer, vier Kinder (Handwerker) sucht Wirtshaus, nicht über 40. Offerten Köpenickerstr. 24, Expedition.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Orts-Krankenkasse der Bildhauer, Stukkateure u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Am 1. Juli d. J. soll in unserer Kasse die Stelle eines Kassierers neu besetzt werden. Anfangsgehalt 1700 Mark, steigend in 15 Jahren bis 2200 Mark, Pension 200 Mark. Geeignete Bewerber wollen sich hierzu bis Freitag, den 18. d. Mts., schriftlich melden. Die Bewerbungschriften sind zu richten an den Vorstand der Kasse z. H. des Vorsitzenden Hrn. Dr. Wolpert, SO 26, Gellertstr. 48, Berlin, den 9. Mai 1906. 273/20

Der Vorstand. J. A.: Fritz Waldeyer.

Lehrling sucht Buchdrucker Wilhelm Baensch H.-G., Ritterstraße 71, Aufgang 6. 17295

Achtung! Wagenfabriken!

In den Wagenfabriken von E. Röhre (Hof-Leuschner, Endel 6, Gellertstr.), Motorwagenfabrik in Reinickendorf, befinden sich die sämtlichen Arbeiter im Streik.

In der Wagenfabrik von Lange u. Geutzert, Frankfurter Allee, sind sämtliche Arbeiter anlässlich der Reue ausgesetzt.

Wir eruchen die Kollegen aller Branchen nach den obigen Vertrieben keine Arbeit anzunehmen.

Die Agitationskommission.

Zentral-Verband d. Glasarbeiter etc.

Achtung! Glasarbeiter!

Die H. G. G., Köpenickerstr. 11 für Glasbläser und die Firma R. Germann, Petersburgerstr. 77, für Glas-schleifer gesperrt. In beiden Fällen handelt es sich um Entlassungen wegen der Reue. 7371*

Die Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Rohrleger und Helfer!

Die Firma Gorla, Pantow, Morast 37, und folgende Bauten sind gesperrt:

In Pantow, Krankenhause, Breiterstr. 49, Bau Beer.

Bauhof, Ecke Breiterstraße. In Schöneberg, Wartburgstraße 22, Bau Gähler.

In Tegel, Teegasse, Bau Fischer. 118/8*

An die Bauhandwerker appellieren wir, uns zu unterstützen.

Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin). Folgende Firmen haben wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai das Personal ausgesperrt:

- Wübben & Co.
- Sperling.
- Lüderitz & Bauer.
- Eleinste.
- Reiß.
- Rickmann.
- Thomas.
- C. F. Walter.
- Schneider & Ziegler.
- Fritsche-Baumbach.
- Schubert.
- Ludwig.
- Naueisch.
- Wenk.
- Pinkert & Co.
- Schoß.
- Metzcke.

Der Arbeitsruhe in obigen Betrieben wird gewahrt! Zutritt ist ferngehalten! 27/20* Die Ortsverwaltung.

Stukkateure!

Infolge Tarifvertragsbruches haben unsere Kollegen bei der Firma

Oskar Thiele,

Friedenau, am Güterbahnhof die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb sowohl wie die nachfolgenden Bauten sind daher

für Stukkateure gesperrt!

1. Fr. Scheil, Bismarckstr., Köpenickerstraße. — 2. Fr. Scheil, O. Dolgierstraße 33. — 3. P. Arnold, O. Bernauerstraße 14. — 4. H. Dorsch, Friedenau, Schmalbacherstraße. — 5. F. Rango & Co., Friedenau, Stübnerstraße. — 6. M. Rosenkranz, Schöneberg, Wenzelstr. 26. — 7. M. Stiekel, Schöneberg, Bederstraße.

Stille Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure Deutschlands.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Begen Streik und Lohnunterschieden sind gesperrt:

Für Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter

Franz Schulz, Frankfurter Allee 28.

Gehr. Neukirch, Langestr. 10.

Siegfried, Wainzerstraße.

Meyer, Heitchen & Co., Wemelerstraße.

Für Tischler, Stellmacher, Polierer, Maschinenarbeiter und Bildhauer

Treppengeländerfabrik Joseph Drechsler, Gubenstr. 33.

Röhmschneiderei Frister & Rossmann, Stallenerstraße. Für Stellmacher 85/1 (umf. Stellmacherwerkstätten, Wagenfabriken und die Drehschleifer Pflanzwerkstatt, Rotenwagensfabrik Gottschalk, in Reinickendorf.) Für Polierer

Lenke, Andreaskirche. Für Einsetzer sind gesperrt die Bauten der Wolgater Holzindustrie: Tatroppenerstraße, Bau Wittow, Rixdorf, Teufelhallen, Rixdorf-Kontenhaus, Torburgstraße, Bau Gähler. Zutritt ist streng ferngehalten. Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Am Dienstag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, werden in Groß-Berlin Versammlungen abgehalten, welche sich mit dem Schulgesetzentwurf der preussischen Regierung beschäftigen.

Wir erjuchden die Genossen, an diesem Abend keinerlei andere Veranstaltungen zu treffen.

Der Aktionsauschuss.

Ober-Schöneweide. Den Genossinnen und Genossen zur Kenntnis, daß die Versammlung, in welcher der Genosse Adolf Stern referieren wollte, erst im Monat Juni stattfinden kann.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 12. Mai, abends 9 Uhr, findet im Saale des Gesellschaftshauses, Friedrichstraße 68, eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag der Frau Jeeze-Vorlin über „Welche Mittel stehen den Proletarierinnen im Kampfe ums Dasein zur Verfügung?“ 2. Diskussion. 3. Gründung eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. Am recht zahlreichen Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Wahlverein Bezirk Pankow-Schönwalde. Am Sonntag, den 13. Mai cr., nachmittags 1/2 4 Uhr, findet im Lokal des Herrn Geom. Schulz, Schönwalde, die Versammlung der Parteigenossen aus Schönwalde und Umgebung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteurs Genossen O. Weber-Berlin über „Soziale Fürsorge in Theorie und Praxis.“ 2. Wahl der Bezirksführer. 3. Vereinsangelegenheiten. Alle Arbeiter von Schönwalde und Umgebung sind hierzu als Gäste eingeladen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

So etwas gibt's ja gar nicht! Wenn der Verwaltung unseres städtischen Krankenpflegewesens irgendwas vorgehalten wird, mit welchen Schwierigkeiten es manchmal verbunden ist, für einen Kranken die Aufnahme in einem der Krankenhäuser zu erreichen, dann kommt von der Verwaltung allemal die prompte Antwort: Das gibt's ja gar nicht!

Da wir uns den meisten Erfolg stets von der öffentlichen Erörterung solcher und ähnlicher Missstände versprechen, so möchten wir heute ein Vorkommnis mitteilen, das aufs neue die Berliner Krankenhauser beleuchtet. Diesmal handelt es sich nicht um Aufnahmeformalitäten, sondern wieder mal um das Thema des Platzmangels. Wer als Kranker Aufnahme in einem unserer öffentlichen Krankenhäuser sucht, der muß sich darauf gefaßt machen, daß er so und so oft abgewiesen wird. Dieselben Ausfichten eröffnen sich den schwächeren oder entbundnen Frauen, für die um Unterkunft in einem Krankenhaus gebeten wird. Besonders schlimm kann es obdachlosen Frauen ergehen, wenn sie schwanger sind und ihre Entbindung erwarten. Nicht selten suchen solche Frauen das Obdach erst so spät auf, daß sie nicht mehr rechtzeitig in einer Entbindungsanstalt untergebracht werden können. Es ist vorgekommen, daß ein Mädchen, bei dem sich bereits die Geburtswehen eingestellt hatten, von einem Schupmann durch Berlin umhergefahren werden mußte, ohne daß irgendwo die Aufnahme erteilt werden konnte. Der Beamte brachte schließlich das Mädchen nach dem Obdach, aber noch ehe er dort ankam, erfolgte unterwegs in dem Wagen die Geburt eines Kindes. Mutter und Kind mußten dann zusammen im Obdach aufgenommen werden. Der Schupmann als Geheime? „So etwas gibt's ja gar nicht!“ Aber diesmal steht's, wie es sich gebührt, in den Akten; da kann es nicht mehr wegbeiwiesen werden. Im Obdach ist übrigens eine sachgemäße Behandlung und Pflege von Wöchnerinnen nicht möglich. Wir begreifen es daher mit Befriedigung, daß die Verwaltung jetzt dem leitenden Arzt die Befugnis erteilt hat, in solchen Fällen auch private Entbindungsanstalten in Anspruch zu nehmen.

Eigenartig ist die Stellung, die die sog. Charité zur Frage der Unterbringung von Schwangeren oder bereits Entbundenen einnimmt. Wenn eine Frau bereits entbunden ist, so soll sie sich keine Hoffnung machen, noch in die Charité hineingelangen. Es kann ihr passieren, daß von dort aus erklärt wird, man habe nun kein Interesse an der Aufnahme. Vielleicht wird hierzu auch die Charitédirektion verschickt: Das gibt's ja gar nicht! Da empfehlen wir ihr, sich einmal im Obdach zu erkundigen. Dort kann sie erfahren, wie es obdachlosen Frauen ergeht, die im Obdach entbunden waren und nun anderwärts untergebracht werden sollten.

Die Parl- und Garten-Deputation hielt gestern ihre regelmäßige Sitzung ab; ein Antrag der Schuldeputation wegen Vergabe einer Fläche des Humboldtains zum Neubau der 260. Gemeindefabrik wurde abgelehnt. Des weiteren wurde vorgeschlagen, in diesem Jahre wieder 100 neue Sitzbänke in den städtischen Anlagen aufzustellen. Unsere Genossen bemängelten, daß bei der ungeheueren Ausdehnung, die unsere öffentlichen Anlagen genommen, 100 Bänke viel zu wenig seien; dieser Auffassung stimmte man im allgemeinen zu, es wurde beschlossen, in den nächstjährigen Etat eine doppelte Summe für Bänke einzustellen. Bei dieser Gelegenheit kam es zwischen einem sozialdemokratischen Mitgliede und dem Bürgermeister Reiche sowie dem Gartenbauinspektor Wächter zu scharfen Zusammenstößen. Unser Genosse wies darauf hin, daß sich die Arbeiten in einem Teile unserer Anlagen noch in großem Mangel befinden; dies habe seinen Grund in dem Mangel an Arbeitskräften. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, für die städtischen Parkwächter zeitgemäße Unterkunftsräume zu beschaffen und den jetzt zum Teil noch bestehenden Zustand zu beseitigen. Ein Gesuch der bei der Stadt beschäftigten Gärtner wegen Einsetzung eines Gärtnerauschusses wurde vertagt und der Direktor beauftragt, bis zur nächsten Sitzung das einschlägige Material der Deputation vorzulegen. Der Verein für bürgerliche Lebensweise ist an die Deputation herantretten, ein Gelände im Plänterwalde zur Errichtung eines öffentlichen Luft- und Lichtbades zur Verfügung zu stellen. Die Deputation lehnte dieses Gesuch ab und empfahl dem Verein, sich an die städtische Grunddeputation zu wenden. Ein Gesuch der Vethabara- und Beth-Him-Stiftung, ihr Gehölze aus städtischen Beständen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, wurde einstimmig abgelehnt. Anlässlich der Beschlüsse auf dem Alexanderplatz trat die Deputation noch einmal in die Besprechung ein; vom Bürgermeister wurde aufgefordert, den Direktor Wächter aufzufordern, für die endgültige Gestaltung des Parks an der Verolina einen Plan auszuarbeiten und denselben alsdann Magistrat und Stadterordneten vorzulegen. Weiter wird der Wunsch ausgedrückt, die 3000 M. an den Geber zurück zu erstatten. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, sondern die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung vertagt. Es wurde noch festgestellt, daß der Deputation die 3000 M. überhaupt noch nicht zugegangen seien und ein Beschluß, dieselben anzunehmen noch nicht gefaßt ist. Die Besprechung über die verschiedenen Löhne der Gärtner und Arbeiter wurde zur nächsten Sitzung vertagt.

Wie man es heuteutage zum Unternehmern bringen kann, wird in einer durch eine Anzahl Zeitungen gehenden Reklamenotiz gesagt, in der die Gründung eines neuen erweiterten Stabflements angekündigt wird. Es heißt in dieser Reklame zum Schluß: „Somit hat dieses Unternehmen wiederum den Beweis erbracht, daß Fleiß und Unternehmungsgest nicht genügen, um so

große Industriewerke zu schaffen und zu erhalten; eine wirtschaftliche Lehre, welche nicht unbeachtet bleiben sollte.“

Zu den Blättern, die die „Mahnung“ abdrucken, gehört auch die „Zeit am Montag“, ein Blatt, das auch sehr viel von Arbeitern gelesen wird. Vielleicht ist die „Z. a. M.“ so freundlich, all' den Arbeitern, die Fleiß und Unternehmungsgest besitzen, eine Kreditquelle für das erste Anlagkapital zu verraten, sie würde alsbald Wunder von Industriewerken anstalten können und damit wäre — nach der Mahnung des allermodernsten Schulze-Dehlig — eine Umwandlung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische überflüssig. — Also merkt es euch, ihr unternehmungslustigen Proletarier!

Stiftungsangelegenheiten. Von Herrn Dr. jur. Schlöffer ist der Stadtgemeinde Berlin im Jahre 1892 ein Betrag von 100 000 M. zur Begründung einer Stiftung unter den Namen „August-Emilie-Schlöffer-Stiftung“ überwiesen worden. Der Zweck dieser Stiftung ist, aus den Zinsrückflüssen des Kapitals bedürftigen Personen, beiderlei Geschlechts ohne Ansehen der Religion freistellen in den städtischen Heimstätten für Genußende zu beschaffen. Personen, die auf die Wohnstätten dieser Stiftung reiferen, haben ihre Gesuche an das Bureau der städtischen Heimstätten für Genußende, hier, Neue Friedrichstr. 9/10 II, unter Beifügung eines ärztlichen Attestes über ihren Zustand nach einem bestimmten Formular, das von dem Bureau kostenfrei verabfolgt wird, zu richten oder dort mündlich anzubringen. Die Heimstätten verfolgen den Zweck, Personen, die eine Krankheit überstanden haben, auf einige Wochen zur Pflege und zur Wiederherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit aufzunehmen. Der Aufenthalt dabeilist ist also nur vorübergehend, auch werden bare Geldunterstützungen aus der Stiftung nicht gewährt.

Für die natürliche Bevölkerungsvermehrung in Berlin war das erste Viertel des Jahres 1906 kein schlechter Anfang. Gegenüber demselben Zeitraum des Jahres 1905 war zwar die Zahl der Geburten nur um rund 200 höher, aber die Zahl der Sterbefälle um rund 500 niedriger, so daß der Geburtenüberschuss diesmal bereits um 700 höher als im Januar, Februar, März vorigen Jahres war. In dem ersten Viertel des vorigen und des laufenden Jahres wurden 13 210 bzw. 13 412 Kinder geboren (die togeborenen mitgezählt), während 9042 bzw. 8551 Personen starben (auch hier die togeborenen Kinder mitgezählt).

Die dritte Ober-Realschule Berlin, die zu Beginn dieses Sommerhalbjahres neu eröffnet wurde und vorläufig im Gemeindefabrikhaus der Chorinerstraße untergebracht ist, soll ihr eigenes Schulhaus in dem nördlichen Teil des Köpenicker Viertels erhalten. Der Magistrat sucht jetzt in der Gegend zwischen Prenzlauer Allee, Friedenstraße, Straße am Friedhofsbain, Börgenstraße, Eibingerstraße, Danzigerstraße ein Grundstück zu erwerben, auf dem das Schulhaus der Ober-Realschule errichtet werden soll.

Wie geht die Umwandlung des Fernsprechnetzes bei den Teilnehmern vor sich? Die Umwandlung des Berliner Fernsprechnetzes nach dem Berliner System ohne Kurbel und Batterie bei den Sprechstellen der Teilnehmer macht nicht nur eine Erneuerung sämtlicher Vermittlungsstellen notwendig, sondern auch die Auswechslung aller Fernsprechanlagen bei den Teilnehmern. Nach dem jetzigen Stande der Arbeiten ist die Inbetriebnahme des Stadtfernsprechnetzes 6. mit dem die Kurbel 6a und 9 vereinigt werden, etwa Anfang Juli d. J. zu erwarten. Im Laufe des Monats Juli folgt dann voraussichtlich das Fernzwecknetz, in dem die Fernsprechanlagen nach auswärts hergeleitet werden, nach. Fast ebenso weit vorgeschritten ist das Amt 7 in der Stankensfeldstraße, das mit dem Amt 7a vereinigt wird. Die neue Vermittlungsanstalt wird dort ungefähr Ende August in Benutzung genommen werden können. Als viertes und letztes Amt im Laufe dieses Jahres soll noch Amt 2 in Moabit nach dem neuen System eingerichtet werden. Bei dem Amt ist bereits ein Rotam für den Uebergang errichtet. Da es nun nicht möglich ist, im Laufe dieser verhältnismäßig kurzen Zeit bei diesen vielen Tausenden von Anschlüssen, welche diese Kurbel umfassen, die Apparate auszutauschen, so werden die jetzt vorhandenen Apparate mit einer Einrichtung versehen, welche sie für beide Arten des Betriebes brauchbar macht. Es werden Polarisationzellen oder Kondensatoren eingebaut, die vorläufig überbrückt, d. h. außer Tätigkeit gesetzt bleiben. Werden sie dann mit der Eröffnung des neuen Amtes eingeschaltet, so verriegeln sie den Strom, welcher etwa irrtümlich mit der Kurbel usw. erzeugt wird. Später werden dann allmählich die umgebauten Apparate gegen vollständig neue ausgetauscht.

Ein erweiterter Schutz der Tiere soll durch die Abänderung der Polizeiverordnung vom 30. Dezember 1902 erreicht werden, die der Polizeipräsident soeben bekannt gibt. Es heißt darin, daß bei Tieren, deren Eigentümer nicht bekannt ist oder nicht ermittelt werden kann, oder deren Eigentümer aus irgend welchen Gründen nicht in der Lage ist, die erforderlichen Anordnungen zur Wartung der Tiere zu treffen, in Vereinbarung mit dem Deutschen Tierärzverein alle diese Tiere künftig sofort von den Polizeibehörden im Tierdepot in der Dirschstraße untergebracht werden sollen. Falls das Eingehen von Tieren infolge Nachlässigkeit oder Böswilligkeit der Eigentümer zu befürchten ist, soll das Gebiet diesen zur ordnungsgemäßen Fütterung usw. anfordern. Kommt er dieser Aufforderung nicht nach oder ist er dazu nicht in der Lage, so wird ihm eröffnet, daß die Tiere auf seine Kosten dem Tierdepot des Deutschen Tierärzvereins überwiesen werden müssen. Das soll auch geschehen, falls der Eigentümer bei seiner Weigerung beharrt. Falls die Tiere wegen Mittellosigkeit des Besitzers nicht ordnungsgemäß gepflegt werden, werden die Tiere nach vorheriger Verständigung dem Tierdepot überwiesen.

Um dem Volke die Religion zu erhalten, müssen immer mehr Kirchen gebaut werden. Das geschieht, obwohl die vorhandenen vielfach gähnende Leere ausweisen. Auch an die Kranken wird dabei gedacht. Obwohl dieselben vor allem der körperlichen Gesundheit bedürfen, wird auch ihrer Seelen gedacht; oft werden ihnen die „feilschen Heilmittel“ geradezu aufgedrängt. Als vor Jahr und Tag in einer Sitzung des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt der Antrag über den Bau einer Kirche für die Heilstätte in Weesly zur Debatte stand, wehrten sich die Vertreter dieser Einrichtung, für die unter den Arbeitern auch nicht das geringste Bedürfnis vorhanden sei. Der Bau der Kirche wurde aber trotzdem beschlossen. Daß auch in anderen Heilstätten ein solches Bedürfnis nicht vorliegt, beweist eine Zuschrift, die uns ein Patient aus Grabowsee schickt. Dieser Patient hat sich das Vergnügen gemacht, die Zahl der Kirchenbesucher festzustellen. Er schreibt:

Die Zahl der Anwesen beträgt 180, davon müssen vielleicht 12 Personen wegen ihrer Krankheit das Bett hüten. Die Patienten sind zu drei Vierteln aus Berlin, die übrigen von der Versicherung von Brandenburg und Mecklenburg. Das Personal zur Erhaltung der Anstalt sowie zur Bedienung der Kranken beträgt ungefähr 40. Die Zahlung erstreckte sich zunächst auf den Karfreitag, den 13. April, der bei der Geschäftsleitung als ein sehr hoher Feiertag gilt, denn das Baden kann in Wegfall; auch wurde durch Plakat folgendes bekannt gegeben:

Am Karfreitag, 8 Uhr vormittags, findet Gottesdienst mit darauffolgendem H. Abendmahl statt. Teilnehmer wollen sich im Geschäftszimmer melden.

Es nahmen mit Einschluß des Herrn Predigers daran teil: Karfreitag, den 13. April, 16 Angestellte und 80 Patienten, Ostermontag, den 16. April, 21 Angestellte und 26 Patienten, Sonntag, den 22. April, 15 Angestellte und 15 Patienten, Sonntag, den 29. April, 10 Angestellte und 9 Patienten.

Ob nicht verschiedene der Besucher lediglich der Abwechslung wegen in die Kirche gingen, ist dahingestellt, jedenfalls ist es nur

ein kleiner Bruchteil, der für den Kirchenbesuch in Frage kommt; und für einen kleinen Teil besonders Kirchen zu bauen, dürfte lediglich eine Vergeudung der von den Arbeitern aufgebrachtten Mittel darstellen. Unendlich wichtiger als die Sorge für das Seelenheil der Kranken ist es schon, für das Leibliche Wohl der Kranken zu wirken.

Rücksicht auf die Privatbetriebe ist oft die Rede, die unsere Gegner im roten Hause machen, wenn es sich um Forderungen auf Gewährung einer besseren Entlohnung oder Verkürzung der Arbeitszeit städtischer Arbeiter handelt. Obwohl die Stadt solche Rücksichten gar nicht zu nehmen braucht, da sie dem Gelehe der freien Konkurrenz, das für die Privatbetriebe in Frage kommt, gar nicht unterworfen ist, geht man häufig mit diesem Argument treiben. Aber auch dieses Argument ist sehr wurmfressig, wie aus folgender Notiz hervorgehen dürfte:

Die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit einer Anfrage der Handelskammer zu Bremen bezüglich der Erfahrungen, welche die hiesigen Privatbetriebe mit der Gewährung von Sommerurlaub an Arbeiter gemacht haben. Die Vertreter hatten zur Verantwortung der einzelnen Fragen eine Umfrage bei einer Anzahl industrieller Firmen ihres Bezirkes veranstaltet und dabei festgestellt, daß bei einer Reihe von Geschäften ein solcher Sommerurlaub unter Weiterzahlung des Lohnes eingeführt ist. Der Umfang der Ferien richtet sich nach der Dauer des Dienstverhältnisses und der Art der Beschäftigung und ist sehr verschieden. Die Einführung des Sommerurlaubes für städtische Arbeiter ist bisher im allgemeinen nicht präjudizierlich für die Privatbetriebe gewesen, da die Verhältnisse und Arbeitsbedingungen bei den städtischen Betrieben wesentlich anders liegen als diejenigen in Privatbetrieben. In mehreren der letzteren ist die Gewährung eines Sommerurlaubes bereits länger eingeführt als bei den Kommunen des Korporationsbezirks. Ueber die seitens der Prinzipale mit der Urlaubsgewährung gemachten Erfahrungen läßt sich jetzt ein abschließendes Urteil noch nicht fällen.

Man wird sich entsinnen, welchen Kampf es in der Stadtverordneten-Versammlung kostete, Sommerurlaub für die städtischen Arbeiter zu erringen. Natürlich ist dieser so dürftig, daß die Stadt damit Staat nicht machen kann.

Bei 21 Grad im Schatten. Wer seine Lebensgewohnheiten nach dem Kalender regelt, kann in diesem Frühjahr zur Verwirrung gebracht werden. In sechs Wochen erst beginnt kalendermäßig der Sommer, wir haben noch nicht einmal die drei „Eisheligen“ hinter uns und werden tatsächlich doch schon mitten in den Hundstagen. Das registrierende Thermometer zeigt in seiner Kurve schon seit vielen Tagen gleichmäßige Wellen, deren Scheitel immer höher steigt, während selbst zur Nachtzeit keine erhebliche Abkühlung eintritt. Diejenige, die bei dem dickbewölkten Himmel gestern einen Witterungsumschlag prophezeiten, sind durch die Tatsachen widerlegt worden. Die kurzen warmen Regenschauer in Berlin waren im buchstäblichen Sinne des Wortes „Tropfen auf den heißen Stein“ und nach wenigen Minuten war auch nicht die kleinste Spur von Feuchtigkeit mehr auf dem Pflaster zu entdecken. Das Straßenbild hat schon ganz hochsommerlichen Charakter angenommen, der Heberrod ist verbannt und Strohhut und Sommerbluse dominieren. Die Geschäftsleute sind durch den kalenderwidrig frühen Eintritt der Hitzeperiode in arge Verlegenheit geraten; sie können oft den Bedarf an Sommerartikeln noch garnicht genügend befriedigen. Auch die Gastwirte bereuen jetzt in aller Hast, die Vergärten in Stand zu setzen, soweit es noch nicht geschehen ist. Gegenwärtig wird eifrig an dem vielumstrittenen „Garten“ vor dem Rathaus gezimmert.

Am schwersten haben die Arbeiter unter der Hitze zu leiden, die in dunstschwangeren überhitzten Räumen dem Moloch Kapital fronen müssen.

Der Wasserverbrauch der Stadt Berlin und der von Berlin mit Wasser versorgten Vororte Treptow, Stralau, Nieder-Schöneweide, Weihensee usw. hat in den letzten Jahren eine erhebliche Steigerung erfahren. Die städtischen Wasserwerke hatten im vorigen Sommerhalbjahr einen Zuwachs von rund 1 1/2 Millionen Kubikmeter gegen 1904 zu verzeichnen. Im ganzen werden von den beiden Wasserwerken Tegel und Friedrichshagen jetzt jährlich rund 64 Millionen Kubikmeter Wasser geliefert. Die Ursachen dieses unerwartet hohen Bedarfs, welcher nicht allein der Bevölkerungsvermehrung entspricht, sondern darüber hinaus ein Anwachsen des Verbrauchs pro Kopf und Tag zeigt, liegen teils in dem häufigeren Baden der Einwohner, den Badeeinrichtungen in Wohnungen, der ausgedehnten Anwendung der Wasserheilmethoden usw., teils hängen sie mit der Einführung des Grundwassers zusammen, welches wegen seiner gleichmäßig niedrigen Temperatur zu Kühl- und Sprengzwecken ausgiebige Verwendung findet und auch seiner Reinheit wegen von zahlreichen Industriellen, welche bisher ihr Wasser Privatpumpwerken entnommen haben, immer mehr bevorzugt wird.

Diese Umstände haben bewirkt, daß der Höchstverbrauch von 100 Liter pro Kopf und Tag der Bevölkerung, welcher den zur Ausführung gekommenen Projekten zugrunde lag, in den letzten Jahren erheblich überschritten wurde. In Berücksichtigung dieses Umstandes hat zwar das Rügelseewerk gelegentlich seiner Umwandlung in ein Grundwasserwerk schon die weitmögliche Vergrößerung erfahren, so daß es zusammen mit Tegel eine größte Tagesmenge von 280 000 Kubikmeter abzugeben vermag; es reicht aber auch diese Vergrößerung nicht entfernt aus, um den künftigen Höchstbedarf von Berlin und seinen Vororten zu decken. Man muß vielmehr einem weiteren Anwachsen des Wasserbedarfs pro Tag und Kopf der Bevölkerung entgegensehen, und man wird den künftigen Höchstbedarf zu 150 Liter annehmen können. Diese Zahl entspricht einer größten Tagesförderung von 476 000 Kubikmeter und macht Anlagen von 190 000 Kubikmetern täglicher Leistungsfähigkeit erforderlich — also Anlagen von der Größe des Rügelseewerkes, dessen Leistung nach fertigem Ausbau 200 000 Kubikmeter betragen wird. Nachdem der Wasserverbrauch am 1. Juli 1905 bereits die Höhe von 277 000 Kubikmetern erreicht hat, und da mit dem Aufschluß des zum Zentrum Berlins sehr günstig gelegenen XI. Radialsystems eine starke Vervielfachung, also ein schnelles Anwachsen der Einwohnerzahl zu erwarten ist, muß die Herstellung der Neuanlagen auf das äußerste beschleunigt werden. Die Deputation für die städtischen Wasserwerke hat sich auch bereits auf Antrag der Direktion mit diesen Fragen eingehend beschäftigt. Von einer Erweiterung der beiden Wasserwerke in Tegel und Friedrichshagen muß aus verschiedenen Gründen abgesehen werden. Es kommt also nur der Neubau eines dritten städtischen Wasserwerkes in Frage. Es ist selbstverständlich, daß diese Anlage nur in Form eines Grundwasserwerkes zur Ausführung kommen wird und man beabsichtigt eine mit den geologischen Verhältnissen der Mark vertraute Persönlichkeit bei der Auswahl der Gelände heranzuziehen, um tunlichst in der Nähe Berlins eine zweite Stelle zu finden, die in eben so günstiger Weise wie das Rügelseewerk die Gewinnung der ganzen Wassermenge an einer einzigen Stelle gestattet. Denn es ist diese Form der Fassung in Rücksicht auf die noch zu versorgenden Gebiete die für Berlin vorteilhafteste.

Zu den umfangreichen Vorarbeiten, die in der Erbohrung zahlreicher Beobachtungs- und Tiefbrunnen, in der Vornahme von Pumpversuchen, wiederholter Analyse von Wasser in den verschiedensten Schichten der einzelnen Brunnen erbohrten Wassers usw. bestehen, sind 400 000 M. erforderlich, die von den Gemeindebehörden bewilligt werden müssen.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen ersucht und mitzuteilen, daß die für Freitag, den 11. Mai 1906, nach den Industriefesttagen, den Andreas-Festtagen und dem Schweinmörder-Gesellschafts-

kaufe einberufenen Volksversammlungen nicht stattfinden, da mit der Firma A. Jandorf u. Co. eine Verständigung erzielt worden ist.

In fiedendes Bett hineingeführt. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern Abend in dem Hause Puttmannstr. 17 ereignet. Die dort wohnhafte Frau H. hatte in einer großen Pfanne Fett ausgelassen und den Behälter für einen Augenblick auf den Stuhl gestellt. Das zweijährige Söhnchen der H. machte sich an der Pfanne zu schaffen, kletterte auf den Stuhl hinauf und stürzte plötzlich in das siedende Fett hinein. Im Gesicht, am Kopf, an den Armen und am Körper erlitt der Knabe so fürchterliche Brandverletzungen, daß die Haut vollständig zerfressen wurde. In bedenklichem Zustande kam das bedauernswerte Geschöpf nach dem städtischen Kinderkrankenhaus in der Reinickendorferstraße.

Verirrte Kinder. Eine seltsame Begleiterscheinung hat das herrliche Frühjahrswetter mit sich gebracht. Die Kleinen, die sich jetzt fast während des ganzen Tages auf der Straße aufhalten, verlaufen sich oft beim Spielen und irren dann stundenlang vergeblich in den Straßen umher, bis sie schließlich von mitleidigen Passanten nach der nächsten Polizeiwache gebracht werden. Besonders die Polizeibureaus an den Grenzen Berlins erhalten jetzt tagtäglich „Keinen Besuch“. Da die verirrten Kinder zumeist nicht einmal angeben vermögen, wo sie wohnen, so müssen sie oft recht lange Zeit hindurch die Gostfreundschaft der Polizeireviere in Anspruch nehmen, ehe es den geängstigten Eltern gelingt, den Aufenthaltsort ihrer verirrten Kinder ausfindig zu machen.

Warnung vor falschen Marktfäden. Seit einiger Zeit tauchen in Berlin und den Vororten falsche Einmarfstüde auf. Die Falschstücke sind täuschend ähnlich hergestellt und bestehen aus einer Mischung von Wei und Zink. Sie tragen die Jahreszahl 1901 und das Münzzeichen H.

Opfer der Arbeit. Vom eigenen Wagen überfahren wurde gestern der 28-jährige Kutscher Gustav Kreischer aus der Liebenwalderstraße 24. A. hatte auf einem Neubau auf dem Gesundbrunnen Baumaterialien abgeladen und als er dann wieder den Wagen besorgen wollte, zogen die Pferde zu früh an, A. stürzte infolgedessen vom Dach herab und fiel unter den Wagen. Die Räder gingen ihm über die Unterschenkel hinweg und zermalnten sie fast vollständig. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus No. 61 eingeliefert. — Beide Beine abgefahren wurden auf Bahnhof Vullgistraße dem Steinbauer Reinhold Gahn, Wilhelmstraße 68 in Lichtenberg wohnhaft. G. geriet versehentlich unter einen Güterwagen und wurde so unglücklich über die Unterschenkel hinweggefahren, daß beide Beine oberhalb der Knöchel vom Körper fast getrennt wurden.

Feuer in der Schönhauser Allee. Durch einen Brand wurde gestern nachmittag der Dachstuhl des Hauses Schönhauser Allee 89 zerstört. Als die Feuerwehre erschien, fand sie schon einen sehr umfangreichen Brandherd vor. Das Umsichgreifen der Flammen wurde dadurch gefördert, daß das Haus ein Eckhaus an der Anglerstraße ist und das Herandrängen der Wehr zum Brandherd sich etwas schwierig gestaltete. Der die Gefront zierende turmartige Aufbau wurde vom Feuer ergriffen, prasselnd flogen die Dachziegel auf die Straße und das Gebälk des Aufbaues brach in sich zusammen. Trotzdem mehrere Dampfspritzen reichlich Wasser gaben, gelang es doch erst nach längerer Zeit, des Feuers Herr zu werden. Die weithin sichtbaren Flammen hatten eine große Menschenmenge angelockt, die Kopf an Kopf die Schönhauser Allee füllte. Durch laute Rufe aus der Menge wurde die Wehr darauf aufmerksam, daß durch fortgetragene Funken auf dem Dach eines Neubaus auf der gegenüberliegenden Seite der Allee ein Brandherd sich entwickelte. Das schnelle Eingreifen einiger Arbeiter des Baues beseitigte die neue Gefahr jedoch schon im Entstehen. Bedauerlicherweise ist bei der Löschung des ersten Brandes ein Oberfeuermann an Rauchergiftung erkrankt. Der Dachstuhl des erst vor zwei Jahren aufgeführten Baues ist in großer Ausdehnung niedergebrannt. Die Aufräumungsarbeiten nahmen noch längere Zeit einen Teil der wackeren Mannschaft in Anspruch.

Am Abend des 5. April d. J. ist aus dem Wartesaal IV. Klasse des Bahnhofes Friedrichstraße der auf der Durchreise nach Paris befindlichen Frau Grünberg aus Lomeze bei Barban ihr fünf Jahre alter Sohn abhanden gekommen. Bisher ist es nicht gelungen, eine Spur des Kindes zu ermitteln. Der Knabe ist 1,05 Meter groß, hat dunkles Haar, schwarze Augen, abfliehende Ohren, Stumpfnase, frisches Gesicht, kräftige Gestalt und spricht jüdisch-polnisch. Bekleidet war er mit einem dunkelblauen Paletot, graugelbter Hose, weißem ungezeichnetem Hemde, langen Schafstiefeln und einer Radfahrermütze. Sachdienliche Angaben nimmt jedes Polizeirevier und die Kriminalpolizei, Zimmer 248 des Polizeipräsidiums mündlich oder schriftlich zum Aktenzeichen 2752. IV. 18. 06. entgegen.

Einen erheblichen Verlust hat eine Frau Hartmann, Reinickendorf, Nordbahnstraße 15, erlitten, als sie am 1. Mai auf dem Wege zu Walkmieders Lokal in der Bahnhofsstraße war, um an der Waifeier teilzunehmen, indem sie von der Probingsstraße, Drontheimerstraße bis Kristianstraße ihre goldene Damenuhr verlor. Sollte der Finder dies lesen, so wird er um Abgabe gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. Wegen öffentlicher Beleidigung eines Polizeileutnants hatte sich gestern der Klavierpieler Perjus aus Rixdorf vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II in der Berufungsinstanz zu verantworten. Die Weisungsaufnahme ergab folgenden Sachverhalt: Bei einem Brande am Rathausufer hatte sich eine große Zuschauermenge angesammelt, darunter auch der Angeklagte. Als der Anbruch des Publikums zu groß wurde, schritt ein Polizeipilett unter Führung des Polizeileutnants Schäfer zur Absperzung des Brandplatzes. Bei dem Vorgehen der Schutzmännschaft erlitt ein Zuschauer von einem Schutzmännchen einen derartigen Stoß, daß er hinfiel. Hierüber empörte sich die Menge, da sie der Ansicht war, daß die Polizei eine übermäßige Schnelligkeit entwickelt habe. Es wurden Rufe laut, wie: „Wir sind doch nicht in Rußland; das ist ja beinahe so wie bei den Kosaken! Auch der Angeklagte soll mit gerufen haben. Er verlangte überdies noch die Nummer des Schutzmännchens zu wissen, durch den der eine Zuschauer zu Fall kam. Der Polizeileutnant Schäfer nannte ihm auch die Nummer, die sich der Angeklagte notierte. Hierbei soll nun der Angeklagte dem Polizeileutnant die Worte zugerufen haben: „Sie Hülse Sie, pui schämen Sie sich das!“ Darauf erfolgte die Sistierung des Angeklagten und seine spätere Verurteilung vom Rixdorfer Schöffengericht zu der überaus harten Strafe von sechs Monaten Gefängnis. Da er dieses Urteil nicht anerkennt, wurde er sogleich wegen Fluchtverdachts verhaftet, auf Verwendung des Rechtsanwalts Jakob i jedoch nach achtstägiger Haft wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Berufungskammer hielt es gestern zwar auch für erwiesen, daß der Angeklagte den Polizeioffizier durch jene Beleidigung schwer beleidigt habe, ermäßigte jedoch die Strafe auf einen Monat Gefängnis.

Ein Koffenwagen des Kohlenhändlers Paul Jahn aus der Ansebedstraße raste gestern mit dem Koffen in das Eck Hermannstraße und Hasenheide gelegene Zigarrengeschäft von Löser u. Wolff. Der Wagen, welcher mit Kohle beladen war, konnte wie und mitgeteilt wurde, durch mangelhafte Bremsvorrichtung an der Hermannstraße, die an dieser Stelle eine Niederung aufweist, nicht zum Stehen gebracht werden. Der Wagen fuhr deshalb mit Pferd und Kutscher durch das Schaufenster in den Laden und richtete nicht unerheblichen Schaden an. Der Kutscher, der bei dem Anprall herunterfiel, wurde unerheblich verletzt, während das Pferd dem Tierarzt in der Kaiser Friedrichstraße übergeben werden mußte.

Schöneberg.

Das traurige Schicksal des auf dem Bahnhof Grunewald erhängt vorgehenden Lehrers Seeger aus Schöneberg beleuchtet ein Freund des Lebensmüden in einem Briefe an das „Verliner Tageblatt“ folgendermaßen: Seeger hielt es für seine unwillkürliche, die Schüler nur zu drillen, um einen günstigen Eindruck bei der Revision zu erzielen. Ihm schwebte als erstes Ziel ein anderes vor, das leider bei dem Schematismus in unseren großen Schulkörpern nicht zu seinem Rechte kommen kann: die Herzguts- und Gemütsbildung, ein Ziel, das leider kein Revisor erproben, noch prozentual berechnen kann. So mußte es kommen, daß bei den Revisionen der Klasse nach Seegers eigenen Angaben das Resultat vom Revisor als ungünstig angesehen wurde. Da er sich dadurch sehr bedrückt fühlte, hat er mehrfach seiner Schwester gegenüber ausgeprochen. Als er im vorigen Jahre im Zeitraum von acht Tagen zweimal revidiert worden war, war er danach sehr niedergeschlagen und äußerte zu einigen Kollegen, daß es am besten wäre, er würde einen Strick nehmen und sich aufhängen. In einem hinterlassenen Schreiben sagt er darüber, daß er infolge eines Druckes, unter dem er zu leiden hätte, manchmal gegen seinen Willen etwas streng gewesen sei. Er empfand es auch als eine persönliche Kränkung, daß er, dem sämtliche seiner Kollegen das Zeugnis eines geistig hochbegabten Mannes ausstellen, unfähig sein sollte, das Ordinariat einer oberen Klasse zu behalten, daß er vielmehr in der Unterstufe unterrichten mußte, wozu er sich, da ihm die dazu nötige Gemütsheiligkeit fehlte, für völlig ungeeignet hielt. Durch diesen beruflichen Verger wurde Seegers geistige Spannkraft allmählich gebrochen; er wurde nervös und verbittert trotz freundlichen Zuspruches seines Rektors. Da er sich aber von anderer Stelle so durchaus falsch beurteilt fühlte und glaubte, nicht nach seiner Eigenart behandelt worden zu sein, erschien ihm sein Leben als verfehlt und wertlos. Das drückt er auch im Abschiedsbriefe an seine Schwester folgendermaßen aus: „Wenn es mir in meinem lieben Verufe nicht so schlecht gegangen wäre, so wäre es gelungen, mich dem Leben zu erhalten.“

Das Schöneberger Kaufmannsgericht hat jetzt einen Bericht über seine Tätigkeit im verflochtenen ersten Geschäftsjahre herausgegeben, aus dem hervorgeht, wie notwendig eine derartige Einrichtung für die Angestellten im Handelsgewerbe schon längst war. Das Kaufmannsgericht begann seine Tätigkeit im Februar 1905. Die Bureau- und Sitzungsräume sind mit denjenigen des Gewerbegerichts vereinigt und es ist der Vorsitzende des letzteren gleichzeitig Vorsitzender des Kaufmannsgerichts. Im Jahre 1905 sind insgesamt 129 Klagen bei dem Kaufmannsgericht anhängig gemacht worden, davon nur zwei von Unternehmern gegen Angestellte; 3 Klagen wurden zurückgezogen und 9 auf das folgende Jahr übernommen. Die be- rechtigt die sozialdemokratische Forderung, den weiblichen Angestellten das aktive und passive Wahlrecht zu verleihen, ist, ersieht man daraus, daß unter den 129 Klägern sich 60 weibliche Angestellte befanden, also fast die Hälfte. Die in den Klagen geltend gemachten Ansprüche bezogen sich zum größten Teil auf Leistungen aus dem Dienst- und Lehrverhältnis. Der Wert des Streitgegenstandes war in 12 Fällen unter 20 M., in 24 Fällen 20—50 M., in 30 Fällen 50—100 M., in 48 Fällen 100—300 M., und in 15 Fällen über 300 M. Die höchste Klagesumme betrug 2180 M. Vor dem Vorsitzenden fanden 78 Klagen und vor dem Spruchgericht 37 Klagen ihre Verlesigung; in 48 Fällen kam ein Vergleich zwischen den streitenden Parteien zustande. Von den 68 durch ein gefälltes Urteil erledigten Klagen endeten 9 mit teilweiser Abweisung, 47 fielen zugunsten der Kläger und 12 zugunsten der selben aus. Wegen Unzuständigkeit mußten drei Klagen zurückgezogen und zwei an das Gewerbegericht verwiesen werden. Termine wurden 44 abgehalten, davon 34 vor dem Vorsitzenden allein und 10 vor dem Spruchgericht. Die größere Hälfte der eingereichten Klagen sind in einem Zeitraum von weniger als 14 Tagen erledigt worden. Verurteilung wurde nur in einem Falle eingelegt. Als Einigungsamt ist das Kaufmannsgericht noch nicht in Tätigkeit getreten. Mit dem Beginn des Jahres 1906 hat sich der Wirkungsbereich des Kaufmannsgerichts auch auf die Gemeinde Friedenau ausgedehnt. Der Zentralverband der Handelsgeschäften hat zurzeit keinen Vertreter im Kaufmannsgericht, von den beiden in Betracht kommenden Vertretern hat der eine seinen Verus gewechselt, während der andere aus Schöneberg verzogen ist; die übrigen Vertreter gehören dem deutschen nationalen Handelsgeschäftsverband an.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute Abend 9 Uhr beginnt der Kurus in der 3. Abteilung in Schöneberg bei Dst. Weiningerstr. 8. Einleitungs-vortrag über Anatomie (Bau des menschlichen Körpers). Um zahlreiche Beteiligung wird erucht. Eintrittsbeitrag 25 Pf., Monatsbeitrag 25 Pf. Die Bibliothek steht den Mitgliedern zur freien Verfügung.

Steglitz.

Auf der Fahrt von Steglitz nach Berlin spurlos verschwunden ist der 38-jährige Gärtler und Monteur Paul Krug aus der Bahnstraße 2 in Steglitz. Am 8. Mai entfernte sich K. morgens gegen 8 Uhr in der Absicht, einer Berliner Firma in der Zimmerstraße 87 einen Geldbetrag von 100 M. zu überbringen. Er ist jedoch von diesem Gange nicht mehr zurückgekehrt und seitdem spurlos verschwunden. Die Nachforschungen nach dem Verbleib des Vermissten durch die Polizeibehörde, welche damit rechnet, daß ein Unglücksfall oder Verbrechen vorliegt, waren bisher erfolglos. K. ist 1,60 Meter groß, hat einen blonden Schnurrbart und trägt bräunlichen Jacketanzug. Auf dem Unterarm weist der Vermisste ein tätowiertes Gärtlerwappen auf.

Ober-Schönebeide.

Gemeinderats-Sitzung. Endlich, nach jahrelangen Drängen der Einwohnerschaft, hat die Gemeindevertretung eine annähernd würdige Vermehrung der Zahl der Vertreter beschlossen, nachdem erst am 1. April d. J. diese Zahl um vier erhöht ist. Unsere Genossen haben einen im März d. J. von der Vertretung abgelehnten Antrag erneut aufgenommen. Durch die inzwischen eingetretene Vermehrung um vier Vertreter hat sich die Uebermacht der Fabrikbesitzer zerklüftet. Angesichts dieser Tatsache — und daß der Antrag auch gegen ihre Stimmen angenommen wurde — konnten sie es sich diesmal leisten, dafür zu stimmen. Beschlaffen wurde: Die Zahl der Vertreter wird durch Ortsstatut im Anschluß an die im März vorgenommenen Wahlen derge- stalt erhöht, daß die Vertretung aus 22 Personen, und zwar dem Vorsteher, 3 Schöffen und 18 Vertretern besteht. Da bisher nur 12 Vertreter vorhanden waren, kommen auf jede Klasse zwei hinzu. Für die dritte Klasse ist jetzt die Möglichkeit gegeben, einen zweiten Richtangeseffenen zu wählen. Der Beschluß bedarf noch der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. In der Klagesache unserer Genossen auf Ungünstigkeitserklärung der im März stattgefundenen Wahlen beschloß die Vertretung, einen besonderen Prozeßvertreter nicht zu stellen.

In der Enteignungssache Hoserlandt hat das Reichsgericht diesem die geforderte Entschädigung in Höhe von 41 634 M. zugesprochen. Zur Zahlung verpflichtet ist die anliegende Erwerbsgesellschaft. Wegen der enormen Staubplage wird die Vesprenung der Kreischauffee von der Rathausstraße bis Pflügerwerk beschlossen. Die Kosten sind dem Kreise zuzuschreiben.

Weißensee.

Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung beschäftigte sich nochmals mit der Wertzuwachssteuer. Die Gegner derselben versuchten mit allen Mitteln, die Unrentabilität dieser Steuer nachzuweisen, jedoch vergebens. Des Diskutierens war man müde, weil man sich in einer vorhergegangenen Vesprenung so „eingehend ausgeprochen“ hatte, daß einige Interessenten noch längere Zeit daran denken werden und recht froh sind, daß die weite Öffentlichkeit nichts erfährt. Der Kreisaußschuß hat die Genehmigung der Steuer erteilt und wenige redaktionelle Änderungen angeordnet. In der Hauptsache soll eine Höchstgrenze der Abgabe geschaffen werden, welche vom Kreisaußschuß auf 20 Proz. bei einer

Wertsteigerung von 160 Proz. festgesetzt wurde. Mag sein, daß sich Herr Neues, Vorsitzender des Hausbesitzervereins, das Selbstverwaltungsrecht vom Kreisaußschuß nicht beschneiden lassen will, er stellte den Antrag, die Höchstgrenze auf 10 Proz. bei einer Wertsteigerung von 70 Proz. festzusetzen. Alsdann feierte er sich als großen Freund der Wertzuwachssteuer, jedoch meinte er, müsse man Gerechtigkeit walten lassen, keine Gemeinde um Berlin habe eine Wertzuwachssteuer, und als erstes Opfer müsse man doch ge- linder behandelt werden. In diesem klagen den Tone ging es eine Weile, man sah es ihm an, daß seine frühere Anschauung korrigiert worden ist, aber als erster Vesprenung durfte er sich nicht ganz zurückziehen. Die Ausichten auf den winkenden Direktorenposten sind jetzt wenigstens nicht die schlechtesten. Mit Hilfe einer Staats- pension und sonstigen Einnahmen ist ein solcher Posten nicht unangenehm. Auf Antrag des Direktors der Baugesellschaft für Mittelwohnungen, König, wurde namentlich abgestimmt, so daß die Herren ihren Aktionären gegenüber, „rein“ dastehen. Mit 19 gegen 6 Stimmen ist die Wertzuwachssteuer angenommen, was für Weißensee eine Einnahme von jährlich über 100 000 M. bedeutet. Zur Illustration sei erwähnt, daß in letzter Zeit Grund- stücke mit tausendförmigen Verdienst veräußert wurden. Ein Herr Silberstein aus Berlin hat an einem vor vier Monaten im alten Orts- teil erworbenen Terrain den sauer erworbenen Verdienst von 200 000 Mark eingestekt, ihn kann die Gemeinde um 40 000 M. erleichtern. Die Grundsteuer auf 25 M. zu erhöhen, ist abermal vom Kreisaußschuß abgelehnt, so daß der Wertzuwachs- beweis beschritten wird. — Den neugewählten Gemeindebauärzten sowie dem Gemeindevorsteher ist von der Gemeindevertretung das Bürgerrecht verliehen worden.

König! Gemeindevertreterwahl! Am heutigen Tage findet in der Zeit von 4 bis 8 Uhr die Freitagwahl für den verstorbenen Ge- nossen Schäfer statt. Das Wahllokal befindet sich im „Grünten“, Leberstraße 122. Die Berliner Parteigenossen mögen ihre in Weißensee wohnenden Arbeitskollegen auf diese Wahl aufmerksam machen. Kandidat ist der Lagerhalter Gustav Peukert.

Zum II. Bezirk der III. Wahlabteilung gehören die Straßen: Charlottenburgerstraße 19—43 und 143—163, Friedrichstraße, Gürtelstraße, König-Chauffee 34—57, Kronprinzstraße, Langhansstraße 1—29 und 122 bis Ende, Leberstraße 1 bis 25 und 97 bis Ende, Mehlstr. 22—36, Mirbachplatz, Viktorius- straße 31—40 und 112—118b, Sedanstr. 1—18, 111 bis Ende, Stras- burgstr. 23—44, Streustr. 1—25 und 104 bis Ende, Weidenburg- straße, Wilhelmstraße. Bei Eckhäusern mit doppelter Hausnummer ist die Verzeichnung auf den Steuerzetteln maßgebend.

Röpenitz.

Bei den Arbeiten an dem Fabrikschornstein der elektrotechnischen Fabrik stürzte, wie uns mitgeteilt wird, nicht der Bauarbeiter Josef, sondern der Bauarbeiter Otto Wolter aus beträchtlicher Höhe ab.

Potsdam.

„Es ist erreicht!“ Der zum Ersten Bürgermeister der zweiten Residenzstadt in der Stadtverordnetenversammlung vom 18. März auf zwölf Jahre „gewählte“ Regierungsrat Curt Sossberg hat nunmehr auch die höhere „Bestätigung“ gefunden. — Seine Ein- führung wird am Dienstag, den 15. d. M., in einer außer- ordentlichen (öffentlichen) Stadtverordnetenversammlung durch den Reg- erungspräsidenten v. d. Schulenburg erfolgen. Bemerkenswert hierbei ist die Schnelligkeit, mit der die Bestätigung des neuen Oberbürgermeisters von Potsdam eingetroffen ist. Sein Kollege Kirchner-Berlin hat seinerzeit etwas länger warten müssen. Man sieht, es kommt immer nur auf den „richtigen Mann“ an. . . .

Vermischtes.

Großfeuer in Bremen. Gestern morgen zerstörte ein Großfeuer die am Holzhafen liegenden Bremen-Besigheimer Welfenfabriken und teilweise die in der Nähe liegenden mit Baumwolle angefüllten Dachmannschen Bieranlagen. Durch die rastlose Tätigkeit der Feuerwehre konnten das Verwaltungsgebäude der Fabrik und die Dachmannschen Baum- wolle-Schuppen gerettet werden.

Ein neues Erdbeben in Amerika.

Cashampton (Connecticut), 8. Mai. Ein Erdbeben suchte heute nacht um 1/2 Uhr die Stadt heim. Die Fenster der Häuser wurden zertrümmert und ein Haus stürzte ein. Die Uhren blieben stehen. Die Einwohner, die von dem Stöße aus den Betten geschleudert wurden, stürzten in furchtbarer Angst unangefleidet auf die Straße und flüchteten aus der Stadt auf freie Feld.

Berein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgebend. (Abteilung II.) Donnerstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, bei Donath, Schönleinstr. 5: Abteilungsverammlung, Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Maßke über: „Die Entwicklung der gewerkschaft- lichen Kämpfe“. 2. Diskussion. 3. Beschließendes.

Verband der Prioren-Geschäften Deutschlands, Zweigverein Berlin und Bezirke. Donnerstag, den 10. Mai, abends 9 1/2 Uhr, Rosenhale- straße 57: Diskussionsabend. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmacher- geschäften Berlins. Donnerstag, den 10. Mai, abends 10 Uhr, im Lokale Schillingstr. 36: Mitgliederversammlung. — Erscheinen dringend erwünscht.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 61—65 pr. 100 Pfund, Ha 51—60, IIIa 47—50, IVa 39—45, engl. Bullen 00—00, dän. Bullen 00—00, holl. Bullen 00—00. Kalbfleisch, Doppelkinder 105—120, Ia 78—88, IIa 64—76, IIIa 50—62. Hammelfleisch Ia 60—70, IIa 54—60, Schmeinefleisch 58—64. Kaninchen 0,90—0,90, Hühner, alte, Stück 1,50—2,10, junge, per Stück 0,00—0,00. Tauben, junge 0,45—0,6, alte 0,00. Enten, junge, per Stück 3,00, Hamburger per Stück 2,50 bis 3,75. Gänse, junge, per Pfd. 0,75—0,95, per Stück 3,50—5,50. Hechte 0,77—1,73, Schleie, 105—130. Bleie 00, maif 25—37, Kafe, groß 115, mittel 105—119, klein 72, unv. 00. Röhren maif 22,30. Zimbern, domm. I, p. Schof 3,00—6,00. Aeler, Stenge Ia 4—6, do. mittel, per Riste 2—4, d. klein, per Riste 00—00. Wädlinge, holl. per Ball 1—1,50. Aeler 1—3, Straß 3—4. Kafe, groß, p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—0,90, l. 0,50—0,60. Spotten, Aeler, 2 Ball 1—1,50, 3B, per Riste 0,00—0,00. Sardellen, 1902er, per Unf. 76,00, 1904er 74,00, 1905er 70,00. Schottische Postheringe 1905 00—00, Largo 40—44, full 38—33, med. 33—35, deutsche 37—44. Heringe, neue Raif, per 1/2 Tonnen 60—120. Hummern, Ha, 100 Pfd. 00—00. Krebse, per Schof, große 00—00, mittelgroße 9,50—15,50, kleine 3,50, unfortiert 7,50—11,50. Eier, Lant, per Schof 00—00, fische 2,80. Butter per 100 Pfund, Ia 113, IIa 108—112, IIIa 106—108, ab- fallende 105—108. Saurer Gurken, Schof 3,50—4 M., Pfeffergurken 3,50—4 M. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,10—2,35, rote Baderische 2,00—2,20, runde weiße 1,80—2,00. Hirsenkörn, holl. per Schof 0,00—0,00. Weiz- kof, dän., per Schof 7,00—9,00, Rotkoll, holl., per Schof 00—00—00,00. Grünkoll, per 100 Pfd. 00—00. Rübren, weiße 00—00, Tellower 00—00. Kohlraben, per Schof 2,50—4,50, holl. 5—6.

Witterungsübersicht vom 9. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer- stand mm | Wind- richtung | Wolkenlage | Temper. in C. | Stationen | Barometer- stand mm | Wind- richtung | Wolkenlage | Temper. in C. |
|-------------|---------------------|----------------|------------|---------------|------------|---------------------|----------------|------------|---------------|
| Solmsende | 761 | EO | 4 wolkenl. | 17 | Dabranda | 760 | 3B | 2 heiter | 9 |
| Damburg | 759 | EO | 3 wolkenl. | 18 | Letersburg | 764 | B | 1 wolkenl. | 15 |
| Berlin | 760 | EO | 1 wolkenl. | 18 | Sellb. | 761 | 3B | 4 bedeckt | 10 |
| Frank a. M. | 758 | EO | 1 wolkenl. | 18 | Aberdeen | 760 | 3B | 9 Regen | 6 |
| München | 758 | EO | 5 halb b. | 14 | Paris | 758 | EO | 1 bedeckt | 13 |
| Wien | 762 | EO | 1 wolkenl. | 15 | | | | | |

Better Prognose für Donnerstag, den 10. Mai 1906. Zunächst sehr warm bei mäßigen südlichen Winden, am Ende der Be- wölkung und Gewitterregen; nachher kühl. Berliner Wetterbureau.